

Nr. **11** '88

November

Postver-
triebsstück

G 7426 E

Erscheint
monatlich

19. Jahrgang

Jahresabo

33,- DM

Einzelpreis

3,- DM

AIB
DRITTE
WELT
ZEITSCHRIFT

■ **Regionalkonflikte** aus
sowjetischer Sicht

■ Durchbruch in der
Westsahara-Frage

■ **Südkorea:** Jenseits des
olympischen Goldrausches



IWF/Weltbank-Kampagne

**Die Vision eines
„neuen Internationalismus“**

PAHL-RUG, GOTTESW. 54 5000 KOEHLN
G 7426 E 506410 666
PAPIERTIGER BIBLIOTHEK
U. ARCHIV
CUVRYSTR. 25
1000 BERLIN 36

Inhalt

Kommentar
Die Rückseiten gemalter Reiskuchen 3

Weltwirtschaft
Die Vision eines „neuen Internationalismus“ 5
Bilanz der IWF/Weltbank-Kampagne
Grußbotschaft Fidel Castros
an den Gegenkongreß 6
Urteil des Ständigen Tribunals der Völker
Eröffnungsrede von Walter Häting
zum Gegenkongreß 7
Erklärung des Internationalen
Kongresses „Ökologie und Weltbank“
Rede von J. Randriamasivelo (AAPSO)
Gegenkongreß: West-Berliner Erklärung
IWF/Weltbank-Tagung: Kosmetik
auf der Tagesordnung 14

Weltpolitik
Regionalkonflikte aus sowjetischer Sicht 16

Diskussionsforum Regionalkonflikte
Beiträge von Karl-Heinz Hansen,
Horst-Eckart Gross und Charles Pauli 21

Angola
Interview mit Präsident E. dos Santos 23

Namibia
Gespräch mit Anton Lubowski (SWAPO)
Symposium der GRÜNEN 25

West-Sahara
Durchbruch in der West-Sahara-Frage
Interview mit M. Ahmed Brahim (POLI-
SARIO) 27
West-Sahara-Resolution der UN-Vollver-
sammlung 28

Chile
Als Chile nein sagte 31

Brasilien
Eine Fassung der Widersprüche 34

Haiti
Ein Putsch von unten 37

Irak-Türkei
Die Kurden als Mittel zum Zweck 38

Südkorea
Gespräch mit dem Oppositionellen Baek
Bilanz der XXIV. Olympiade 41

Militärpolitik
US-Basen in der Bundesrepublik und In-
terventionen außerhalb des NATO-Ge-
bietes 44
Nordatlantischer Rat: Die NATO in den
90er Jahren 46

Kultur
500 Jahre Eroberung Amerikas
Manlio Argueta Alpträume 49

Leserbriefe 51

Infos zur Solidarität
Buchtip: Umwelterstörung und Dritte
Welt, Atomwaffenverzicht ins Grundge-
setz, U-Boot-Ausschuß ohne Erfolgsaus-
sichten?, Bayer prozessiert gegen Kri-
tiker, Konferenz zu Angola und Moçam-
bique 53

Kurzinformationen
Burma, Libanon, UNO, Afghanistan, Pa-
lästina, Palästina-EG, Nichtpaktgebun-
dene, Südliches Afrika 54



West-Sahara S. 27

Naht nun auch das Ende des West-Sahara-
krieges? Beide Konfliktparteien und der
UN-Sicherheitsrat billigten den Friedens-
plan Pérez de Cuellar. Ein Waffenstill-
stand sowie eine Volksabstimmung stehen
bevor.
Pérez de Cuellar sagte einen Durchbruch
zum Frieden noch zur Jahreswende
1988/89 voraus.



Impressum

DRITTE WELT-Zeitschrift, Gegr. 1970 als AIB. Erscheint monat-
lich.
Anschrift der Redaktion: DRITTE WELT, Liebigstr. 46, 3550
Marburg, Tel. 0 64 21 / 2 46 72.
Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Bröner, Prof. Günter
Giesenfeld, Thomas Hams, Mechthild Jansen, Herbert Lederer,
Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff.
Redaktion: Wolfram Bröner (Chefredakteur), Nico Biver (stell-
vertretender Chefredakteur), Heidi Czapek, Hanne Denk, Georg
Diederichs, Asia Ebtehaj, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch, An-
dreas Krajczek, Julia Kühnert, Ulrich Rupp, Petra Sittig.
Ständige Mitarbeit: Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fi-
scher, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ute
Kampmann, Doris Knabe, Ivesa Lübben-Pistofidis, Jürgen Os-
trowsky, Charles Pauli, Ricardo Ribera, Günter Schucher, Peter
Schütt, Christoph Sodermann, Dr. Rainer Werning.
Weitere Mitarbeiterinnen dieser Ausgabe: Ferdar Azad, Heinz
Dieterich, Renate Golombek, Barbara Hess, Ingrid Rein, Michael
Voregger.
Redaktionsschluss: 7. Oktober 1988
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbed-
ingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischen-
überschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nach-
druck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von
zwei Belegexemplaren gestattet.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 510868, 5000
Köln 51, Teletex 2214284 pahl. **Vertrieb**: Telefon 0221/36002-0.
Adressenänderungen bitte rechtzeitig dem Verlag bekanntge-
ben.
Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland
normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM
Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppel-
heft 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Er-
mäßigung.
Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in
Briefmarken), zuzüglich 0,60 Porto je Heft.
Kündigungen: spätestens 6 Wochen vor Ende des Bezugszeit-
raumes.
DRITTE-WELT-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im
Vierteljahr beigelegt.
Anzeigenleitung: Wolfgang Pitzer, Tel. 0211/1600137
Druck: Plambeck & Co., Neuss
Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 370 100 50), Stadtspar-
kasse Köln 10652238 (BLZ 370 501 98).
Anzeigen: ASW, Links, isp-Verlag, VFLU, Wechselwirkung, Pahl-
Rugenstein Verlag, Darmstädter Initiative gegen Rassismus.
Fotonachweis: South, DRITTE-WELT-Archiv, Sahara-Info,
Time, Dorothee Peyko, Gruchot, dpa, Newsweek, USN&WR
Titel: Foto Gruchot, Gestaltung Udo Tremmel

IWF/Weltbank-Kampagne S. 5

Die dem West-Berliner Gipfel von Inter-
nationalem Währungsfonds (IWF) und
Weltbank bereitete Gegenkampagne er-
zeugte eine breite kritische Öffentlichkeit.
Die Debatte um die Lösung der Schulden-
krise, um Alternativen zur IWF/Weltbank-
Praxis zog Kreise weit über die Solidari-
tätsbewegung hinaus.
Wir bilanzieren den Gipfel der Banker und
die Gegenaktivitäten von West-Berlin.



Korea S. 41

Die Sommerolympiade von Seoul machte
nicht nur wegen der Rekordflut und Do-
pingskandale von sich reden. Dies waren
auch die Spiele der „Sicherheitsvorkeh-
rungen“ und der Demokratiebetuerun-
gen der Machthaber.
Oppositionsführer Baek Ki-Wan wertet die
innenpolitischen Begleiterscheinungen
und Konsequenzen des Spektakels.

Kaum waren am 2. Oktober im Seouler
Olympiastadion Feuer und Flamme des
größten Festes internationaler Völker-
verständigung erloschen, meldeten sich
die auf ihre eigene Borniertheit einge-
stimmten Sportfunktionäre als erste
Bilanziers lautstark zu Wort. Natürlich
war's wieder das Beste und Gigan-
tischste, was diese XXIV. Sommer-
olympiade der Welt bescherte. Der
Präsident des Internationalen Olympi-
schen Komitees (IOC), Juan Antonio
Samaranch, war all smiles. Er lobte den
südkoreanischen Generalsklüngel um
Park Seh Jik für die vorzügliche Organi-
sierung und Durchführung der Spiele,
fand gleichsam glühende Worte der
Freude über den (vorläufig) eingespiel-
ten Überschuß in Höhe von 350 Mio \$
und erteilte der verdutzten (Sport)Welt
einen iberischen Urbi-et-Orbi-Segen.
Man habe, so Samaranch, selbst das
Doping unter Kontrolle bekommen!
Schließlich sei der legendäre, da binnen
weniger Stunden himmelhochjauch-
zend umjubelte und höllisch tief gefal-
lene Ben Johnson ein Opfer und nicht
Täter dieser „Geißel des Sport“ – eben
des Doping – geworden! Spätestens
jetzt fragt sich der nacholympische Be-
trachter, wo und wie denn dieser Grals-
hüter einer vermeintlich olympischen
Idee (und mit ihm einige besonders
namen- wie sprachlose Kommentato-
ren der Medienzunft) Südkorea und
seine Metropole Seoul erlebten?
Offensichtlich muß er/müssen sie sich
unter einer ihnen von den Herrschen-
den sorgsam übergestülpten Dunst-
glocke bewegt haben, deren Innen-
wände reichlich glitzernder Luxus und
noch mehr frivole Kisaeng-Unterhal-
tung zierten.
Reichten auch diese Mittel nicht aus,
um die höchstdotierten Magier des
Sportspektakels bei Laune zu halten,
sie mithin auf die ihnen gebührende
Weise zu dopen, so besann man sich im
Sinne aufpolierter Medaillenspiegel auf
säkulare Schiebereien: Inkompetenz
und Bestechlichkeit boxten sich
buchstäblich alle Ringe frei! Dermaßen
geneigt zeigten sich die „Unpartei-
schen“ dem Enthusiasmus der Gast-
geber, daß sie dessen jahrelang kaser-
nierten Sportlern zu ungeahnten Siegen
verhalfen und damit ein Ausstechen des
Erzrivalen und Ex-Kolonialherrn Japan

Kommentar

**Die Rückseiten
gemalter Reiskuchen**



**Rainer
Werning**

gewährleisteten.
Bescherten noch bis vor kurzem ein
paar kassierte Dollar Sportlern das Her-
auskippen aus der olympischen Ge-
meinschaft, so haben sich in Seoul der
Enthusiasmus der Funktionäre aus
Sport und Politik mit dem Show-
business ihrer athletischen „Unter-
tanen“ aufs sinnfälligste im Profes-
sionalismus ergänzt.
Was Herrschaftssicherung und/oder
Sicherheit für die Herrschenden betraf,
waren die Seouler Spiele einsame
Spitze. Zwar nahm man diesmal nicht
– wie während der als Generalprobe für
Olympia gedachten X. Asienspiele im
Herbst 1986 – jeden 150. Südkorea-
ner(!) „zeitweilig in (Sicherheits)Ge-
wahrnam“. Doch das Gros der Medien-
vertreter konnte gegenüber diesen
Militär- und Polizeispielen die Augen
nicht verschließen. In der „ZEIT“ fing
Rolf Michaelis den olympischen Zeit-
geist trefflich ein: „Vor dem Hotel“, so
schrieb er am 23. September, „zwölf
Polizisten in grauen, hell- oder dunkel-
blauen Blusen mit tadellosen Bügel-
falten trotz des schwülen Spätsommer-
tags... Der schrille Ton aus den silber-
nen Pfeifen, die sie selten aus den
Zähnen lassen, holt uns rasch in die
Wirklichkeit eines Polizei-Staates unter
kaum gemilderten Bedingungen einer
Militär-Diktatur zurück... Wir erinnern
uns, daß bei dem nur unter Protest
möglichen 52. Internationalen PEN-
Kongreß in Seoul ... die Freilassung von
Schriftstellern gefordert werden
mußte, die nur deshalb in Haft sind,
weil sie für Menschenrechte – also
gegen die in Wahrheit noch immer herr-
schende Militär-Oberhoheit – ge-
kämpft und Schreibverbot haben...“
Für Roh und seine transpazifischen US-
Schutzpatrone war denn Olympia eine
gelungene Verlängerung der alljährlich
stattfindenden „Team Spirit“-

Manöver, den nebst den in Westeuropa
durchgeführten „Reforger“-Übungen
größten ihrer Art. Weit über 700.000
militärische wie paramilitärische
„Sicherheitskräfte“ waren in ständiger
und höchster Alarmbereitschaft.
Unvergeßlich dieser Marathonlauf! Was
als krönender olympischer Abschluß
gelten soll, entpuppte sich in Seoul als
ein Spießbrutenlauf durch die Phalanx
von Ordnungshütern – jeden Schritt
bewachte ein Polizist/Soldat!
Noch eine Notiz zur Staatsästhetik. Die
bunt aufgegeckten Massen bei der Er-
öffnungs- und Abschlußfeier lieferten
die Staffage für eine(n) Kultur(rum-
mel), die ahnen läßt, wie brav die
Machthaber den Geist ihrer Schutz-
herren in den vergangenen vier Dekaden
einsaugten. Stattdessen sollten die-
se Shows aller Welt das mehrtausend-
jährige Erbe Koreas in telegener Auf-
motzung präsentieren.
Geradezu peinlich berührte die den
Athleten und Funktionären munde-
recht servierte – besser: zugerichtete –
Aufführung des eigentlich mit Trauer
durchsetzten, antikolonialen Liedes
„Arirang“; es ward ohne Text und als
scheppernder Gassenhauer runterge-
zockt. Trotz sorgsamst eingeübter
Choreographie ließ sich tatsächlich
Symbolträchtiges nicht ausschalten –
beim Entzünden der olympischen
Flamme turtelte so manche Friedens-
taube in selbige.
Vieles mehr ließe sich sagen – über die
Sprachlosigkeit geschwätziger Kom-
mentatoren, über den brodelnden, mit-
unter offen ausgebrochenen Antiameri-
kanismus und den Appetit unserer
Olympioniken. Was soll's: In Barcelona
wird 1992 alles besser; dann kann
kräftig paella gemampft werden.
„Olympia“, so Sprecher der an Seouls
Fransen abgeschobenen Slumbewoh-
ner, „war für uns wie ein gemalter Rei-
skuchen – bunt, schön anzuschauen,
aber nichts drin.“ Eben.
*Rainer Werning, Osnabrück, war Leiter
der Korea-Informationsstelle, die die
„Korea Olympia Kampagne '88“ koor-
dinierte. Er ist Herausgeber der beiden
Neuerscheinungen „Südkorea. Politik
und Geschichte im Land der Morgen-
stille“ (PRV) und „Nordkorea. An-
näherungen an einen Außenseiter“ (isp-
Verlag).*

Viktoria Tokarewa, Artjom Wesjoly, Michail Scholochow, Viktor Astafjew und Daniil Granin!

Ihre Literatur ist wesentlicher Teil der literarischen Auseinandersetzung in der Sowjetunion, Teil von Glasnost und Perestroika.

Viktoria Tokarewa
ZICKZACK DER LIEBE
Erzählungen
316 Seiten, Leinen mit
Schutzumschlag, DM 29,80

Artjom Wesjoly
**RUSSLAND IN BLUT
GEWASCHEN**
Roman
596 Seiten, Leinen mit
Schutzumschlag, DM 34,-

Michail Scholochow
NEULAND UNTERM PFLUG
Roman
Erstes Buch, 448 Seiten, Leinen mit
Schutzumschlag, DM 32,-

Zweites Buch, 506 Seiten, Leinen
mit Schutzumschlag, DM 34,-

Viktor Astafjew
DER TRAUERIGE DETEKTIV
Roman
206 Seiten, Leinen mit
Schutzumschlag,
DM 28,-

Daniil Granin
DAS GEMÄLDE
Roman
467 Seiten, Leinen mit
Schutzumschlag, DM 29,80

Daniil Granin
DER GENETIKER
Das Leben des Nikolai Timofejew-
Ressowski, genannt Ur
Roman
380 Seiten, Leinen mit
Schutzumschlag, DM 36,-

Wenn Sie wissen wollen, welche
Bücher sonst noch zu den ver-
schiedensten Auseinandersetzungen
beitragen, schauen Sie in unser
Gesamtverzeichnis.
Wenn Ihre Buchhandlung das Ver-
zeichnis nicht vorrätig hat, bestellen
Sie es direkt bei uns.

PAHL-RUGENSTEIN Verlag GmbH
Gottesweg 54
5000 Köln 51

Ich möchte _____ Exemplare
Ihres Gesamtverzeichnisses.

Name _____

Anschrift _____

Die Vision eines „neuen Internationalismus“ Zwischenbilanz der IWF/Weltbank-Kampagne

Die „Financial Times“ schrieb von einer „übertriebenen Sicherheitsmanie in der 'Stadt der Freiheit'“, und die „International Herald Tribune“ registrierte einen sich abzeichnenden Strategiewechsel im herrschenden Schuldenmanagement: „Die offizielle Strategie zur Behandlung des Problems ... beruhte auf der Annahme, die Unfähigkeit der verschuldeten Länder, Zinsen zu zahlen, sei ein Liquiditätsproblem, das mit neuen Krediten bis zur Heraufkunft besserer Zeiten überbrückt werden könne. Die Frage wird jetzt, wenngleich zähneknirschend, als Solvenzproblem (d.h. als Problem struktureller Zahlungsunfähigkeit) anerkannt, das mit neuem Geld nicht gelöst werden kann. Im Ergebnis gewinnt die Option der Schuldenerleichterung zunehmend an Akzeptanz.“

Zwei Pressestimmen, die durchaus symptomatisch sind für das, was sich in den letzten Wochen in Bewegung gesetzt hat. Beides steht im unmittelbaren Wirkungszusammenhang mit der IWF/Weltbank-Kampagne: Das durchsichtige Kalkül von Teilen der etablierten Politik, jede kritische Infragestellung der Rolle von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank schon im Vorfeld ihrer Jahrestagung von West-Berlin als tendenziell kriminell zu stigmatisieren, hat seine Wirkung verfehlt. Stattdessen gerät das zum angeblichen Schutz der 10.000 Banker, Notenbankchefs, Finanz- und Entwicklungsminister aufgefahrene Sicherheitsaufgebot selbst in das Kreuzfeuer der internationalen Öffentlichkeit. Und wichtiger noch: Der öffentliche Diskurs über Schuldenkrise und Entwicklungspolitik wird maßgeblich geprägt von den zentralen Forderungen

Spitze der West-Berliner Großdemonstration vom 25. September

ebenjener KritikerInnen, die kriminalisiert werden sollten. Sicherlich – wenn einzelne Banker, wie Alfred Herrhausen von der Deutschen Bank, beginnen, laut über einen teilweisen Forderungsverzicht nachzudenken, dann hat das noch nichts zu tun mit einer globalen Lösung der Schuldenkrise. Auch das Angebot der Bundesregierung zu einem konditionierten Teilschuldenerlaß für die Länder Schwarzafrikas ist allenfalls eine Karikatur der Forderung nach umfassender Schuldenstreichung, wie wir sie im Rahmen der IWF/Weltbank-Kampagne erhoben haben.

Aber beide Vorgänge zeigen an, daß politische Bewegung in die Schuldenfrage gekommen ist, daß die Front der Hardliner, die Schuldenstreichung überhaupt zum Tabu erklären wollte, angefangen hat zu bröckeln.

Der Haupterfolg der Kampagne liegt darin, daß das Thema „Schuldenkrise der Dritten Welt“ und die Rolle von IWF und Weltbank in diesem Zusammenhang zum Gegenstand einer breiten politischen Auseinandersetzung gemacht werden konnten, deren Hauptbezugspunkt die zentralen Forderungen der Kampagne, nämlich Schuldenstreichung und Neue Weltwirtschaftsordnung, sind. Zum erstenmal seit ihrer Gründung 1944 stand eine Jahrestagung der beiden wichtigsten Institutionen des internationalen Finanzsystems im Zentrum der Aufmerksamkeit einer zunehmend kritischen Öffentlichkeit. Diese war nicht mehr bereit, deren Monopol auf die Interpretation der weltwirtschaftlichen Realität und deren Rezepte einfach hinzunehmen. Dies drückte sich u.a. darin aus, daß die Aktionshöhepunkte der Kampagne mindestens die gleiche, wenn nicht mehr öffentliche Aufmerksamkeit fanden, als die offizielle Jahrestagung.



Der gähnenden Langeweile, die das offizielle Konferenzgeschehen abstrahlte, stand die Phantasie und Vielfalt von Gegenaktivitäten gegenüber, die jede auf ihre Weise den Erfolg der Kampagne nach außen hin sicherten: der Internationale Gegenkongreß mit über 4.000 TeilnehmerInnen, die zentrale Großdemonstration mit 80.000 TeilnehmerInnen am 25. September, die dezentral durchgeführten Aktionstage. Zu nennen sind auch der parallel abgelaufene Kongreß der Umweltorganisationen, das Ökumenische Hearing, das mit Unterstützung des Weltkirchenrates und des Lutherischen Weltbundes im Vorfeld des eigentlichen Kampagnenhöhepunktes wichtige Quali-

Grußbotschaft Fidel Castros Wir brauchen Schuldenstreichung und eine neue Wirtschaftsordnung

Ich möchte vor allem den Organisatoren dieses Ereignisses unsere Grüße und Anerkennung für diese Initiative übermitteln, die man bereits jetzt als historisch bezeichnen kann. Dies gilt nicht nur für den Ort und den Zeitpunkt der Durchführung, sondern auch für die verschiedenen Themen, die die umfassende Tagesordnung ausmachen. Diese Themen befassen sich eindeutig, unter verschiedenen Gesichtspunkten, mit der Problematik der Krise der Außenverschuldung und ihrer Zusammenhänge mit der vorherrschenden internationalen Wirtschaftsordnung. Diese Konzeption ist nach meiner Ansicht sehr richtig. (...)

Die Außenverschuldung hat sich in eine der brennendsten Fragen der Gegenwart verwandelt, denn sie ist der Inbegriff und vielleicht der deutlichste Ausdruck der ungerechten und untragbaren Wirtschaftsordnung... Die Außenverschuldung ist deshalb die direkte Folge der Unterentwicklung, des Kolonialismus, der diese hervorgebracht hat, und deshalb des Kapitalismus.

Wir haben seit 1985 behauptet, daß die Schulden nicht bezahlbar und nicht eintreibbar sind. Die Lage hat sich seitdem dramatisch verschlimmert. Was einige als Schwarzmalerei bezeichnet haben, ist heute bittere Wirklichkeit. Jeden Tag wachsen die Schulden weiter. (...)

Die vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank verfolgte Politik ... beinhaltet in den letzten Jahren weiterhin Anpassungsprogramme, die dazu dienen, ohne irgendwelche anderen Erwägungen und Kosten in Betracht zu ziehen, die Bezahlung des Schuldendienstes durch die wirtschaftlich unterentwickelte Welt zu sichern. (...)

Das Scheitern der Anpassungsprogramme, die vom IWF vorangetrieben werden, um dem Verschuldungsproblem zu begegnen, ist offensichtlich. Das Problem besteht darin, daß diese Programme dafür gedacht sind, eine mögliche, zeitlich begrenzte Ungleichgewichtssituation in Entwicklungsländern zu beheben, die ausschließlich auf die binnenwirtschaftliche Ebene beschränkt ist.

Das Wesen des wirtschaftlichen Ungleichgewichts der Dritten Welt kann nicht mit kurzfristigen Programmen angegangen werden, die Situationen verbessern sollen, welche nichts mit den Problemen der Unterentwicklung zu tun haben...

Diese Programme dienen in Wirklichkeit dazu, die Schuldenländer im Interesse des transnationalen Kapitals umzuformen. (...)

Das Scheitern der Anpassungsprogramme des IWF ... macht deutlich, daß diese Form, das Problem der Auslandsverschuldung anzugehen, wirkungslos und ungeeignet ist. Es kann keine endgültige Lösung des Verschuldungsproblems ohne eine wirkliche und dauerhafte Wirtschaftsentwicklung geben.

Und dies wird vor allem nicht möglich sein, wenn die Ressourcen, über die die Dritte Welt verfügen könnte, weiterhin für die Bezahlung des Schuldendienstes verwendet werden. Und dies wird genauso wenig möglich sein, ohne eine substantielle Umwandlung der gegenwärtigen internationalen Wirtschaftsordnung. (...)

Für eine wirkliche Lösung des Verschuldungsproblems zu kämpfen heißt, für die Entwicklung der großen Mehrheit der Menschheit zu kämpfen. Wir haben gesagt, es ist ein Axiom, daß es ohne Frieden keine Entwicklung geben wird. Aber ebenfalls ein Axiom ist, daß es ohne Entwicklung für die acht Zehntel der Weltbevölkerung keinen Frieden geben kann.

In diesem Kampf ist vielleicht wie nie zuvor neben unseren eigenen Anstrengungen die Solidarität, die Unterstützung und die internationale Zusammenarbeit notwendig.

Ich bin davon überzeugt, daß dies der Geist ist, der diese Konferenz beherrscht. (...)

fizierungsarbeit leistete, und das „Ständige Tribunal der Völker“ (Permanent People's Tribunal), das dem IWF und der Weltbank eigenständig und erstmals den Prozeß machte (Dokumente siehe nachstehend).

Es ist unmöglich, in einem kurzen Bericht allen diesen Aktivitäten gerecht zu werden. Fidel Castro sprach in seiner Grußbotschaft an den Gegenkongreß von einer „historischen Initiative“ (siehe Kasten) — er konnte nicht wissen, ob dies in West-Berlin als abgeschmackte Übertreibung ankommen oder dann doch mit einer Art Aufbruchstimmung zusammentreffen würde, die allenthalben in der Luft lag. Um drei Aspekte aus der persönlichen Sicht eines unmittelbar Beteiligten herauszugreifen, die über die Aktionshöhepunkte von West-Berlin hinausweisen:

- Unübersehbar war der häufige historische Bezug auf die Vietnam-Bewegung vor fast genau 20 Jahren. Dies jedoch nicht im Sinne nostalgischer Reminiszenen, sondern verbunden mit dem Anspruch, die Jahrestagung von IWF und Weltbank und die damit verbundene inhaltliche Problematik zum Ansatzpunkt für die Entwicklung einer neuen, breiten internationalistischen Bewegung zu machen, wie schon in der Selbstdarstellung der Kampagne formuliert worden war. Dieser „neue Internationalismus“ wurde begriffen als Aufgabe gemeinsamen Suchens nach neuen Konzepten, die dem gegenwärtigen Stand internationaler Verflechtungen gerecht werden, nicht als Präsentation eines neuen Patentrezepts.

- Damit eng zusammen hängen Ansätze einer „neuen politischen Kultur“ der Linken, in der Bündnispolitik als gemeinsamer Lernprozeß verstanden wird. Dies schließt eine neue Breite von Allianzen ein, wie sie in den den Trägerkreisen der Kampagne (die von Grün-Alternativen über traditionelle Linke bis hin zu sozialdemokratischen und christlichen Gruppen sowie zahlreichen Nichtregierungsorganisationen reichte) zum Ausdruck kam. Vor allem aber zeigte sich dies in neuen Formen der Zusammenarbeit jenseits von altem Spektrumsdenken, Hegemoniebestrebungen und Fraktions-Hick-Hack. In diesem Sinne ist Walter Hättig (Aktions Solidarisches Welt), der für den Trägerkreis die Eröffnungsrede des Gegenkongresses hielt (siehe Kasten), voll zuzustimmen: „Die gemeinsame Arbeit war geprägt von einer enormen Kooperation und der Bereitschaft, das in vielen Kampagnen der Vergangenheit übliche Lagerdenken zu überwinden. Für viele von uns — und das sei durchaus

Das Verschuldungsthema eint unterschiedlichste Solidaritätsgruppen



selbstkritisch angemerkt — war das eine ganz neue Erfahrung, die uns hoffentlich neue und produktive politische Perspektiven eröffnen wird.“

- Festgehalten werden muß auch die vielfach geäußerte Erkenntnis, daß „alte“ und „neue“ soziale Bewegungen trotz aller Gegensätze darauf angewiesen sein werden, eine gemeinsame Perspektive zu entwickeln, wenn sie den Herausforderungen wachsender Internationalisierung von Produktions- und Lebenszusammenhängen und den globalen Bedrohungslagen gerecht werden wollen. „Internationalismus“, so Werena Rosenke vom Bundeskongreß developmentspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) in ihrem Redebeitrag auf dem Abschlußplenum, „muß integral Bestandteil oppositioneller Politik 'neuer' und 'alter' sozialer Bewegungen in den Metropolen werden. Aufgabe der sozialen Bewegung hier muß es sein, die eigene 'Betroffenheit' in Beziehung zu setzen zu den Strategien imperialistischer Herrschaftssicherung und Kapitalinteressen.“

In diesen drei Punkten wird eine Entwicklungsrichtung internationalistischer Arbeit deutlich, die in Zukunft weiter ausgebaut werden muß, wenn die während der IWF/Weltbank-Kampagne deutlich gewordenen positiven Ansatzpunkte nicht wieder versanden sollen.

Es geht dabei, wie in der West-Berliner Erklärung formuliert wird, um die bewußte „Zusammenführung von Analyseinstrumenten, Sichtweisen und Kriterien“, um die „Synthese von weltwirtschaftlichen, entwicklungspolitischen, sozialen, öko-



Das ICC, der Tagungsort von IWF und Weltbank, gleich einer belagerten Festung

logischen und feministischen Aspekten“. Nur so ist eine Perspektive denkbar, „die nicht nur an den Einzelpunkten globaler oder nationaler politischer Probleme ansetzt“.

Dies beinhaltet auch — ein weiteres Positivum — die Überwindung der oftmals undialektischen Entgegensetzung von „Revolutionärem“ und „Reformistischem“: Ein „neuer Internationalismus“ wird beides brauchen, die konkret-utopische Vision einer neuen Weltordnung, orientiert an den umfassenden Zielen Demokratie, Unabhängigkeit und friedensorientierter Umgang mit den Ressourcen, und konkretisierte Antworten auf die

Ständiges Tribunal der Völker Urteil gegen IWF und Weltbank

Parallel zum IWF/Weltbank-Treffen saß vom 26.-29. September d.J. in West-Berlin das Ständige Tribunal der Völker über die beiden internationalen Finanzinstitutionen zu Gericht. Zur Jury des von der italienischen Lelio-Basso-Stiftung getragenen Gerichts gehörten insgesamt 13 Personen, darunter die Lateinamerikaner Eduardo Galeano (Uruguay), Friedensnobelpreisträger Adolfo Perez Esquivel (Argentinien), der ehemalige Bischof Sergio Mendez Arceo (Mexiko), die Bundestagsabgeordneten Ludger Vollmer (Die GRÜNEN) und Gert Weißkirchen (SPD) sowie weitere Parlamentsabgeordnete, Professoren und Juristen aus westeuropäischen Staaten, den USA und Australien.

Nach Berichten von ExpertInnen und Augenzeuginnen aus aller Welt, den Beiträgen der Anwälte der Opfer und der Angeklagten kam das Tribunal auf Grundlage der Statuten, Resolutionen und Erklärungen der UNO, ihrer Unterorganisationen, von IWF und Weltbank sowie anderer regionaler Staatenzusammenschlüsse zu dem hier dokumentierten Urteil. Das Gericht erarbeitete außerdem eine umfangreiche Urteilsbegründung sowie Empfehlungen für eine Entschuldung und eine grundlegende Reform von IWF und Weltbank.

Die Verhandlungen vor dem Tribunal haben andere Verantwortlichkeiten ans Licht gebracht, nämlich die der Regierungen, die im Aufsichtsrat vertreten sind, die Verantwortlichkeit der USA, die durch ihre riesige Kreditaufnahme zur Deckung ihrer Militärausgaben, ohne mehr Steuern von ihrer Bevölkerung zu erheben, zur Zerrüttung der Finanzmärkte beigetragen haben, aber auch die Verantwortlichkeit Japans und der Bundesrepublik Deutschland, die ihre Überschüsse zur Finanzierung des amerikanischen Defizits verwenden, anstatt ihre Ressourcen in die Länder der Dritten Welt zu transferieren. Die negativen Auswirkungen durch die transnationalen Firmen wurden ebenfalls hervorgehoben. Bevor es sein Urteil fällt, gibt das Ständige Tribunal der Völker zu bedenken, daß es sich darauf beschränkt, ein Urteil über das Ersuchen zu fällen, das dem Tribunal unterbreitet wurde. Das Tribunal stellt fest:

1. Die Weltbank und der Internationale

Währungsfonds verstoßen gegen die Charta der Vereinten Nationen, indem sie weder höhere Lebensstandards, Vollbeschäftigung und Bedingungen für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und Entwicklung noch die weltweite Beachtung der Einhaltung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten für alle, ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion, wie von Artikel 1.3. und Artikel 55 der Charta verlangt, gefördert haben. Außerdem haben sie das Souveränitätsrecht der einzelnen Staaten und die Rechte der Völker auf Selbstbestimmung verletzt.

2. Weltbank/IWF verstoßen gegen ihre eigenen Verfassungen, indem sie nicht zur Förderung und Erhaltung hoher Niveaus bei Beschäftigung und Realeinkommen und zur Entwicklung der produktiven Ressourcen aller Mitglieder als Hauptzielen der Wirtschaftspolitik beigetragen haben, wie es Art. 1, die Artikel der Übereinkunft des IWF und Art. 1, die Artikel der Übereinkunft der Weltbank verlangen.

Außerdem wurden Kredite, die diktatorischen Regierungen gegeben wurden, oft für Waffen mißbraucht, die gegen das Volk eingesetzt oder in Auslandsbanken investiert wurden, ohne für Entwicklung, Gesundheit, Bildung oder Nahrungsprogramme verwendet zu werden.

3. Die Weltbank war nachlässig, indem sie Kredite vergab, ohne genau die Bedürfnisse der Schuldernationen zu untersuchen, noch die Fähigkeit der Schuldernationen vollständig zu berücksichtigen, solche Kredite zurückzubehalten. Die Strukturanpassungspolitik von Weltbank/IWF führte zu einem wachsenden Nettotransfer von Ressourcen aus verschuldeten Ländern in die Gläubigerländer. Folglich haben sich das Leben und die Lebensstandards in den verschuldeten Ländern verschlechtert. Die Umwelt wurde unwiderruflich geschädigt und die Lebensgebiete eingeborener Völker wurden zerstört. Entschädigungszahlungen sollten deshalb in Betracht gezogen werden. Durch solche Praktiken haben IWF/Weltbank den Akkumulationsstrategien der industrialisierten Länder, der multinationalen Konzerne und des internationalen Finanzkapitals, die zum gegenwärtigen Schuldendesaster führten, eine illusorische Legitimität verliehen. Ein Desaster, das nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft der meisten Nationen gefährdet.

4. In Anbetracht der politischen und wirtschaftlichen Bedingungen, die sie auslösten, kann die Ablehnung der Schulden durch die „Verteidigung des Notwendigen“ gerechtfertigt werden, die von den internationalen Gerichten als eine gerechtfertigte Verteidigung anerkannt wird, wenn die Begleichung finanzieller Verpflichtungen die Lebensstandards der Bevölkerung einer Nation schwer beeinträchtigen würden — wie es der Fall bei allen Ländern der Dritten Welt ist.

Frage nach den ersten Schritten in diese Richtung. Der Gegenkongreß hat hierfür erste Grundlagen gelegt, mit denen wir in Zukunft weiterarbeiten können, ja müssen. Das zeigten sowohl die Diskussionen als auch die im breiten Konsens erarbeitete Abschlusserklärung. Das Problem, um das es geht, formulierte Folker Fröbel (Starnberger Institut) zum Beispiel so: „Diese Entwicklung und diese Politik, die diese Entwicklung unterstützt (die derzeit vorherrschende; R.F.), wird keine der großen Menschheitsprobleme lösen, sie wird soziale Fragen nicht lösen, sie wird die Massenarbeitslosigkeit in den Industrieländern nicht beseitigen, sie wird Verelendung und Hunger in der Dritten Welt nicht beseitigen, sie wird die Umwelt weder hier noch dort aufrechterhalten. Diese Politik ist nicht auf Dauer durchhaltbar, sondern sie geht gegen genügend Interessen der großen Mehrheit der Weltbevölkerung. Ich behaupte, gegen diese Entwicklung und gegen dieses liberalkonservative Krisenmanagement auf dem Rücken der Schwachen sind Gegenkonzeptionen nicht nur wünschbar, sondern historisch notwendig; sie sind auch möglich.“ Die Forderung nach umfassender und bedingungsloser Schuldenstreichung, für die es auf dem Kongreß breite Unterstüt-

zung, aber auch Skepsis (z.B. Tetzlaff-Kontroverse) gab, wäre in diesem Kontext als erster notwendiger, aber keineswegs hinreichender Schritt zu begreifen, um der Entwicklung einer Gesamialternative Raum zu verschaffen. Elemente für ein solches Konzept, das hat die Diskussion am 2. Kongreßtag gezeigt, gibt es durchaus, und zwar sowohl im Süden als auch im Westen wie im Osten. Während der brasilianische Ökonom Paul Singer betonte, daß Initiativen für die Überwindung der strukturellen Abhängigkeit vor allem aus dem Süden selbst kommen müssen, unterstrich Colin Stoneman (Universität York) die Bedeutung bestehender Ansätze der Süd-Süd-Zusammenarbeit für ökonomische Befreiungsprozesse. Bemerkenswert war, daß gerade Gewerkschaftsvertreter aus dem Süden von ihren nördlichen KollegenInnen eine neue internationalistische Praxis einforderten, die die globalen Kapitalstrategien zum gemeinsamen Bezugspunkt machen müßte. In erstaunlichem Maße konvergierend waren die Modellvorstellungen, die den herrschenden weltwirtschaftlichen Verhältnissen entgegengestellt wurden. Wladimir Schenajew (Europa-Institut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR) stellte

die Problematik der Auslandsschulden und einer neuen Weltwirtschaftsordnung in den Zusammenhang der sowjetischen Vorschläge zur Schaffung eines allumfassenden Systems der internationalen, einschließlich der ökonomischen Sicherheit. Er sprach von der unabdingbaren Stärkung kollektiver und demokratischer Regulierungsmechanismen (z.B. UNO). SPD-MdB Ingomar Hauchler betonte ebenfalls die notwendige Stärkung der Politik gegen die Ökonomie, vor allem den Ausbau der internationalen Kontrolle von Finanzbewegungen und den Bedarf an neuen institutionellen Lösungen unter Einfluß eines Umbaus der internationalen Organisationen. Fast gleichlautend sprachen Hauchler vom internationalen „Sozialpakt“ und Jakob von Uexküll (Regenbogenfraktion im Europaparlament und Alternativer Nobelpreis) von einem „internationalen Solidaritätsvertrag“, der zur weltweiten Deckung der Grundbedürfnisse notwendig sei und jährlich 5-20% der laufenden Rüstungsausgaben kosten würde. Zwar wurden unterschiedliche Akzente in der Frage gesetzt, wer schließlich für solche Lösungen in den Industrieländern gewonnen werden könne, ob „wir langfristig alle in einem Boot sitzen“ (Hauchler) oder – wie MdB Ludger Vollmer (Die

GRÜNEN) meinte – daß die notwendige Solidarisierung über materielle Interessenkonvergenzen hinaus auch aus ethischen Begründungen abgeleitet werden müsse. Dessen ungeachtet aber wird die Frage nach der Verknüpfung von Interessenlagen in Nord und Süd als entscheidend für die Tragfähigkeit und Mobilisierungsfähigkeit alternativer Lösungen angesehen. Daß dies nicht ohne tiefgreifende Einschnitte hier bei uns möglich sein wird, zeigte am konkreten Fall alternativer Wirtschaftspolitik Jörg Huffschmid (Memorandumsgruppe), der auch für die Bundesrepublik eine Umkehr der herrschenden Entwicklung zu einer Orientierung am Primat des Binnenmarktes einforderte. Die West-Berliner Erklärung faßt die nächstliegenden Aufgaben in die Kurzformeln von der Notwendigkeit einer „radikalen und umfassenden Demokratisierung der internationalen Beziehungen“ und der unabdingbaren „Überwindung der zerstörerischen Dynamik des Weltmarkts“ unter Einfluß der Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen. Die Frage nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung wird sich daran entscheiden, ob es auf diesen Kampffeldern zu substantiellen Fortschritten kommen wird. Diese müssen selbstredend gegen die bestehenden Hegemoniestrukturen durchgesetzt werden und sind letzt-

Walter Hättig Eröffnungsrede zum Gegenkongreß Von der Debatte zur Überwindung der Schuldenkrise

Der Gegenkongreß zum IWF/Weltbank-Treffen wurde am 23. September d.J. mit einem Beitrag von Walter Hättig eröffnet. Er vertrat die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (ASW) im Trägerkreis des Gegenkongresses der IWF/Weltbank-Kampagne.

In den nächsten Tagen werden sich hier in Berlin mehr als 10.000 Banker, Regierungsvertreter und Manager der beiden zentralen internationalen Finanzinstitutionen IWF und WB treffen. Verhandeln werden sie dann über das Schicksal von Hunderttausenden von Menschen in der Dritten Welt.

Sie werden darüber diskutieren, wie sie das Schuldenproblem in ihrem Sinne regulieren können, in der ihnen eigenen kühlen, nur der Effizienz verpflichteten Geschäftsmäßigkeit. Dabei werden sie vor allem die Sicherung der reibungslosen Verwertung des eingesetzten Kapitals vor Augen haben. Diesen Verwertungsinteressen widerspricht es keineswegs, wenn nun auch Banken und Regierungen unter den von ihnen gesetzten Bedingungen Schuldenstreichungen in Erwägung ziehen. Sie sollen nicht Elend und Hunger in der Dritten Welt beseitigen, vielmehr sollen sie die Profitabilität dieser Länder für die Gläubiger erhalten. (...) Aber IWF und WB sind nur Instrumente, durch die sich die Funktionsprinzipien des Weltmarktes Geltung verschaffen. Unsere Kritik kann sich daher nicht nur gegen sie richten, nicht nur gegen die Regierungen, die deren Politik bestimmen, sondern zentral gegen den Kapitalismus selbst sowie gegen dessen lebensvernichtende Auswirkungen.

IWF/Weltbank-Kampagne.

Es war nicht allein die Jahrestagung von IWF und Weltbank in Berlin, die in der Bundesrepublik und in Westberlin die längst überfällige Diskussion um die Verschuldung in einer breiten Öffentlichkeit ausgelöst hat. Es war die Schuldenkrise selbst, mit all ihren Auswirkungen auf die Menschen, die uns gezwungen hat,

uns zu diesem komplizierten Problem politisch zu verhalten.

Die Breite, die diese Diskussion inzwischen unbestritten erreicht hat, ist in einem doppelten Sinne erstaunlich:

– einmal wegen der Kompliziertheit des Problems selbst,
– zweitens weil die Diskussion weit über das traditionelle Spektrum der Solidaritätsbewegung hinaus reicht.

Heute befassen sich mit dem Problem der Verschuldung nahezu alle alten und neuen sozialen Bewegungen dieses Landes: angefangen von der feministischen Bewegung bis hin zur Umweltbewegung und zur Friedensbewegung. Auch die Nicht-Regierungs-Organisationen und die Kirchen haben dazu inzwischen Stellungnahmen veröffentlicht. Eine solch breite, wenn auch kontrovers geführte Debatte, hat es vermutlich seit der Vietnam-Solidarität nicht mehr gegeben.

Mehr als jemals zuvor bei einer internationalistischen Kampagne, wurde dabei die Diskussion um das Verschuldungsproblem beeinflusst von den sozialen und politischen Bewegungen der verschuldeten Länder selbst. Die Erfahrungen dieser Bewegungen und ihre konkreten Anfragen haben uns zu dieser Diskussion mit gezwungen.

Die entwicklungspolitischen Aktionsgruppen haben auf ihrem 11. Bundeskongreß (BUKO) im Mai des vergangenen Jahres die verschiedenen Diskussionstränge in der Verschuldungsfrage aufgegriffen und mit der Verabschiedung der „Fuldaer Erklärung“ (siehe: AIB 7/1987, S. 72; d. Red.) zur IWF/Weltbank-Kampagne 1988 aufgerufen. Darin heißt es: „Die Schulden sind nicht zurückzahlbar...“ und weiter: „Deswegen unterstützen wir die Forderungen nach Streichung der Schulden, die von der betroffenen Bevölkerung in der 'Dritten Welt' erhoben werden.“ Und schließlich: „Doch dies wird nicht ohne eine tiefgreifende Veränderung der internationalen Beziehungen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu erreichen sein.“

Auf dieser Grundlage organisierte sich ein

Bündnis gegen die Politik der Verarmung und Verelendung, das mehr als 120 Organisationen und Gruppen aus dem In- und Ausland umfaßt: Der IWF/WB-Kampagne ist es damit gelungen, die unterschiedlichsten politischen Ansätze und Erfahrungen zusammenzubringen, die Zersplitterung der Solidaritätsbewegung zu überwinden und durch die Bündelung der Initiativen und Aktionen, die politische Debatte um das Verschuldungsproblem wesentlich zu prägen. Diese neue Qualität wird noch dadurch unterstrichen, daß auch in Berlin (DDR) in den nächsten Tagen Menschen gegen die internationalen Finanzinstitutionen protestieren werden.

Alle, die an den Vorbereitungen der Aktionen zur Jahrestagung beteiligt waren, werden es bestätigen: Die gemeinsame Arbeit war geprägt von einer enormen Kooperation und der Bereitschaft, das in vielen Kampagnen der Vergangenheit übliche Lagerdenken zu überwinden. Für viele von uns – und das sei durchaus selbstkritisch angemerkt – war das eine ganz neue Erfahrung, die uns hoffentlich neue und produktive politische Perspektiven eröffnen wird.

Gegenkongreß.

Vorläufiger Höhepunkt der Kampagne – aber noch lange nicht deren Endpunkt – ist der heute beginnende Gegenkongreß, die Demonstration am Sonntag sowie die Aktionen in der nächsten Woche. Für uns alle, die wir den Gegenkongreß in langen und intensiven Diskussionen vorbereitet haben, gab es ein ganz zentrales Anliegen: Dieser Kongreß sollte nicht zu einer akademischen Selbstreflexion der IWF/WB-Kampagne werden, auf dem wir uns zum wiederholten Male der Richtigkeit unserer Analysen versichern. Wichtigstes Ziel dieses Kongresses ist: die Debatte in der Verschuldungsfrage über das rein akademische hinauszutreiben und in der Verbindung von Theorie und Praxis neue Impulse für politische Strategien zu erkunden, die die sozialen Bewegungen stärken können. Daher haben wir zu diesem Gegenkongreß

viele Vertreter und Vertreterinnen von sozialen und politischen Bewegungen aus den verschuldeten Ländern eingeladen, die dort ihre Lebensinteressen gegen das Kartell von Banken, Konzernen, IWF, Weltbank und Eliten durchsetzen müssen. Von ihnen wollen wir lernen, mit ihnen unsere Analysen austauschen und gemeinsam über Handlungsperspektiven diskutieren. Denn nur wenn es gelingt, hier wie dort die sozialen Bewegungen zu stärken und durch ein koordiniertes und gemeinsames Handeln die nationalen und internationalen Machtverhältnisse zu verändern, eröffnet sich die Perspektive, die Verschuldungskrise und deren Ursachen zu überwinden. (...) Gemeinsame Grundlage des Bündnisses, das den Gegenkongreß vorbereitet hat, war von Anfang an die Forderung der „Fuldaer Erklärung“ nach einer umfassenden und globalen Schuldenstreichung. Das allein ist schon ein großer Erfolg dieser Kampagne, daß es gelungen ist, die unterschiedlichsten Bewegungen auf diese gemeinsame Forderung festzulegen. Damit hat die Kampagne unter Beweis gestellt, daß ein breites Bündnis nicht notwendigerweise mit schalen Kompromissen erkaufte werden muß. Diese zentrale Forderung wollen wir hier mit dem Kongreß noch einmal unterstreichen.

Wir sind uns auch illusionslos darin einig, daß mit einer umfassenden und globalen Schuldenstreichung die Probleme der Weltwirtschaft nicht zu beseitigen sind. Wir wissen genau: Die Verschuldung der Länder in der Dritten Welt ist nur ein Symptom unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Eines Wirtschaftssystems, das nicht nur zur fortgesetzten Verelendung der Dritten Welt führt, sondern in seiner Blindheit gegenüber den Resultaten seiner eigenen Funktionsmechanismen, auch hier den Menschen immer mehr die Lebensgrundlage entzieht. Wir wissen, daß ohne eine radikale Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse eine menschenwürdige Zukunft für uns alle nicht möglich sein wird.

Daher ist die Forderung nach einer Veränderung der Logik des Kapitals ein grundlegender Bestandteil der Kampagne. Es ist richtig, daß wir dazu auch keine Patentrezepte anzubieten haben und daß andere vor uns daran resigniert haben. Aber wir wollen mit dem Kongreß auch Mut machen, die Anstrengung des nach vorne Denkens wiederaufzunehmen.

Wir wollen auffordern zur praktischen Solidarität mit den Menschen in der Dritten Welt: gegen die Konzerne, Regierungen und Banken. Aber auch gegen die Eliten der Dritten Welt, die von diesen Verhältnissen profitieren. Wir fordern eine Solidarität mit jenen, die in den Elendsvierteln der urbanen Zentren leben, die vertrieben werden durch von Weltbank und Großkonzernen finanzierte Staudammprojekte oder die durch IWF-Anpassungsprogramme in Hunger und Tod getrieben werden. Und mit jenen, die sich das alles nicht mehr gefallen lassen wollen. (...)

Mit den Gegenaktivitäten aus Anlaß der Jahrestagung von IWF und Weltbank soll die Kampagne nicht ihr Ende finden. (...) Wir müssen diese weiterführen und damit beitragen, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse grundlegend zu verändern.

Kriminalisierung der IWF/Weltbank-Kampagne.

Die Veranstaltungen und Aktionen gegen IWF und Weltbank störten von Anfang an das Konzept von Regierung und Senat, aus der Jahrestagung von IWF und Weltbank eine Publicity-Show für die Weltöffentlichkeit zu machen. Das war nicht anders zu erwarten. Mit einem massiven Polizeiaufgebot, mit dem

Versuch, die IWF/WB-Kampagne zu kriminalisieren sowie mit vielfältigen repressiven Maßnahmen des Senats gegen die Kritiker der staatlichen Institutionen, so beispielsweise gegen die „anti-imperialistische Stadtrundfahrt“, soll nun dieses Konzept gerettet werden. All dies ist ein bereiteter Ausdruck der politischen Kultur dieses Landes, Vergleiche zu autoritären Regimen drängen sich hier geradezu auf. Es ist der Breite der Kampagne geschuldet, daß diese Strategie von Regierung und Senat bisher nicht aufging. Wir sind umso mehr gefordert, unsere Kritik in aller Deutlichkeit zu formulieren und zum Ausdruck zu bringen.

Im Februar 1968 fand hier im Audi-Max der TU der „Internationale Vietnam-Kongreß“ statt. Rudi Dutschke hielt damals eine Rede auf der anschließenden Demonstration. Weil es zu den Zielsetzungen des Gegenkongresses gut paßt, will ich zum Abschluß daraus noch einen Satz zitieren, der nach wie vor seine Gültigkeit hat: „Jede radikale Opposition gegen das bestehende System, das uns mit allen Mitteln daran hindern will, Verhältnisse einzuführen, unter denen die Menschen ein schöpferisches Leben ohne Krieg, Hunger und repressive Arbeit führen können, muß notwendigerweise global sein.“

Aktionen wie das „Trommeln gegen IWF und Weltbank“ wurden durch brutale Polizeieinsätze behindert



Erklärung von Berlin

Internationaler Kongreß „Umweltzerstörung und Weltbank“

Mehr als 500 TeilnehmerInnen aus rund 150 Umwelt-, Menschenrechts- und anderen nicht-staatlichen Organisationen aus der ganzen Welt trafen sich vom 22.-24. September 1988 in West-Berlin zur Internationalen Bürgerkonferenz zur Weltbank, Umwelt und zu eingeborenen Völkern. Sie verabschiedeten folgende Abschlusserklärung.

Sie betrachteten die dramatische Verschlechterung der ökologischen und sozialen Grundlagen in den meisten Ländern der Dritten Welt mit größter Sorge. Indianer, Landbevölkerung und Kleinbauern beschrieben die beispiellose Zerstörung von Ökosystemen durch von der Weltbank und anderen Geldgebern finanzierte Großprojekte. (...)

Das existierende Weltwirtschaftssystem hat zur Enteignung einer steigenden Zahl von Menschen geführt, die hungrig, heimatlos und ohne grundlegende Schulbildung sind. Zusammen mit der wachsenden Zerstörung lebenswichtiger Ökosysteme unserer Erde und der wachsenden Nachfrage nach Bodenschätzen geht eine dramatische Verschlechterung der globalen Situation einher.

Die Weltbank hat versucht, auf die massive Kritik des Zusammenschlusses der internationalen Umweltgruppen durch Schaffung eines Umweltbüros einzugehen. Zur Vorgehensweise der Weltbank gehört die Abschätzung von Folgen einzelner Projekte auf die Umwelt und die Erstellung von Berichten über Entwicklungsländer. Dieses ist ein wichtiger Schritt in Richtung auf den Einbezug ökologischer Interessen bei der Darlehensabwicklung. Dieses Verfahren findet jedoch keine hinreichende Durchsetzung. (...)

Der Wille zu fundamentalen Reformen läßt sich aus den derzeitigen veröffentlichten Erklärungen und den Entscheidungen zur Darlehensvergabe der Weltbank und des IWF nicht ersehen. Wenn keine weiteren Schritte unternommen werden, wird sich der Zustand der Gesellschaft und der Umwelt in den meisten Teilen der Dritten Welt drastisch verschlechtern. Frauen und Eingeborene sind in den südlichen Weltteilen besonders gefährdet. Aus diesen Gründen fordern wir:

1. Die Handelsbedingungen für den Export der Entwicklungsländer müssen geändert werden.
2. Dem umweltzerstörenden Konsumverhalten muß Einhalt geboten werden.
3. Schulden, die aus Darlehen für umweltzerstörende Projekte resultieren, müssen sofort erlassen werden.
4. Die Schuldenlast muß in der unmittelbaren Zukunft bis zu einer endgültigen Lösung, die auch Maßnahmen zur Sicherung der natürlichen Umwelt beinhaltet, signifikant verringert werden. Der Erlaß von Schulden muß mit der Verpflichtung, weltweit natürliche und menschliche Ressourcen zu schützen, verbunden sein. Dazu gehört die Anerkennung der Schlüsselrolle der Eingeborenen für die Erhaltung wichtiger Ökosysteme. Dazu käme u.a. ein Entwicklungsfonds unter Verwaltung von nichtstaatlichen und Eingeborenenorganisationen in Betracht, in den Schuldentrückzahlungen in einheimischer Währung geleistet werden.
5. Gewinn und Tilgungsraten dürfen nicht die wesentlichsten entscheidenden Faktoren bei Weltbankdarlehen sein. Alle durch internationale Kredite finanzierten Projekte müssen genauestens auf ihre Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt untersucht werden. Eine derartige Prüfung muß im wesentlichen durch

die örtliche Bevölkerung, ihre Repräsentanten, Bürgergruppen und ebenso durch Experten ihres Vertrauens vorgenommen werden. Diese Untersuchung muß auf der Grundlage aller relevanten Informationen über die Projekte gemacht werden. Dies verlangt den freien Zugang zu allen Daten, Transparenz, Öffentlichkeit und eine demokratische Führung der Weltbank und des IWF. Der offene Zugang zu Informationen über international finanzierte Projekte ist ein Grundrecht. Repräsentanten aller Länder bei der Bank müssen ihren Bürgern gegenüber rechenschaftspflichtig sein, ihr Abstimmungsergebnis muß veröffentlicht werden.

6. Statt Projekte zu finanzieren, die das menschliche, gesellschaftliche, kulturelle oder das Gleichgewicht der Umwelt in den Entwicklungsländern stören, müssen bodenständige Projekte gefördert werden, die wirklich auf die Bedürfnisse der örtlichen Bevölkerung abgestimmt sind. Kleinprojekte und angemessene Technologien müssen Priorität erhalten. Die regionale Wirtschaft sollte auf die Bedürfnisse der örtlichen Bevölkerung abgestimmt sein statt auf eine Exportorientierung. (...)

7. Der Schutz der Biosphäre und das Überleben der Menschheit statt der Anpassung an den Weltmarkt müssen ein zentraler Grundsatz der Kreditvergabe und der IWF-Aktivitäten werden. Die Unternehmen des IWF, besonders seine Strukturverbesserungsprogramme, müssen zur Förderung ökologisch und gesellschaftlich nützlicher Programme vollständig verändert werden. Die gegenwärtige, auf exportorientierten Wachstumsmodellen basierende Politik des IWF darf nicht weitergeführt werden.

8. Zur Lösung des Schuldenproblems als auch zur Finanzierung ökologischer Langzeitprogramme von globaler Wichtigkeit muß das Sonderkreditprogramm des IWF Anwendung finden.

9. Folgende Punkte sollen bei der Weltbank und dem IWF besondere Beachtung finden:

- a. Ökologisch verträgliche Nahrungsmittelproduktion für den lokalen Bedarf auf bereits bestehender Agrarfläche, begleitet von einer angepaßten Landreform,
 - b. die Schlüsselrolle der Frau bei der Produktion von Nahrungsmitteln, Brennstoffen und Dünger und im Umweltschutz,
 - c. Familienplanung,
 - d. Schutz der Wälder und Aufforstung mit einheimischen Baumarten, im besonderen durch Kleinprojekte,
 - e. Regeneration und Schutz des Bodens und Programme gegen die Ausweitung von Wüsten,
 - f. Sicherung der genetischen Vielfalt,
 - g. Anwendung der Methoden des integrierten Pflanzenschutzes und Minderung des Einsatzes von Mineraldüngern,
 - h. Schutz des Landes und der Kultur einheimischer Völker.
10. Für Investitionen in neue Großstaudammprojekte soll es ein Moratorium geben, ferner eine verstärkte Darlehensvergabe zur Förderung der Energieeinsparung beim Endverbraucher.
11. Für alle Darlehen, die in Verbindung mit der möglichen Beeinträchtigung ursprünglicher Naturräume und der Zerstörung traditioneller Kulturen und Lebensweisen stehen, soll es ein Moratorium geben.
12. Die Weltbank soll besonders in Gebieten der tropischen Wälder Möglichkeiten zur Unterstützung von Kleinbauern, Viehzüchtern und Siedlern suchen, um erschöpfte Böden durch Anwendung der Techniken des organischen Landbaus zu sanieren und dadurch zu einer dauerhaften Landnutzung zu gelangen.
13. Diejenigen, die vor ökologischen und gesellschaftlichen Gefahren warnen, sollten nicht wie Kriminelle behandelt, sondern eher für ihren Einsatz ausgezeichnet werden.
24. September 1988

Demonstration zum Auftakt des Kongresses „Umweltzerstörung und Weltbank“ am 22. September



lich aber ohne „die notwendige Umstrukturierung internationaler Organisationen“ nicht denkbar.

Eine erste Einschätzung der Gegenaktivitäten zur Jahrestagung von IWF und Weltbank darf nicht unerwähnt lassen, daß diese — schon durch die bewußt zahlreich aus der Dritten Welt eingeladenen Gäste — auch durch eine neue Ernsthaftigkeit in bezug auf die Erwartungen der Menschen in den Entwicklungsländern, den VertreterInnen der dortigen sozialen Bewegungen, geprägt waren.

Vielleicht ist gerade dies ein Grund dafür, daß der in Umrissen erkennbare „neue Internationalismus“ nicht mehr nur an einem Land oder einem einzelnen Regionalkonflikt ansetzt, sondern übergreifende Zusammenhänge (wie eben die Schuldenkrise, die mehr oder weniger alle Länder der Dritten Welt betrifft) zum Gegenstand der politischen Bewegung macht; daß bei der Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung die Verknüpfung internationaler und globaler Probleme mit unseren eigenen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen in den Metropolen ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt; daß schließlich in wachsendem Maße die Produktivität von Alternativvorschlägen erkannt und genutzt wird.

Letztlich erwies sich auch, daß all dies nicht notwendigerweise zu einem abgeschmackten Reformismus führen muß, sondern

„Alte“ und „neue“ soziale Bewegungen werden darauf angewiesen sein, eine gemeinsame Perspektive zu entwickeln, wenn sie den globalen Bedrohungslagen gerecht werden wollen

durchaus in systemüberwindender Perspektive formuliert werden kann.

Mehrere Stimmen auf dem Gegenkongreß haben zu Recht auf den „langen Atem“ verwiesen, den es braucht, wenn die Chancen für einen neuen Internationalismus genutzt werden sollen. Dazu bedarf es der Fortsetzung der begonnenen Zusammenarbeit über die West-Berliner Gipfeltage hinaus, der Entwicklung einer ständigen und offenen Debatte über traditionelle Lager- und Spektrumsgrenzen hinweg, das Verlassen ausgetretener Pfade und den Mut zu neuen Allianzen. Dies alles gemeinsam zu entwickeln bleibt auch ohne den konkreten Anlaß einer ins Haus stehenden Mammutkonferenz internationaler Finanzinstitutionen eine Notwendigkeit, weil die globalen Widerspruchskomplexe und Bedrohungspotentiale (Gefährdung des Weltfriedens, Zerstörung der Umwelt, Probleme der Unterentwicklung und sozialen Verelendung) selbst die Weiterarbeit an politischen Alternativen und Handlungsperspektiven erzwingen.

Gleichwohl gilt es gemeinsam darüber nachzudenken, welche neuen politischen Initiativen anläßlich einer Reihe vor uns liegender, ganz konkreter Ereignisse und Daten ergriffen werden können. Das betrifft den Gipfel der sieben größten kapitalistischen Industriestaaten, der im nächsten Jahr ausgerechnet vor dem Hintergrund der Feiern zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution in Paris tagen wird, ebenso wie den nächsten Evangelischen Kirchentag in West-Berlin. Das gilt für das 500. Jubiläum der „Entdeckung“ Amerikas 1992 (siehe Beitrag in diesem Heft) ebenso wie für das magische Datum „EG-Binnenmarkt '92“.

Wenn diese Anlässe im Geiste der neuen Erfahrungen genutzt werden, dann wird die Vision eines „neuen Internationalismus“ die alltägliche politische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik auch längerfristig prägen können.

Rainer Falk arbeitete für das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) im Arbeitsausschuß der IWF/Weltbank-Kampagne und im Trägerkreis des Gegenkongresses mit.

Julien Randriamasivelo (AAPSO)

IWF und Weltbank müssen Teil der UNO werden

Im Forum I.2. zur Rolle von IWF und Weltbank des Gegenkongresses stellte Julien Randriamasivelo, Mitglied des Sekretariats der Solidaritätsorganisation der Afroasiatischen Völker (AAPSO), einen Forderungskatalog zur Umwandlung des internationalen Finanzsystems und seiner Institutionen vor, den wir in Auszügen dokumentieren. Die AAPSO ist ein Zusammenschluß von Solidaritätskomitees aus Asien, Afrika und mehreren Ländern West- und Osteuropas. Bundesdeutsches Mitglied ist das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK).

Besorgt um die Zukunft der Völker Afrikas und Asiens im besonderen und die der Entwicklungsländer im allgemeinen, vertritt die AAPSO die Auffassung, daß konkrete Maßnahmen bezüglich der Verschuldung und der Funktionen der internationalen Finanzinstitutionen getroffen werden müssen, um eine dekolonisierte Wirtschaft dieser Länder, eine authentische wirtschaftliche Unabhängigkeit im Rahmen einer gegenseitigen Abhängigkeit der von jeglicher neokolonialistischer Ausbeutung freien Nationen zu erreichen, wo jede Nation frei über ihre wirtschaftlich-soziale Entwicklung entscheiden kann:

- 1) Angesichts der dringenden Notwendigkeit der Entwicklungsländer Finanzquellen zu erschließen, um auch nur den Beginn einer gesunden wirtschaftlichen Erholung einzuleiten, müßten die nichtstaatlichen Organisationen Druck auf die Regierungen ausüben, um die kolossalen Summen, die in der Rüstungsindustrie verschwendet werden, für Entwicklungsaufgaben umzuleiten. Diese Summen stehen zur Verfügung, denn sie nähren momentan den Prozeß des Wettübens. Ihre jährliche Summe entspricht laut Expertenberechnungen einer Summe, die höher ist als das Bruttosozialprodukt Asiens und Afrikas. Die Veränderung zum Besseren auf dem Weg der Entspannung ist eine Bedingung, die diese Maßnahmen begünstigt.
- 2) Parallel zur Suche nach möglichen Lösungen, die demokratisch, mit der Zustimmung aller betroffenen Parteien angenommen werden, muß die Lösung einer Streichung der Schulden aller Entwicklungsländer (vollständig oder eines gerechten Anteils, der für die Entwicklungsländer von Nutzen ist) in Betracht gezogen und neu untersucht werden. Die Tatsache, daß bestimmte westliche Länder bereits entschieden haben, diesen Schritt zu gehen, obwohl der gestrichene Teil bisher nur einen sehr kleinen Teil der Gesamtschulden der Dritten Welt ausmacht, zeigt eindeutig, daß es möglich war, in diese Richtung zu gehen. Damit wird die allgemein anerkannte These und unteilbare Wahrheit bestätigt, daß die Schulden der Dritten Welt einfach unbezahlbar sind.
- 3) Die AAPSO ruft alle nichtstaatlichen Organisationen, ob Massenorganisationen oder Gruppierungen, auf, effizient zusammenzuarbeiten in einer Atmosphäre des gegenseitigen Verständnisses, um das momentane ungerechte, parteiische und asymmetrische internationale Währungssystem, das jegliche Entwicklung der Entwicklungsländer hemmt und von den eigennützigen Interessen der imperialistischen Mächte beherrscht wird, radikal zu verändern.
- 4) Wir schlagen vor, daß die nichtstaatlichen Organisationen, um Lösungen zu erzielen, die den Wünschen der Volksmassen entsprechen, die Initiative ergreifen, die Regierungsorganisationen oder -instanzen zu überzeugen, einen dauernden Kontakt miteinander aufzunehmen, der zu einem regelmäßigen Gedankenaustausch und einer engeren Kooperation sowohl auf nationaler oder regionaler als auch auf internationaler Ebene führt.
- 5) Was insbesondere den IWF und die Weltbank betrifft, scheint eine Umwandlung dieser beiden Finanzinstitutionen in Unterorganisationen der Vereinten Nationen, d.h. ihre Integration in diese internationale Organisation, mehr als wünschenswert. Der IWF und die Weltbank würden somit aufhören, ein Instrument im Dienste der Interessen einer kleinen Minderheit von Ländern zu sein, wenn sie unter Führung und Verwaltung der UNO nach Geist und Buchstaben der Charta auf einer wirklich demokratischen Basis vollständig verändert und grundsätzlich umgestaltet würden.
- 6) Außerdem hält die AAPSO die Einberufung einer internationalen Währungs- und Finanzkonferenz der Vereinten Nationen für notwendig, um mit dem IWF und der Weltbank ihre Integration in die UNO auszuhandeln.

West-Berliner Erklärung

Internationaler Gegenkongreß

In Solidarität mit den Völkern der „Dritten Welt“, die durch die verhängnisvolle Politik dieser beiden mächtigsten internationalen Finanzinstitutionen betroffen sind, fand aus Anlaß der Jahrestagung von IWF und Weltbank am 23./24. September 1988 in West-Berlin ein Internationaler Gegenkongreß statt. Nach intensiven Diskussionen während der IWF/Weltbank-Kampagne sowie auf der Grundlage der Beiträge von VertreterInnen aus der „Dritten Welt“, der Bundesrepublik und West-Berlin sowie anderen Industrieländern zu den Auswirkungen der Politik dieser multilateralen Institutionen auf die Völker der „Dritten Welt“, verabschieden wir die folgende Abschlusserklärung:

Seit Jahren sind die Schuldnerländer der „Dritten Welt“ dem Krisenmanagement der internationalen Finanzinstitutionen IWF und Weltbank ausgesetzt. Gemeinsam mit den Banken und den Regierungen der Gläubigerländer arbeiten diese beiden Institutionen daran, die Schuldenkrise im Sinne ihrer Interessen zu entschärfen. Ihre Sorge gilt dem internationalen Kreditssystem und den langfristigen Profitinteressen der Gläubigerbanken. Was sie beunruhigt ist die Krise des Geldes, die Gefährdung der kapitalistischen Weltwirtschaft durch immer wiederkehrende Finanzkrisen und Verweigerungs-Aktionen der Schuldnerländer. Wenn wir von der Schuldenkrise sprechen, dann ist die Krise gemeint, in die die Bevölkerung der „Dritten Welt“ nicht zuletzt durch die Verelendungspolitik von IWF und Weltbank gestürzt wurde: die Krise der verarmten Bevölkerung in den Städten, die ihr Leben von Tag zu Tag weniger vor den Folgen von Krankheit und Unterernährung schützen kann; der Kleinbauern, die durch Verarmung und Vertreibung ihrer Existenzgrundlage beraubt werden; der Frauen, die als Manövrierarmee zwischen Erwerbs- und Subsistenzarbeit besonders brutal ausgebeutet und zunehmend zu Objekten von bevölkerungspolitischen Strategien und Sex-Tourismus gemacht werden. Und wir meinen die ökologische Krise, die durch die Last des Schuldendienstes und den damit verbundenen beschleunigten Raubbau an der Natur verschärft wird. IWF und Weltbank sind für uns nicht die einzigen Instrumente der herrschenden Weltwirtschaftsordnung, die wir kritisieren und bekämpfen. Ihre Jahrestagung in West-Berlin ist uns aber Anlaß genug, gerade ihre Stellung im weltweiten System von Ausbeutung und Unterdrückung zu analysieren und mit politischen und sozialen Bewegungen aus den Ländern der „Dritten Welt“ Gegenstrategien zu diskutieren und zu entwickeln. Besondere Bedeutung kommt der Rolle der BRD zu. Als eine der führenden neokolonialen Mächte (Weltexportmacht Nr. 1) ist sie eine Hauptnutznießerin der gegenwärtigen Verhältnisse. Gleichzeitig gehören die Lohnabhängigen der BRD aber auch zu den Betroffenen der Verelendungspolitik von IWF und Weltbank. Die zunehmende Entrechtung und Verarmung der ArbeiterInnen in der „Dritten

Welt“ begünstigt auch hier Lohnsenkungsstrategien des Kapitals und die Auslagerung von Arbeitsplätzen an die jeweils kostengünstigsten Standorte.

Globale, umfassende und sofortige Schuldenstreichung

Die Krise in der „Dritten Welt“ ist Bestandteil einer Weltwirtschaftsordnung, die seit Jahrhunderten durch die Vorherrschaft der heutigen Industrieländer und die systematische Ausbeutung der Kolonien und heutigen Entwicklungsländer geprägt ist. Ein Schuldenerlaß allein wird diese Strukturen nicht verändern. In den Ländern der „Dritten Welt“ ist die Befreiung aus der Schuldknechtschaft aber eine unverzichtbare Voraussetzung für die Lösung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme, für die längst überfällige Suche nach neuen, selbstbestimmten Entwicklungswegen. Ohne eine Streichung der Auslandsschulden der Länder der „Dritten Welt“ gibt es keinen Handlungsspielraum für die Oppositionsbewegungen dort. Wir unterstützen deshalb nachdrücklich die Forderung nach umfassender und sofortiger Schuldenstreichung, wie sie von den durch die Krise am meisten Betroffenen erhoben wird. Die Lasten der von der „Dritten Welt“ eingeforderten Schuldendienste werden heute den ohnehin schon armen Bevölkerungsgruppen aufgebürdet. Sie sind die Hauptleidtragenden: diejenigen, die nie einen Dollar der Kredite gesehen haben, aber heute existentiell durch die Anpassungsprogramme von IWF und Weltbank bedroht sind. Die Lasten der Entschuldung müssen demgegenüber nach dem Verursacherprinzip von denen getragen werden, die für die Krise verantwortlich sind: private Geschäftsbanken und Konzerne, westliche Regierungen, internationale Finanzorganisationen und die herrschenden Eliten in der „Dritten Welt“.

Gegen den von IWF, Banken und den Gläubigerregierungen propagierten und praktizierten Fall-zu-Fall-Ansatz muß eine globale Schuldenstreichung durchgesetzt werden. Wir unterstützen deshalb Schuldnerkartelle und die Bemühungen um globale Schuldenkonferenzen, in denen die Schuldnerländer gleichberechtigt beteiligt sind. An diesen Verhandlungen müssen auch die Vertreter von politischen und sozialen Bewegungen beteiligt werden. Konditionierte Schulden- und Teilschuldenerlasse, auch wenn sie in „sozialem“ oder „ökologischem“ Gewand erscheinen, lehnen wir ab. Der Schuldentausch über „Debt-to-equity-swaps“ oder „Debt-to-nature-swaps“ ist ein neokolonialer Ausverkauf der letzten Reserven dieser Länder und ein Eingriff in ihre nationale Souveränität. Auch geringfügige Änderungen der Kreditkonditionen bewirken für die Betroffenen nichts, wenn an der weltmarktorientierten Wachstumsideologie grundsätzlich festgehalten wird. Nicht die Entwicklungsländer stehen in der Schuld der Industrieländer, sondern umgekehrt: die eigentlichen Schuldner sind die Gläubiger. Denn die Krisensituation von heute ist in hohem Maße durch koloniale und neokoloniale Ausbeutung, Zerstörung und Deformierung lokaler Strukturen bewirkt worden. Die gegenwärtige Situation ist durch einen



Eröffnung des Gegenkongresses mit der lateinamerikanischen Theatergruppe „La Candelaria“

wachsenden Ressourcenabzug von Süd nach Nord gekennzeichnet. Deshalb fordern wir über Schuldenstreichung hinaus Reparations- und Entschädigungszahlungen an die „Dritte Welt“. Diese müssen nach Kriterien erfolgen, die unmittelbar an den Bedürfnisse der ärmsten Bevölkerungsschichten orientiert sind.

Neue Weltwirtschaftsordnung

Über die Forderung nach Schuldenstreichung hinaus ist eine tiefgreifende Veränderung der internationalen Arbeitsteilung, der internationalen Beziehungen und Machtverhältnisse unabdingbar, wenn die Schuldenkrise dauerhaft überwunden und ein Ausweg aus dem „Teufelskreis“ von Abhängigkeit und Verelendung der „Dritten Welt“ gefunden werden soll. Dazu gehört auch die Veränderung interner Macht- und Ausbeutungsverhältnisse, gegen die die Menschen revoltieren und die ihrerseits durch die Strukturen des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems und die geostrategische Politik von den Industrieländern am Leben erhalten werden. Demokratische Wirtschaftsbeziehungen, die von allen beteiligten Ländern gleichberechtigt gestaltet werden, sind im Rahmen des kapitalistischen Weltmarkts nicht zu verwirklichen. Unser Kampf für eine neue, an den Grundbedürfnissen und Lebensinteressen aller Menschen orientierte Entwicklungspolitik muß deshalb mit dem Entwurf von Alternativen zur bestehenden Weltwirtschaftsordnung verbunden werden. ● Gegen die mörderische Logik des Weltmarkts, gegen das Prinzip des maximalen Gewinns, gegen die Macht von Multis, Banken und diktatorischen Regierungen setzen wir die internationale Solidarität der Völker und ihrer Bewegungen. Nicht anonyme Marktmechanismen, sondern die jeweils besonderen Entwicklungsbedürfnisse der nationalen Gesellschaften müssen ausschlaggebend für Umfang, Struktur und Entwicklung der internationalen Handelsbeziehungen sein. Nur im Rahmen nicht-

hierarchischer, an den Entwicklungsbedürfnissen aller Länder orientierter Weltwirtschaftsbeziehungen sind auch die Menschenrechte, einschließlich der wirtschaftlichen und sozialen Rechte, sowie das Recht auf Entwicklung zu verwirklichen.

- Die politische und wirtschaftliche Souveränität der Entwicklungsländer muß verwirklicht, ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt, von transnationalen Konzernen und Banken, von internationalen Finanzorganisationen und westlichen Regierungen muß beendet werden. Dazu gehört insbesondere die Souveränität über die nationalen Ressourcen, das Recht zur Enteignung transnationaler Konzerne nach nationalen Rechtsgrundsätzen und auf selbstbestimmte Wahl des eigenen Entwicklungsmodells.
- Eine der tragenden Säulen der Ausbeutungsstrukturen des kapitalistischen Weltmarkts ist die Unterwerfung der Frau, die Entwertung ihrer Arbeit und ihres Körpers, ihre Domestizierung und Zurichtung als ausbeutbare Ressource. Im Kampf gegen die Logik des Weltmarkts geht es für die Frauen auch darum, die Autonomie über ihr Leben, ihre Arbeit und ihren Körper wiederzugewinnen und eine geschlechtliche Arbeitsteilung zu überwinden, die auf der systematischen Entwertung der Frauenarbeit beruht.
- Eine neue Weltwirtschaftsordnung muß Alternativen zum systematischen Raubbau an der Natur ermöglichen und fördern. Sie muß geeignet sein, internationale Produktions- und Konsumstrukturen zu entwickeln, die auf einem neuen, nichtausbeuterischen Verhältnis zwischen Mensch und Natur beruhen. Alle diese Fragen müssen Gegenstand einer intensiven Debatte werden. Eine neue Weltwirtschaftsordnung kann jedoch nicht am Reißbrett entworfen oder den Regierungen überlassen werden. Ihr künftiges Gesicht ist abhängig vom Kampf der Völker und ihrer Bewegungen. Doch heute schon läßt sich sagen: ihre Verwirklichung ist nur denkbar auf dem Weg einer radikalen und umfassenden Demokratisierung der internationalen Beziehungen und durch die Überwindung der zerstörerischen Dynamik, die der Weltmarkt heute entwickelt und die sich in Hunger, Naturzerstörung, Hochrüstung und Krieg niederschlägt.
- Die Demokratisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen kann nur verwirklicht werden, wenn die Hegemonie der imperialistischen Zentren USA, EG und Japan gebrochen wird, und wenn alle Länder durch eine stärkere Orientierung auf den Binnenmarkt und die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung vom Weltmarkt unabhängiger werden. Insbesondere die Länder der „Dritten Welt“ stehen vor der Aufgabe, sich stärker auf ihre eigenen Kräfte und Ressourcen zu stützen, wirksame Formen der Gegenmacht zu bilden und die vorhandenen Ansätze zur Süd-Süd-Kooperation zu intensivieren. Die Weltwirtschaftsbeziehungen müssen der Macht von Multis und Banken entrissen und zur Angelegenheit von Übereinkünften von selbstbestimmten und gleichberechtigten Nationen gemacht werden. Die notwendige Umstrukturierung internationaler Organisationen muß vor diesem Hintergrund erörtert werden.
- Im Zuge der weltweiten Krise der Kapitalverwertung ist der Weltmarkt immer stärker zu einem Mechanismus der Zerstörung geworden. Der Hunger in der „Dritten Welt“, die Vernichtung des Regenwaldes, Hochrüstung und imperialistische Kriegsstrategien sind nur die krassesten Erscheinungen einer internationalen Vernichtungsökonomie, die auf dem schnellsten Wege gestoppt werden muß. Einige der dringendsten Aufgaben sind:
 - Die Beendigung der Einmischung in Form

der Außenpolitik von IWF und Weltbank ist ebenso notwendig wie der sofortige Stopp aller durch internationale Finanzorganisationen geförderten Großprojekte, die den Raubbau an der Natur fortsetzen, die Vertreibung der Menschen in Kauf nehmen und ihre Lebensbedingungen zunichte machen.

- Die internationale Agrarordnung, die heute auf den Bedarf der industrialisierten, profitorientierten Agrarwirtschaft zugeschnitten ist und die weltweit Umweltzerstörung, in der „Dritten Welt“ Hunger und bei uns Krankheit erzeugt, muß konsequent umorientiert werden auf das Überleben und die Gesundheit aller.
- Die Zerstörung menschlichen Lebens, die Verschwendung menschlicher Arbeitskraft und materieller Ressourcen für militärische Zwecke, für Hochrüstung, Waffenexporte und imperialistische Kriegführungsstrategien muß gestoppt werden. Abrüstung, Stopp von Waffenexporten und die Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen insgesamt sind unabdingbare Voraussetzungen für die Überwindung der herrschenden Vernichtungslogik zugunsten einer friedensorientierten internationalen Überlebensökonomie.

Unser Widerstand – unsere Solidarität

Wir wissen, daß die Verwirklichung auch nur dieser allerdinglichsten Veränderungen nicht ohne tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzungen in den Industrieländern möglich ist. Der Logik des Kapitals, die den internationalen Ausbeutungsstrukturen zugrundeliegt, müssen wir hier in der Bundesrepublik und West-Berlin entgegen treten. Unser Widerstand richtet sich deswegen gegen die Verursacher von Ausbeutung, Hunger und Elend. Unser Kampf gilt den bundesdeutschen Konzernen und Banken sowie einer Politik, die deren Interessen in diesem Land absichert und das bestehende kapitalistische Weltwirtschaftssystem stabilisiert. Unsere Solidarität mit den emanzipatorischen Bewegungen in der „Dritten Welt“ muß deshalb auf verschiedenen Ebenen in die politische Praxis umgesetzt werden: als konsequentestes Engagement für neue Produktionsformen und Lebenszusammenhänge, in denen eine solidarische Lebenspraxis und ein neues,

nichtausbeuterisches Verhältnis zur Natur angestrebt wird; als Kampf der Frauen gegen ihre Entmachtung und Entwürdigung durch patriarchale Strukturen; als grundsätzliche Infragestellung unserer Konsum- und Lebensweisen; als Fortsetzung und Intensivierung der politischen und materiellen Solidarität mit den sozialen, politischen und Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“.

In diesem Sinne sind „neue“ und „alte“ soziale Bewegungen, Gewerkschaften, ChristInnen, Frauen-, Jugend- und Umweltorganisationen sowie politische Parteien in den Industrieländern herausgefordert. Im Rahmen der IWF/Weltbank-Kampagne ist ein erster Schritt der Zusammenführung von Analyseinstrumenten, Sichtweisen und Kriterien gelungen, die Grundlage einer solchen angestrebten Praxis werden können. Nur die Synthese von weltwirtschaftlichen, entwicklungspolitischen, sozialen, ökologischen und feministischen Aspekten kann der Entwicklung einer politischen Perspektive förderlich sein, die nicht nur an den Einzelpunkten globaler wie nationaler politischer Probleme ansetzt. Die Erfahrungen des Gegenkongresses haben gezeigt, daß eine strategisch orientierte politische Zusammenarbeit oppositioneller Bewegungen auf internationaler Ebene möglich und notwendig ist, um an den zentralen Widersprüchen von Weltherrschaft und Weltwirtschaft anzusetzen. Das Projekt „Europäischer Binnenmarkt 1992“ wirft schon heute seine Schatten voraus: auf Kosten sozialer und ökologischer Standards im Inneren und zum Schaden der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas droht ein weiterer Ausbau der Machtposition von EG-Europa und der internationalen Bewegungsfreiheit des Kapitals. 1992 jährt sich auch zum 500. Male die europäische „Entdeckung“ des amerikanischen Kontinents, der historische Ausgangspunkt für die Kolonisierung, Unterwerfung und Zerstörung der kulturellen Identität von Millionen von Menschen, die bis heute wirksam ist. Vom Internationalen Gegenkongreß anlaßlich der Tagung von IWF und Weltbank in West-Berlin rufen wir dazu auf, die begonnene Zusammenarbeit fortzusetzen. Die Chance, eine neue internationalistische Bewegung zu entwickeln, muß genutzt werden. West-Berlin, den 24. September 1988

Das überfüllte Audimax der TU während des Gegenkongresses



Michael Voregger

Die Tagung von IWF und Weltbank Kosmetik auf der Tagesordnung

Die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, die vom 26.-29. September d.J. in West-Berlin stattfand, ist nicht mit den bisherigen Treffen zu vergleichen. Den Unterschied machen nicht etwa umwälzende Beschlüsse, sondern der Rahmen der Veranstaltung aus. Mit der IWF/Weltbank-Kampagne ist es zum erstmaligen gelungen, das öffentliche Interesse auf Fragen der Weltwirtschaft und die Rolle der internationalen Finanzagenturen bei der Ausbeutung der Dritten Welt zu lenken. Bemerkenswert waren auch die „Sicherheitsvorkehrungen“ des Berliner Senats, die sich in wahrhaft olympischen Dimensionen bewegten und keinen Vergleich mit Seoul scheuen brauchten.

Diese Ereignisse verstellten den Blick auf Verlauf, Bedeutung und Ergebnis der Tagung, in deren Vordergrund ebenfalls die Verschuldung der Dritten Welt stand. Besondere Bedeutung dürfte dabei der Initiative Japans zukommen (s.u.), da sich hier eine Machtverschiebung im Kartell der Metropolen ankündigt.¹ Wer neue Konzeptionen zur Lösung der Verschuldung erwartet hatte, sah sich getäuscht. Bereits im Vorfeld des Kongresses wurde deutlich, daß am „bewährten“ Instrumentarium festgehalten wird und die Tagung lediglich Modifikationen vornimmt.²

Dies nur auf den Umstand zurückzuführen, daß die nach wie vor einflußreichste Nation — die USA — aufgrund anstehender Wahlen nur bedingt handlungsfähig sei, geht aber am Kern des Problems vorbei. Vielmehr hat sich die Lage der Schuldner und Gläubiger geändert. Während bis vor kurzem noch mit dem Zusammenbruch des monetären Systems gerechnet wurde, sind die Gläubigerbanken heute durch Rückstellungen und Wertberichtigungen weit weniger verwundbar. Die Position der Schuldner ist dagegen weitaus ungünstiger, denn sie sind mehr denn je von neuen Krediten abhängig.³

Die Option einer globalen oder auch nur teilweisen Streichung der Schulden als gemeinsame Politik der internationalen Finanzagenturen spielte keine Rolle. Der Terminus Schuldenerleichterung („debt relief“): Es wird weiterhin an der Formel der individuellen Lösung, der „case-by-case“-Behandlung festgehalten. Die Gläubiger sind nicht zu globalen Lösungen bereit, weil sonst die Möglichkeit vergeben würde, die Schuldner gegeneinander auszuspielen und eigene Vorteile zu garantieren.

Der Direktor des IWF, Michel Camdessus, fordert weichere Konditionen bei der Kreditvergabe, was niedrigere Zinszahlungen und längere Laufzeiten einschließt. Er empfiehlt den Geschäftsbanken durch „marktgerechte, freiwillige Abkommen“ diese Politik zu unterstützen, um mittelfristige Wachstumschancen dieser Länder zu erhöhen und ihre Kreditwürdigkeit wiederherzustellen.

Diese Maßnahmen sollen alle im Rahmen der ökonomischen IWF-Anpassungsprogramme erfolgen. Desweiteren wird die Forderung aufgestellt, diese Politik durch Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel zur Überwindung der Schuldenkrise zu unterstützen.

Die internationale Wirtschaftspolitik der nächsten fünf Jahre soll nach Ansicht des IWF-Direktors an fünf Zielen ausgerichtet



„Geld allein macht nicht glücklich.“ Banker auf der Großdemonstration vom 25. September

sein, um die Schuldenkrise erfolgreich zu bekämpfen: „Angemessenes inflationsfreies Wachstum in den Industrieländern, die Erhaltung oder Verbesserung des liberalen Handelssystems, die Weiterentwicklung und Stärkung des internationalen Währungssystems..., zufriedenstellende Wachstumsraten für die Entwicklungsländer“⁴, sowie die Stärkung der Rolle des IWF. Die Funktion der Weltbank verschiebt sich zunehmend. Sie nimmt immer mehr Aufgaben wahr, die früher ausschließlich dem IWF vorbehalten waren. Sie ist von der reinen Projektorientierung abgekommen und führt Programme zur Struktur- und Anpassung durch. Barber Conable, der Präsident der Weltbank, hat ähnlich wie der Direktor des IWF fünf Ziele gesetzt, die es zu erreichen gilt.

Sie stimmen nahezu mit den Vorgaben des IWF überein, beziehen sich auf das Wachstum und den Abbau des Protektionismus, um die Schuldenkrise zu lösen. Darüber hinaus wird die Bekämpfung von Armut und Hunger in den Vordergrund gerückt. Dies soll mittels der Bevölkerungspolitik und natürlich einer Steigerung des Wachstums erreicht werden.

Hervorzuheben ist noch der Vorschlag der japanischen Delegation, der für einiges Aufsehen gesorgt hat. 30 Mrd \$ aus Überschüssen sollen an jene Staaten der Dritten Welt transferiert werden, die bereits ein IWF-Anpassungsprogramm durchführen. Vermittelt werden soll das Kapital über die japanische Exim-Außenhandelsbank. Desweiteren sollen die verschuldeten Staaten die Möglichkeit erhalten, die Hälfte ihrer Schulden in langfristige Anleihen umzuwandeln und den Rest zu günstigen Konditionen umzuschulden.

Der IWF soll dabei für den Schuldendienst an die Geschäftsbanken bürgen. Diese Vorschläge scheitern momentan am Widerstand der USA, die weder interessiert sind an einer Stärkung des IWF noch an der Zunahme des japanischen Einflusses.⁵

All diese Pläne beinhalten eine Fortschreibung der Verschuldung und keine Lösung. Die altbekannten Methoden werden modifiziert, anders benannt, bleiben aber in ihrem Wesen identisch. An Wachstum, Konditionalität und Umschuldung wird weiter festgehalten.

In der Verschuldung der Peripherie manifestiert sich ein Herrschaftsverhältnis des Nordens über den Süden. Nachdem die Gefahr für das monetäre System abgewendet scheint, besteht das Interesse nun darin, dieses Herrschaftsverhältnis auf einer anderen Ebene zu stabilisieren.

Die Verschuldung hat die Peripherie an den Rand des ökonomischen und sozialen Kollapses gebracht. Nachdem der bereits geleistete Schuldendienst der Dritten Welt die Forderungen der Gläubiger (1,2 Bio \$) übertroffen hat, geht es jetzt darum, die Abhängigkeit fortzuschreiben durch den Ausverkauf der nationalen Ökonomie („debt to equity swaps“) oder durch günstige Zins- und Tilgungszahlungen, lange Laufzeiten und Begrenzung des Schuldendienstes. Damit wird die Verschuldungskrise nicht gelöst, sondern weit in die Zukunft hinein verlängert.

Um diese Politik abzusichern sehen sich IWF, Weltbank und einige Regierungen gezwungen, der hiesigen und internationalen Kritik, durch Maßnahmen, die in den meisten Fällen jedoch nur an Symptomen herumdoktern, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Beispiele hierfür sind, daß teilweise Schuldenerleichterungen kein Tabuthema mehr sind und daß die Weltbank eingesteht, daß ihre Projekte (Staudämme, Straßen usw.) negative ökologische Folgen haben können, die bei der Durchführung zu beachten sind.

Unter dem Druck der IWF/Weltbank-Kampagne macht die Bundesregierung sich zunehmend zur Verteidigerin des tropischen Regenwaldes und fordert eine Verbindung zwischen Schuldenerleichterung und ökologischen Maßnahmen. Dies ist eine mehr als heuchlerische Politik, wenn man betrachtet, daß gerade bundesdeutsche Konzerne und die Weltbank maßgeblichen Anteil an der Zerstörung des Regenwaldes haben. Von den eigentlichen Ursachen — der Verschuldung dieser Länder, den Anpassungsprogrammen des IWF und dem Ausverkauf der nationalen Ökonomien an transnationale Konzerne — soll abgelenkt werden.

Die aus diesem Ansatz resultierenden Programme „debt for nature“, d.h. Eintausch der Schulden gegen ökologische Maßnahmen, sind ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Verwertung der Peripherie wird weiter durchgeführt und durch dieses ökolo-



IWF-Direktor Camdessus (Mitte), Weltbank-Präsident Conable (r.) und der Argentinier J. Sourrouille

gische Feigenblatt legitimiert.

Die Differenzen, die sich in den Positionen der einzelnen Regierungen und Geschäftsbanken herausgebildet haben, spiegeln ihre unterschiedlichen ökonomischen Interessen wider. Wenn Japan stärker an einer Entlastung der angespannten Situation in den verschuldeten Ökonomien interessiert ist, so liegt das sicherlich u.a. an der starken Exportorientierung seiner Industrie, die internes Wachstum in der Peripherie und Absatzmärkte notwendig macht. Wenn der Vorstandssprecher der Deutschen Bank Herrhausen sich gegen Kredite zur Finanzierung von Zinsen ausspricht und sogar laut über mögliche teilweise Schuldenerleichterungen nachdenkt, so liegt das vielleicht daran, daß die Deutsche Bank besonders hohe Rückstellungen vorgenommen hat und stark in das bundesdeutsche Exportgeschäft eingebunden ist.

Trotz des gemeinsamen Interesses an einer angemessenen Verwertung des eingesetzten Kapitals zeigen sich erste Risse im Gläubigerkartell, die von den Ländern der Dritten Welt und der hiesigen Bewegung genutzt werden können.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Die Tageszeitung (taz), West-Berlin, 31.9.1988
- 2) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 15.9.1988
- 3) Vgl. ebd. 27.9.1988
- 4) Ebd., 28.9.1988
- 5) Vgl. taz, 30.9.1988

● Fünf Themenhefte im Jahr — z.B.:

3/87 **Frauen und Verschuldung** (4,- DM)

5/87 **Auf dem Wege Gottes — Islam** (5,- DM)

1/88 **Philippinen** (4,- DM)

2/88 **Mittelamerika nach Esquipulas** (4,- DM)

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ
Zeitschrift für Theorie und Praxis der Entwicklungspolitik

EPK

3/88 **Südkorea** (4,- DM)

● Die EPK-Drucksachen:
Bd.2 **Siemens: Vom Dritten Reich zur Dritten Welt** (9,- DM)

Bd.3 **Kirchen in Südafrika mit Interviews: A. Boesak und M. Tsele** (9,- DM)

Bd.4 **Gift und Geld Pestizide und Dritte Welt** (12,- DM)

EPK — die Zeitschrift mit dem Rhino
Postfach 2846 - 2000 Hamburg 20
Tel.: 040/390 52 21

Ein Jahresabonnement kostet DM 22,-
(Institutionen DM 35,-)

Jewgeni Primakow

Die Regionalkonflikte aus sowjetischer Sicht

Akute oder schwelende Regionalkonflikte, die jederzeit erneut aufflammen könnten, kosten Menschenleben, verursachen enorme materielle Zerstörungen, behindern den Fortschritt vieler Länder und Völker und destabilisieren die internationalen Beziehungen.

Solche Konflikte werden offensichtlich als regional charakterisiert, um sie von einer direkten globalen Konfrontation zwischen der UdSSR und den USA, zwischen Ländern des Warschauer Vertrages und der NATO zu unterscheiden. Doch die Großmächte sind bereits in verschiedene Regionalkonflikte – zumindest in die gefährlichsten von ihnen – verwickelt oder könnten es noch werden: in den arabisch-israelischen und den iranisch-irakischen Konflikt, die Konflikte in und um Afghanistan, in Mittelamerika, um Kamputschea und im Südlichen Afrika.

Solche Konflikte spitzen sich immer weiter zu und haben durchweg die Tendenz, sich über ihre ursprünglichen Grenzen hinweg auszuweiten. Eine Reihe dieser Konflikte wirken sich äußerst nachteilig auf weltwirtschaftliche Beziehungen aus (ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit ist der durch die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen dem Iran und dem Irak verursachte „Tankerkrieg“ im

Regionale Konflikte können das militärisch-politische Gleichgewicht umstoßen und zu einer realen Bedrohung der weltweiten Sicherheit werden

Persischen Golf). Am wichtigsten ist jedoch, daß bei dem herrschenden internationalen Spannungszustand regionale Konflikte das militärisch-politische Gleichgewicht in der Welt umstoßen und zu einer realen Bedrohung der weltweiten Sicherheit werden könnten.

Angesichts all dieser Tatsachen wurden neue Einschätzungen bezüglich der Natur regionaler Konflikte und neue Herangehensweisen zu ihrer Beilegung selbstverständlich integraler Bestandteil

der außenpolitischen Strategie, die in der Sowjetunion seit der Plenartagung des Zentralkomitees der KPdSU im April 1985 entwickelt wird.

An erster Stelle steht hier die Frage: Wie passen die mit der Beilegung regionaler Konflikte verknüpften Probleme in diese Strategie? Das ist nicht nur und nicht so sehr eine theoretische Frage, wurde sie doch vom Leben selbst in den Brennpunkt gerückt. Am Vorabend des Genfer Gipfeltreffens im November 1985 (des ersten sowjetisch-US-amerikanischen Gipfels nach der Plenartagung des Zentralkomitees der KPdSU im April) bestanden US-Sprecher und Präsident Reagan selbst auf einer eigenartigen Hierarchie: Zuerst eine Lösung von Regionalkonflikten, Einhaltung der Menschenrechte und vertrauensbildende Maßnahmen, und erst danach Abrüstung.

Wir sagen: Abrüstung ist der Hauptweg, um die tödliche Gefahr abzuwenden. Denn der Rüstungswettlauf – sowohl in quantitativer als auch insbesondere in qualitativer Hinsicht – hat die Menschheit an den äußersten Rand eines Abgrundes gebracht, der das Ende der Weltzivilisation bedeuten könnte. Diese Schlußfolgerung wertet jedoch in keiner Weise die Bedeutung anderer Maßnahmen zur Stärkung und Gewährleistung der internationalen Sicherheit ab. In der neuen außenpolitischen Philosophie der Sowjetunion werden die Beilegung regionaler Konflikte und die Lösung humanitärer Fragen, einschließlich der allgemeinen Beachtung der Menschenrechte, als bedeutende Wege zur Stabilisierung der internationalen Lage angesehen. Die sowjetische Außenpolitik hat diesen Fragen noch nie so viel Aufmerksamkeit gewidmet wie gerade in den vergangenen Jahren.

Ein anderer Aspekt des Problems ist uns ebenso klar: Man sollte nicht versuchen, der Abrüstung (die in der Tat den Hauptweg zur Gewährleistung der internationalen Sicherheit darstellt) den Vorrang einzuräumen, indem man sie anderen Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles gegenüberstellt. Mit anderen Worten, wir können nicht einfach die von den Amerikanern am Vorabend des Genfer Gipfels benutzte „Logik“ umkehren und folgenden Ablauf der Ereignisse vorschlagen:

Zuerst wirkliche Abrüstung und dann erst ein Übergang zu Bemühungen, regionale Konflikte beizulegen und die Menschenrechte zu schützen.

Die Sowjetunion geht von der Annahme aus, daß Schritte zur Stabilisierung internationaler Beziehungen gleichzeitig auf allen Ebenen ergriffen werden sollten, und zwar ohne eine „Verknüpfung“ zwischen dem ersten Schritt zur Lösung eines Problems und der Regelung eines anderen, wie wichtig dieses auch sein mag.

Man könnte sagen, daß sich eine solche Haltung beim Washingtoner Gipfel im Dezember 1987 durchsetzte. Die Führer der beiden Länder konzentrierten ihre Aufmerksamkeit auf die Ausarbeitung einer Übereinkunft zur Beseitigung von Mittel- und Kurzstreckenraketen, die in dem Abkommen ihren Ausdruck fand, und die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für ein weiteres Vorschreiten zu einer nachfolgenden Reduzierung der strategischen Offensivwaffen

Präzedenzfall Afghanistan-Konflikt: Abzug sowjetischer Truppen



um 50% ohne Ausstieg aus dem ABM-Vertrag während eines vereinbarten Zeitraums.

Gleichzeitig hat aber keine Seite regionale Konflikte und Menschenrechtsfragen ausgeklammert. Diese waren Gegenstand eines wichtigen und konstruktiven Meinungsaustausches.

Von daher wird die Beilegung regionaler Konflikte als eine schwerwiegende Aufgabe betrachtet, deren Lösung zur Gewährleistung der internationalen Sicherheit unerlässlich ist.

Bei der Beschäftigung mit diesen Dingen läßt sich jedoch eine lebenswichtige Frage nicht vermeiden: Wenn ein Atomkrieg die Existenz der ganzen menschlichen Zivilisation gefährdet, während gleichzeitig eine Reihe ungelöster regionaler Konflikte sich über den ursprünglichen Rahmen hinaus auszuweiten drohen – wie sind dann die Probleme des bewaff-

Die Völker haben das Recht, alle Kampfformen zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit zu nutzen

neten Unabhängigkeitskampfes oder gerechte bzw. ungerechte Kriege zu beurteilen?

Letztendlich kommt es darauf an, ob die neue außenpolitische Philosophie der Sowjetunion Antworten auf reale Lebenslagen im Zusammenhang mit der objektiven gesellschaftspolitischen Ent-

wicklung der Welt geben kann. Diese verläuft ja nicht nur evolutionär, sondern auch revolutionär. Natürlich kann die neue außenpolitische Philosophie der Sowjetunion solch fundamentale Fragen wie die Entwicklung des revolutionären Weltprozesses in seinen verschiedenen Ausdrucksformen nicht außer Acht lassen.

Erstens: Da die Dynamik regionaler Konflikte zu einem alles zerstörenden weltweiten atomaren Holocaust führen könnte, kann es keinen Zweifel daran geben, daß ein neues Herangehen an Probleme internationaler Beziehungen notwendig ist. Neue Akzente sind selbst dort erforderlich, wo die alten, „traditionellen“ Einschätzungen und Vorstellungen intakt bleiben.

Zweitens: Wir gehen von der Voraussetzung aus, daß (wie in der Delhi-Erklärung vom November 1986 festgehalten; sowjetisch-indische Deklaration bei Gorbatschows Staatsbesuch; d. Red.) Krieg und Gewalteinsatz im allgemeinen aus den zwischenstaatlichen Beziehungen verbannt werden sollten. Mit anderen Worten, Krieg sollte nicht mehr eine Fortsetzung der Politik sein – im Gegensatz zur Formulierung von Karl von Clausewitz, die zu seiner Zeit völlig korrekt war.

Drittens: Dies schließt mitnichten eine Nichtanerkennung der Möglichkeiten ein, daß Kräfte der nationalen und sozialen Befreiung alle ihnen verfügbaren Mittel einsetzen, um ihre legitimen Rechte zu sichern. Aber, wenn der Einsatz sol-

cher Mittel nicht zu dem von den Realitäten des Atomzeitalters diktierten neuen Denken in Widerspruch geraten soll, muß der Export der Revolution und der Export der Konterrevolution noch genauer definiert werden. Dies hat die KPdSU seit der Plenartagung ihres Zentralkomitees im April 1985 getan.

Eine der Haupttrennungslinien zwischen Lenin und seinen Mitstreitern auf der einen Seite und Trotzki und seinen Anhängern auf der anderen war bekanntlich ihre Einschätzung revolutionärer Situationen. Lenin vertrat die Ansicht, daß revolutionäre Situationen einen objektiven Charakter hätten und aus der Entwicklung innerer Widersprüche resultierten, wenn die ausgebeutete Klasse nicht mehr wie bisher weiterleben wolle, während die herrschende Klasse nicht mehr imstande sei auf die alte Art und Weise weiterzuregieren. Eine revolutionäre Situation kann nicht von außen eingeführt werden.

Was die Trotzkiisten anbelangt, so glauben sie an eine „permanente“ Revolution in globalem Maßstab. Sie erklärten, der Triumph einer Revolution in einem Land (nicht aber des Sozialismus, denn die Trotzkiisten verneinten die Möglichkeit, daß sich der Sozialismus in einem einzigen Land durchsetzt) müsse eine Kettenreaktion auslösen, die von einem Land auf das nächste übergreifen würde.

Sie versuchten, in der Praxis gemäß dieser Annahme zu handeln und lehnten den Friedensvertrag von Brest-Litowsk (vom März 1918; d. Red.) rundweg ab. Aus ihrer Sicht sollte Rußland mit seiner siegreichen proletarischen Revolution den „Boden fruchtbar machen“ für nachfolgende Revolutionen in den entwickelten kapitalistischen Ländern.

Mehrere Generationen von „Exporteuren der Revolution“ wuchsen in der Tradition des Trotzkiismus heran. Dieser förderte und fördert auch weiterhin Abenteuerertum und ultrarevolutionäre Ideen, die mit dem wahren revolutionären Geist nicht das geringste gemein haben.

Gleichzeitig hat die Absage an eine äußere Unterstützung zur Herbeiführung einer revolutionären Situation nichts gemein mit einer Weigerung, revolutionäre Kräfte zu unterstützen, die sich in ihrem Kampf zur Beendigung der nationalen und sozialen Unterdrückung ihrer Völker auf objektive Bedingungen stützen. Die Dokumente des 27. Kongresses der KPdSU zeigen deutlich, daß unsere Partei eine scharfe Trennungslinie zwischen diesen beiden Arten von Unterstützung gezogen hat. Vieles wurde neu überdacht, auch rückblickend.

Auch wurde auf dem Kongreß erklärt, daß der Export der Konterrevolution gleichermaßen unannehmbar sei. Doch

Im Oktober:

Schwerpunkt USA:

Joshua Cohen/
Joel Rogers:

Reagonomics —
Zweiter Teil

Margit Mayer:

Barbecue'n with
Bobby Seal

Christoph Scherrer:
Der Kandidat —
Michael Dukakis

links

hat sich verändert und ist
sich treu geblieben.

links

beobachtet und
kommentiert, analysiert
und
kritisiert Veränderungen
der Gesellschaft und die
eigene Position.

links

reitet trotzdem
nicht auf jeder
postmodernen Welle,
sondern bewahrt die
Tradition der
undogmatischen Linken.

Probeexemplar Abonnement

Name _____

Straße _____

Wohnort _____

VERLAG 2000, POSTF. 102062
6050 OFFENBACH, ☎ 069/885006

die Vereinigten Staaten halten sich in einer Reihe von Fällen nicht an diese Spielregel, deren Befolgung für eine Stabilisierung der internationalen Beziehungen zwingend erforderlich ist.

Das anschaulichste Beispiel hierfür ist die umfassende Unterstützung der nicaraguanischen Contras, obwohl niemand ernsthaft bestreiten kann, daß der Sieg über die tyrannische Somoza-Diktatur das Ergebnis des eigenen Kampfes des nicaraguanischen Volkes und seiner revolutionären Vorhut war, die die Macht übernahm. Die Tatsache, daß die sandinistische Führung die breite Unterstützung des Volkes genießt, wurde nicht nur im Verlauf der 1984 unter Kontrolle der internationalen Öffentlichkeit abgehaltenen freien Wahlen offenkundig, sondern auch bei der Bewaffnung der Massen. Keine Regierung würde dem zustimmen, könnte sie sich nicht auf breite Unterstützung durch das Volk stützen. Wie erfüllt die Sowjetunion unter den gegenwärtigen Bedingungen ihren *Klassenauftrag*? In erster Linie (und die außerordentliche Bedeutung dieser Handlungsweise bedarf keiner weiteren Erläuterungen), indem sie den Krieg aus dem Leben der modernen Gesellschaft verbannt. Würde die Menschheit in eine allumfassende atomare Katastrophe gestürzt, so wären alle nationalen oder sozialen Befreiungsbewegungen wertlos. Gleichzeitig kommt die Sowjetunion ihrer Klassenpflicht dadurch voll und ganz nach, daß sie einestils eine besondere Verantwortung für einen künftigen weltweiten Frieden übernommen hat und ihr Äußerstes tut, um einen Atomkrieg zu verhindern, während sie andernteils keineswegs ihre Sympathien oder aktuelle Unterstützung für die Kräfte des Fortschritts und des Aufbaus aufgegeben hat. Sie war und bleibt ein strikter Gegner aller Versuche, die Konterrevolution in Länder zu exportieren, in denen fortschrittliche Kräfte an die Macht gekommen sind.

Eine — besonders von ausländischen Linken — häufig gestellt Frage lautet, ob die frühere Unterscheidung von gerechten bzw. ungerechten Kriegen weiter aufrechterhalten werden kann und, wenn ja, welches ihre Kriterien unter den neuen Bedingungen sind. Die Haltung zu diesem Problem ist offenbar eng mit der Tatsache verknüpft, daß die Sowjetunion und andere sozialistische Länder ausschließlich auf eine defensive Militärdoktrin, eine defensive Militärstrategie und ein entsprechendes Modell für die Strukturierung der Streitkräfte gesetzt haben.

Die nichtoffensive Verteidigung wird so zur einzigen anerkannten gerechten Art von Gewaltanwendung in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Unter diesen

Bedingungen sind Verteidigungskriege offenkundig die einzigen Kriege, die als gerechte Kriege zwischen Staaten eingestuft werden können.

Gleichzeitig haben die Völker ein Recht, einen Kampf zur Verteidigung ihrer nationalen Unabhängigkeit zu führen. Die konkrete Wahl der Form eines solchen Kampfes ist nicht beschränkt, denn niemand kann Völkern bestimmte Verhaltensmuster aufzwingen. Jedoch wird hier das Verantwortungsgefühl sowohl seitens der für nationale Befreiung kämpfenden Kräfte als auch seitens aller anderen Staaten größer, die irgendwie in einen bestimmten Konflikt verwickelt sind. Dies sollte es unmöglich machen, die Linie zu überschreiten, die einen gerechten Kampf der Völker für ihre Rechte von einer Situation trennt, die die ganze Menschheit in ein Desaster stürzen kann.

Im Lichte all dessen ist es von besonderer Bedeutung, unser Verständnis von den wahren Ursachen regionaler Konfliktsituationen näher zu bestimmen. Seit April 1985 wurde besonderes Augenmerk auf die Notwendigkeit gelenkt, regionale Konflikte nicht mehr allein durch das Prisma einer Konfrontation zwischen der UdSSR und den USA oder zwischen dem Warschauer Vertrag und der NATO zu betrachten.

Michail Gorbatschow hob die Notwendigkeit hervor, die verschiedenen wirtschaftlichen, politischen, sozialen, geschichtlichen und militärischen Ursachen, die jeder Konfliktsituation zugrundeliegen, in ihrer Vielschichtigkeit zu analysieren. Diese Analyse sollte umfassend sein.

Es ist allgemein bekannt, daß nach dem 2. Weltkrieg verschiedene Regionalkon-

**Abrüstung und
die Beilegung regionaler
Konflikte müssen gleichzeitig
angegangen werden**

flikte Teil der Auseinandersetzung zwischen den beiden gegnerischen militärisch-politischen Bündnissen wurden. Wie bereits erwähnt, erreichte die Verwicklung der Großmächte in verschiedene Regionalkonflikte ein sehr großes Ausmaß, wodurch zuweilen die Summe der konkreten objektiven und subjektiven Ursachen, die hinter einem bestimmten Konflikt stehen, verdeckt wurden.

Der Nahe Osten ist dafür ein charakteristisches Beispiel. Es ist offenkundig, daß ohne genaue Kenntnis des eigentlichen Wesens des historischen Konflikts zwischen israelischem Expansionismus und, in erster Linie, den Interessen des palästinensischen Volkes nie die Motive für diesen oder jenen Schritt einer der beiden



Seiten zu verstehen sein werden und, was am wichtigsten ist, nie eine Lösung dieses Konfliktes zustandekommen wird. In der Anfangsphase des Afghanistan-Konflikts wurde seinen internen Ursachen, dem politischen Kräfteverhältnis im Land selbst, nur ungenügende Aufmerksamkeit gewidmet. Mit der Korrektur dieser Verzerrung wurde begonnen, als die afghanische Regierung die Schaffung einer Koalitionsregierung, die oppositionellen Kräfte eingeschlossen, anstrebte.

Die sog. Dritte Welt ist heute die gefährlichste Krisenzone. In gewissem Maße ist dies das Vermächtnis des „klassischen“ Kolonialismus, der verschiedene Länder und Völker künstlich teile. Jedoch wäre es falsch, alles auf den Kolonialismus zu verkürzen. Es sollte eingeräumt werden, daß in dieser Zone Konflikte auch aus den Besonderheiten der Entwicklung der einzelnen Staaten der Dritten Welt in der nachkolonialen Periode erwachsen sind. Ungleiche Entwicklung, die Tatsache, daß in einigen dieser Länder die Macht in den Händen von Kräften liegt, die eine Lösung schwieriger innerer Probleme durch eine Expansion nach außen „ersetzen“ wollen — all dies ist zweifellos dazu angetan, die Konfliktsituationen zu verschärfen und ihre Zahl zu erhöhen. Schließlich ist dies der Preis, den viele Völker für ihre Befreiung unter Bedingungen zahlen müssen, bei denen die Befreiungsbemühungen auf den Widerstand aller Reaktionären stoßen, auf den Widerstand all jener, die die veralteten sozialen Strukturen bewahren wollen. Eine klar umrissene Unterscheidung zwischen inneren und äußeren Ursachen von Konfliktsituationen ermöglicht ein wesentlich realistischeres Herangehen zu ihrer Beilegung. Eine Entwicklung der jüngsten Zeit (und dies kann ebenfalls in die neuen Herangehensweisen einbezogen werden, die sich in der außenpolitischen Philosophie der Sowjetunion widerspiegeln) ist hier jene, daß Schritte zur Erprobung der Idee der nationalen Versöhnung eingeleitet werden, um die inneren Ursachen regionaler Konfliktsituationen zu beseitigen oder ihre Auswirkungen abzuschwächen. Der Weg zur nationalen Versöhnung

wurde in Afghanistan, Nicaragua und Kamputschea eingeschlagen. Es ist ein schwieriger Weg. Darüber hinaus gibt es, wenn überhaupt, nur wenige historische Vergleichsmöglichkeiten dafür, daß ein Bürgerkrieg aufgrund nationaler Versöhnung und nachfolgender Schaffung entsprechender Koalitionsstrukturen zum Regieren des Landes beendet wurde. Deshalb betrachten viele Politiker ein solches Vorgehen als wenig effektiv oder überhaupt nicht erfolgversprechend. Aber es gibt gewichtige Argumente für eine Politik der nationalen Versöhnung als Mittel zur Neutralisierung der inneren Ursachen regionaler Konflikte:

1. Die Konfrontation zwischen inneren Kräften ereignet sich vor dem Hintergrund der Existenz zweier gegensätzlicher Weltsysteme, des sozialistischen und des kapitalistischen. Sie hat nie isoliert von diesem Hintergrund stattgefunden. Das äußere Element manifestiert sich nicht nur in der direkten Unterstützung für die eine oder die andere innere Kraft, sondern beeinflußt auch zu einem gewissen Grade deren politische Grundsätze. Seit langem hat es keinen „reinen“ Bürgerkrieg in irgendeinem Land mehr gegeben, und heute ist dies einfach unvorstellbar.

Natürlich sind viele der Ansicht, eine aktive Einflußnahme von außen auf das innere Kräfteverhältnis in einem Konflikt mache eine Versöhnung noch schwieriger, und damit haben sie nicht ganz unrecht (man denke nur an die Situation im Libanon). Doch die Dialektik besteht darin, daß die Bedingungen, welche sich nach einem „Rückzug“ des äußeren Elements aus dem inneren Konflikt, d.h. nach einer Neutralisierung des negativen ausländischen Einflusses herausbilden, offensichtlich eine nationale Versöhnung der inneren Kräfte begünstigen.

Hier ist auch festzuhalten, daß ein solcher Wendepunkt der äußeren Lage durchaus realistisch ist, da die Gefahr einer zunehmenden Verwicklung der Großmächte in Regionalkonflikte wächst. Auch haben sie (vorrangig die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten) objektiv einen immer größeren Nutzen daran, Zurückhaltung zu üben, die auf eine nationale Versöhnung der Konfliktparteien im Land selbst zielt.

2. Die nationale Versöhnung ist vielleicht die einzige akzeptable Plattform, die die Möglichkeit gemeinsamen Handelns von Nachbarstaaten zur Beendigung regionaler Konflikte bietet. Dies wurde sehr offensichtlich in Mittelamerika: Die Aufgabe, eine innere Versöhnung in Nicaragua herbeizuführen, wurde zu der vereinheitlichenden Idee, die es verschiedenen lateinamerikanischen Staaten ermöglichte, ihre Bemühungen zu verstärken und ein Programm

zur Regelung des regionalen Konfliktes auszuarbeiten.

Folglich ist die Idee der nationalen Versöhnung, wie schwierig ihre Realisierung auch sein mag, unter den gegenwärtigen Bedingungen keine theoretische Abstraktion. Eine gemeinsame sowjetisch-afghanische Erklärung über die Ergebnisse des Treffens von Taschkent im April 1988 zwischen dem Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Michail Gorbatschow, und dem Präsidenten der Republik Afghanistan, Najibullah, hob hervor, daß die Politik der nationalen Versöhnung es möglich macht, den Konflikt um Afghanistan beizulegen, den Krieg und Brudermord zu beenden, den Frieden im ganzen Land herzustellen und eine Koalitionsregierung unter Beteiligung aller Kräfte zu bilden, die die afghanische Gesellschaft repräsentieren, einschließlich jener, die sich augenblicklich bekämpfen.

Politische Mittel sollten auch eingesetzt werden, um die inneren Ursachen von Regionalkonflikten, in die zwei oder mehr Nationen verwickelt sind (wie im iranisch-irakischen oder im arabisch-israelischen Konflikt), zu beseitigen. Ganz allgemein könnte man/frau offensichtlich den Schluß ziehen, daß militärische Mittel niemals zur Beseitigung von Konfliktsachen eingesetzt werden sollten, welcherart diese auch sein mögen.

Was die *äußeren* Faktoren betrifft, so könnte ihr Einfluß durch die Einführung bestimmter „Verhaltensregeln“ in die Praxis der Großmächte drastisch verringert oder sogar ganz ausgeschaltet werden. Zuallererst sollten sie damit aufhören, solche Konflikte als Grund und manchmal auch nur als Vorwand für einen Ausbau ihrer Militärpräsenz in einer bestimmten Region zu nehmen. Dies ist der eigentliche Grund dafür, weshalb regionale Konfliktsituationen dazu tendieren, Teil der globalen Konfrontation zu werden.

Die Sowjetunion hat den festen Entschluß gefaßt, ihre Militärpräsenz im Ausland abzubauen. Sie brachte ihre Bereitschaft zum Ausdruck, auf die Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf fremden Territorium zu verzichten, sofern die USA eine ähnliche Bereitschaft erkennen lassen.

Die Vorschläge der UdSSR zur Beschränkung der Aktivitäten der Seestreitkräfte zielen direkt darauf ab, die Militärpräsenz außerhalb der nationalen Grenzen zu verringern. Wir haben Schritte hin zu einer militärischen Neutralisierung des Mittelmeers vorgeschlagen. Als ersten Schritt zu einem Abzug sowjetischer und US-amerikanischer Seestreitkräfte schlug die UdSSR ein Einfrieren der Anzahl der Schiffe und des Potentials der Seestreitkräfte der beiden

Länder im Mittelmeer zum 1. Juli 1988 und die nachfolgende Festlegung einer verbindlichen Obergrenze für diese Streitkräfte vor.

Es fällt schwer, den Schluß zu ziehen, in der US-Politik hätte sich eine ähnliche Einschätzung durchgesetzt, da dem z.B. die Maßnahmen der USA im Persischen Golf widersprechen. So konzentrierten die USA und ihre Verbündeten beträchtliche Seestreitkräfte in der Region mit

Die Einschaltung der UNO, eine striktere Kontrolle der Nichtverbreitung von Atomwaffen und die Senkung der Rüstungsexporte tragen zur Konfliktlösung bei

dem erklärten Ziel, die freie Schifffahrt zu gewährleisten und die Interessen verschiedener Länder dieser und anderer Regionen zu schützen.

Die Sowjetunion hat nie prinzipiell das Vorhandensein solcher Interessen gelehnt und gleichzeitig stets die völlige Freiheit der Schifffahrt befürwortet, doch sie hat dieses Problem nie mit einer Verstärkung ihrer eigenen Militärpräsenz verknüpft. Der Verzicht auf eine solche Verknüpfung ist offensichtlich das Hauptkriterium für eine „Zurückhaltung“ seitens der Großmächte angesichts der Entwicklung einer bestimmten Konfliktsituation.

Es ist allgemein von großer Bedeutung, daß die „äußeren Kräfte“ auf einseitige Aktionen im Zusammenhang mit der Entwicklung von Konfliktsituationen verzichten. Wichtig an der neuen Herangehensweise der Sowjetunion an die Beilegung regionaler Konflikte ist die Idee, internationale Mechanismen, vor allem die Vereinten Nationen, zu nutzen. Während der letzten paar Jahre hat sich der sowjetische Standpunkt in dieser Frage radikal gewandelt, vor allem was den Einsatz des UN-Militärapparats zur Beilegung von Konflikten betrifft. So hat die Sowjetunion die Bildung von UN-Seestreitkräften angeregt, um die Freiheit der Schifffahrt in der Zone des Persischen Golfs zu gewährleisten. Und sie hat ihre Bereitschaft erklärt, sowjetische Schiffe in dieser Region unter UN-Flagge fahren zu lassen.

In diesem Zusammenhang wird die Aufmerksamkeit auf eine so bedeutende (in der Vergangenheit meist überschene) theoretische Frage wie die Einrichtung und den Einsatz übernationaler Organisationen zur Gewährleistung umfassender Sicherheit auf der Welt gelenkt. Man/frau muß sagen, daß die Entwicklung im Hinblick auf diese Frage buchstäblich noch in den Kinderschuhen steckt.

Die „Verhaltensregeln“ bezüglich regionaler Konflikte sollten offensichtlich den Verzicht auf die Nichtanerkennung (die es in der Praxis der USA noch immer gibt) der gleichen legitimen Interessen der UdSSR oder anderer sozialistischer Staaten beinhalten, die von bestimmten Konfliktsituationen betroffen sind. Unter legitimen Interessen verstehen wir die objektiven nationalen Interessen jedes Staates und jeder Nation.

Auch gilt es, von jedweder künstlichen Verknüpfung von Konfliktsituationen Abstand zu nehmen. Zwar gibt es in einigen Fällen eine objektive Verbindung zwischen verschiedenen Konflikten, und diese sollte berücksichtigt werden. So kann der Libanon-Konflikt wohl kaum ohne eine gerechte Lösung des Palästina-Problems im Rahmen einer Beilegung des arabisch-israelischen Konfliktes als ganzem beendet werden. Gleichzeitig erschweren alle künstlichen Versuche, von einander völlig unabhängige, nichtverflochtene Konflikte unter dem wohlklingenden Slogan „für mehrere Konflikte auf einmal eine Lösung finden“ zu verknüpfen, nur deren Beilegung. Denn bei einem solchen Vorgehen müssen die inneren Ursachen und Eigenheiten jedes einzelnen dieser Konflikte notwendigerweise unbeachtet bleiben.

Besonders erwähnt werden sollte hier die Verantwortung der Großmächte für die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen. Der Punkt ist der, daß einige der in Regionalkonflikte verwickelten Länder kurz davorstehen (und, laut verschiedenen westlichen Quellen, sind bereits einige dem Klub beigetreten). Die ernste Gefahr, die hier besteht, ist offenkundig: Wenn in irgendeinem Regionalkonflikt atomare Waffen zum Einsatz kommen, wird dies zweifellos eine völlig neue Situation herbeiführen, die eine direkte Bedrohung des Weltfriedens darstellt. Angesichts dieser Gefahr genügt es offensichtlich nicht mehr, daß die Großmächte bloß versichern, sie träten für eine Nichtverbreitung von Atomwaffen ein oder unterstützten das Streben ihrer „regionalen Vasallen“ nicht, Massenvernichtungsmittel in die Hand zu bekommen. Notwendig sind hier vielmehr konkrete Verbotmaßnahmen auf der Basis internationaler Verträge.

Unter diesen Bedingungen könnte die Internationale Atomenergieagentur ihre Kontrolle über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen verschärfen. Generell verlangt dieses Problem größte Beachtung: Es ist nicht nur eine Quelle ernstlicher Besorgnis für sowjetische Experten, denn auch viele andere Experten aus verschiedenen Ländern sind sich dessen bewußt, daß regionale Konflikte sehr wohl eine atomare Wende erfahren könnten.

Diese Frage ist mit dem allgemeineren Problem von Waffenlieferungen verbunden. Ganz offenkundig besteht eine Notwendigkeit für politische Vereinbarungen über ausgeglichene Kürzungen bei Waffenlieferungen in „Konfliktzonen“ im Zusammenhang mit dem Gesamtsystem von Maßnahmen, die auf eine Beilegung zielen.

Gewiß decken die von uns vorgeschlagenen „Verhaltensregeln“ keineswegs die ganze Bandbreite von Fragen ab. Der Hauptpunkt ist jedoch der, daß selbstauferlegte Zurückhaltung der äußeren Kräfte, insbesondere der Großmächte, unterstützt durch ihr gemeinsames oder paralleles Handeln, eine notwendige Bedingung für die Beseitigung regionaler Konflikte auf einer gerechten und dauerhaften Basis darstellt. Die Sowjetunion ist zu einer solchen Zusammenarbeit bereit.

(Quelle: International Affairs, Moskau, Nr. 6/1988, S. 3-9)

ZIMBABWE Frauen gehen ihren Weg



Auch im Zimbabwe liegt die Hauptlast der Entwicklung auf den Schultern der Frauen.

Die Abwanderung vieler Männer in die Städte und die Verschlechterung der Ackerböden hat die Arbeitsbelastung der Frauen noch vergrößert.

In Frauengruppen und -genossenschaften versuchen sie jetzt, (z. B. mit Näherei- und Hühnerhaltung und Brunnenbau) sich ein zusätzliches Einkommen zu erwirtschaften.

Für den Aufbau dieser Projekte brauchen die Frauen Geld. Die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt hat ihre Hilfe zugesagt, helfen Sie mit Ihrer Spende!

Spendenkonto: 555 Bank für Gemeinwirtschaft Berlin (BLZ 100 101 11)

Kennwort: Frauen gehen ihren Weg

ASW Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.
Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61
Tel. (030) 251 02 65
Wir danken für den kostenlosen Abdruck

Diskussionsforum „Endzeit für Regionalkonflikte?“

Karl-Heinz Hansen

Es gilt die Parole des „Aufschiebens“

Aufgefordert, mich an der Diskussion über „Endzeit für Regionalkonflikte?“ zu beteiligen, möchte ich den bisher (Stand: Ende September) von Euch veröffentlichten, in vielen Teilaspekten interessanten Feststellungen kein weiteres 'statement' hinzufügen. Weil ich mehr Fragen habe als mutmaßende Antworten.

Meine Schwierigkeiten beginnen mit der Fragestellung. Kann es auf absehbare Zeit überhaupt ein Ende von Konflikten auf den Haupt- und Nebenschauplätzen des Systemkonflikts geben? Geht es nicht eher darum, nach neuen, nicht-kriegerischen Austragungsformen und friedlichen Konflikt-Regelungen zu suchen – und sie möglichst bald zu finden?

Haben sich die Rahmenbedingungen seit der politisch-diplomatischen Offensive der UdSSR zur Sicherung des Weltfriedens durch konkrete Abrüstungsschritte und seit der einseitigen Vorleistung zur De-Eskalation regionaler Konflikte (Afghanistan) wesentlich geändert? Der Abschluß und der beginnende Vollzug des INF-Vertrags hat keineswegs eine spürbare Demilitarisierung des Denkens auf der anderen Seite nach sich gezogen. Von einem einverständlichen, inhaltlich angenäherten Primat der Politik im Sinne einer neuen „Weltinnenpolitik“ ist nichts zu spüren. Die „Kompensierung“ und „Modernisierung“ mit neuen Waffen ist bei der NATO in vollem Gange (Luft- und seegestützte Marschflugkörper, Lance-Kurzstrecken-Waffen, Luft-Boden-Raketen, nukleare Artillerie).

Vom Geist des Neuen Denkens sind die USA und deren Verbündete noch unbehaucht: „Der INF-Vertrag ist praktisch das Ende der Abrüstung... Die Vereinigten Staaten können vor Krieg nicht abschrecken, wenn sie in einer Situation gefangen sind, die erlaubt, daß ihr Potential von Nuklearwaffen kürzester Reichweite sich verschlechtert, ohne daß ein stabiles Gleichgewicht der konventionellen oder nuklearen Streitkräfte in Europa geschaffen wird. Ungeachtet des gegenwärtigen Klimas in der Bundesrepublik Deutschland und einigen anderen europäischen Staaten kann Amerika es sich nicht leisten, der öffentlichen Meinung zu folgen, wenn es sie anführen müßte. Die Vereinigten Staaten müssen die weitere Verminderung schauplatzgebundener Nuklearwaffen aufschieben, bis sie Bedingungen geschaffen haben, unter denen sie in der Lage sind, solche Verminderungen ordentlich durchzuführen. In der Zwischenzeit müssen sie ihre Entschlossenheit zeigen, ihre Marschflugkörper und nuklearen Kurzstreckensysteme zu modernisieren, und Großbritannien und Frankreich dazu ermutigen, ihre nationalen nuklearen Streitkräfte ebenfalls zu modernisieren.“ (John McCain, US-Senator, Europa-Archiv 10/1988)

Wie in Europa gilt die Parole des „Aufschiebens“ auch für den Rest der Welt, bis die Zeichen wieder günstiger stehen für die Durchsetzung der globalen Ziele des US-Imperialismus mit den unverändert alten, aber modernisierten Mitteln militärischer Überlegenheit und Kriegführungsoptionen. Ich sehe keine konkreten Anzeichen für bessere Bedingungen der Möglichkeit zur friedlichen Regelung regionaler Konflikte in der Welt.

Läuft da die theoretische Diskussion über die „Friedensfähigkeit“ des Imperialismus nicht Gefahr, von der Tatsache abzulenken, daß der Imperialismus nicht nur in seinem Wesen un-

verändert aggressiv ist, daß er zur Einsicht in die Notwendigkeit und das Leben der Menschen gezwungen werden muß? Wer da vor schnell hofft, wird bald wieder einmal die (fast) unbegrenzte Fähigkeit des kapitalistischen Systems, sich veränderten Herausforderungen anzupassen, um die gleiche Ausbeutung mit anderen Mitteln zu erhalten, beklagen müssen.

Die Neue Politik der Sowjetunion hat die „Bedrohungsflüge“ als Aggressionen rechtfertigendes Propaganda-Instrument weltöffentlich entwertet und damit die Schwelle für direkte militärische Interventionen und die militärische Absicherung von Rohstoffen und Märkten angehoben. Deswegen heißt „Aufschieben“ auch befristetes Ausweichen auf indirekte Mittel des ökonomischen Diktats und Zugeständnisse in Teilregionen (Angola). Unverändert ist die Wahrnehmung regionaler Konflikte als Teile des West-Ost-Konflikts, also auch die Entschlossenheit, „rote Flecken“ auf der Weltkarte auszuradiieren. Vor allem das Modell Nicaragua, gerade weil es realiter in das Schema nicht paßt, und um dem zunehmenden Bewußtsein für das Hervortreten des originären Nord-Süd-Konflikts zu begegnen.

Auch die UNO hat nur soviel Spielraum, wie die USA gegen die Sowjetunion ihr lassen wollen. Nur wo regionale Konflikte zur Nebensache geworden sind, zeichnet sich eine politische Lösung ab (Kamputschea, Westsahara), nicht aber an Brennpunkten (Nahost, Lateinamerika).

Dennoch sind Sozialisten mitverantwortlich

für den Fortgang der neuen sowjetischen (Außen)Politik – oder wollen wir das Geneser überlassen? Statt mit den Hauptakteuren auf der politischen Weltbühne staatsmännisch zu konkurrieren, statt sich den Kopf der (oft klügeren) Kader von regionalen Befreiungsbewegungen zu zerbrechen, plädiere ich dafür, daß die „Linke“ in der BRD sich darauf konzentriert, was zu tun ist, um in den Metropolen positive Tendenzen zu verstärken.

Unsinnig und kontraproduktiv sind jedenfalls die Lamentos über angeblichen Verzicht der Sowjetunion auf „internationalen Klassenkampf“ zugunsten von nationaler Perestroika. Weil, erstens, die bloße Existenz der Sowjetunion – von konkreten Hilfen mal abgesehen – viele Befreiungsbewegungen im Zeitalter des westlichen Neokolonialismus überhaupt erst möglich gemacht hat. Und weil, zweitens, eine wirtschaftlich und demokratisch gestärkte Sowjet-Gesellschaft ein noch wirksamerer Verbündeter der Befreiungsbewegungen wäre. Die FAZ weiß das besser als mancher „Linker“: „Die Stärkung innerer Kräfte und der sowjetischen Wirtschaft durch einen Umbau könnten es Moskau ermöglichen, weiter in die Welt auszugreifen, und zwar ohne Anwendung militärischen Drucks oder gar kriegerischer Mittel.“ (FAZ, 9.7.1988)

Also laßt uns diskutieren, was zu tun ist, um solidarisch den Befreiungskämpfen der Proletarier in der „Dritten Welt“ besser zu nützen, indem wir realitätsnah und wirksam ihren anti-imperialistischen Kampf mit unsrem Widerstand gegen den real existierenden Kapitalismus im eigenen Land (und in Europa) verknüpfen. Die Kampagne gegen den IWF- und Weltbank-Kongreß war ein Anfang.

Karl-Heinz Hansen, Bonn, ist Bundessprecher der Friedensliste und ehemaliger Bundestagsabgeordneter der SPD.

Horst-Eckart Gross

Ein Umdenken in den Metropolen ist nicht in Sicht

Ausgangspunkt des vorliegenden Beitrages ist die heute sicherlich unstrittige Feststellung, daß eine neue Phase der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA eingeleitet wurde. Es zeichnet sich ab, daß die bisherige Konfrontation abgelöst werden könnte durch einen modus vivendi, der eine wachsende bilaterale Zusammenarbeit zwischen den beiden Großmächten ermöglicht, was jedoch nicht zwingend zu einer weltweiten Kooperation führen muß. Es gibt bereits heute zahlreiche Hinweise, daß sich der beginnende Wandel positiv auswirkt, insbesondere bei der Verminderung des Nuklearpotentials sowie in der Verringerung der Wahrscheinlichkeit eines nuklearen Konfliktes.

Folgt daraus, daß damit ein Ende der Regionalkonflikte in Sicht ist? Sicherlich hat der eingeleitete Rückzug von sowjetischen Truppen aus Afghanistan Hoffnungen in dieser Richtung geweckt, und eine Reihe von politischen Lösungen weiterer regionaler Konflikte deuten sich an: Kamputschea/Laos, Iran/Irak, Angola/Namibia, Marokko/Polisario, Mittelamerika. Der Hinweis auf ungelöste Konflikte ist kein Gegenbeweis, daß nicht politische Lösungen gefunden werden können. Zu fragen bleibt jedoch, ob diese Konflikte bereits tatsächlich gelöst wurden bzw. auf dem Verhand-

lungswege gelöst werden können. Hier ist Skepsis angebracht.

Es muß berücksichtigt werden, daß jeder dieser Konflikte nicht einfach als ein Ost-West-Konflikt betrachtet werden kann, sondern daß jeder Konflikt spezifische Ursachen und Auslöser hat, also Widersprüche, die bisher nicht gelöst wurden. Sowjetische Soldaten in Afghanistan wurden von den Ländern der 3. Welt ganz anders angesehen als die kubanischen Soldaten in Angola. Allein das Verhalten der blockfreien Staaten in der UNO zeigt dies deutlich, bei genauere Analyse wird dies nur noch unterstrichen. So sind die Frontstaaten Afrikas der Meinung, daß der Beitrag Kubas eine Destabilisierung der Region durch das Rassisten-Regime Südafrika verhindert hat.

Tatsache ist ferner, daß es keine Hinweise dafür gibt, daß die USA neben einem verbesserten Verhältnis zur UdSSR ihre Konzeption des low-intensity-war zur langfristigen Bekämpfung solcher Länder wie Nicaragua oder Angola aufgegeben haben. Beweis dafür ist die andauernde Unterstützung für die Unita in Angola oder die Contras in Nicaragua, um nur zwei Beispiele zu nennen. Schwierigkeiten bei der Bewilligung finanzieller Mittel im Kongreß und Senat dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß in den USA auf breiter Basis ein

Konsens für die Bekämpfung von Ländern wie Nicaragua, Angola, Kuba vorhanden ist. Diese Konzeption der USA schließt mit ein, daß low-intensity-war auch als Warnung für andere Länder zu verstehen sei, falls ein eigenständiger, sprich von den USA unabhängiger Kurs eingeschlagen werden sollte. Auch wenn die Mehrheit der Bevölkerung eines Landes einen solchen Kurs befürwortet, so soll deutlich werden, daß mit der Unabhängigkeit von den USA ein langer Abnutzungskrieg wie in Nicaragua verbunden ist, also ein sehr hoher Preis zu zahlen ist — sowohl materiell wie an Menschenleben.

Ist es möglich, hier ein Umdenken innerhalb der herrschenden Kreise der USA — sowohl Republikaner wie Demokraten — zu erreichen? Ist der Imperialismus und zwar insbesondere der US-Imperialismus, friedensfähig? Oder anders gefragt: Ist eine neue, gerechtere Weltwirtschaftsordnung möglich und können die USA dazu gebracht werden, eigenständige soziale Entwicklungen jedes Landes zu respektieren? Gorbatschow führt in seinem Buch „Perestroika“ auf S. 245 aus: „Kann Amerika den Entwicklungsländern wirklich keine andere Politik anbieten als die, die es gegenwärtig betreibt? Die USA können viel zum Aufbau neuer zwischenstaatlicher Beziehungen beitragen, ohne dabei wirtschaftliche Einbußen zu erleiden. Im Gegenteil, Amerika wird daraus Gewinn ziehen.“ Zu hinterfragen wäre zweierlei: Sind neue zwischenstaatliche Beziehungen — und solche können nur gleichberechtigte sein — ohne eine neue Weltwirtschaftsordnung möglich, und wäre eine solche tatsächlich von Gewinn für die USA und die anderen hochentwickelten kapitalistischen Staaten? Diese Frage sei gestattet, denn bisher weisen die Analysen eher dahin, daß der Wohlstand der hochentwickelten Staaten mindestens zu einem guten Teil auf der Ausplünderung der unterentwickelten Länder beruht.

Zweitens wäre zu fragen, ob die USA eine autonome Entwicklung z.B. der Länder Lateinamerikas akzeptieren könnten. Dies ist nicht nur eine ökonomische Frage, sondern auch eine Frage der politischen Denkstrukturen der herrschenden Kreise — sowohl Republikaner wie Demokraten — der USA. Eine autonome Entwicklung in einem Land Lateinamerikas — und dies gilt eingeschränkt auch für Afrika und Asien — wird in den herrschenden Kreisen der USA immer noch als Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA angesehen. Wie sind diese Denkstrukturen zu verstehen? Solange die USA — und nicht nur sie — weltweit dafür kämpfen, kapitalistische Strukturen in anderen Ländern zu erhalten, solange werden sie gegen die Autonomie der unterentwickelten Länder eintreten. Denn es gilt ja nicht, daß der sozialistische Entwicklungsweg weltweit in Mißkredit geraten ist. Kuba beispielsweise zeigt, daß auch mit zahlreichen Schwierigkeiten in vielen Bereichen, und insbesondere in der Wirtschaft, mit einem sozialistischen Weg die grundlegenden Probleme eines unterentwickelten Landes — also Massenarbeitslosigkeit, mangelhafte medizinische Versorgung, Massenelend und unzureichende kulturelle Entwicklung — gelöst werden können.

Tatsache ist, daß in den letzten Jahren die Verelendung in Lateinamerika ständig zugenommen hat, und daß auch keines der unterentwickelten Länder, die ein z.T. rasantes Wirtschaftswachstum vorzuweisen haben, auch die Probleme der gesamten Gesellschaft erfolgreich in Angriff genommen haben. 1/3 oder auch 2/3-Gesellschaften sind eben keine Alternativen für zahlreiche und durchaus relevante politische Kräfte in der 3. Welt.

Zu fragen bleibt also: Ist tatsächlich ein Ende der Regionalkonflikte abzusehen? Ein Ende der Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR ist sicherlich möglich, und zur Verhinderung der nuklearen Vernichtung der Menschheit ohne Einschränkung zu begrüßen. Ein Ende der Regionalkonflikte impliziert dies sicherlich nicht, denn dazu gehört ein Um-

Charles Pauli

Ich sehe nirgends „Entspannung“

Ich meine, daß dem Artikel von Wolfram Brönnner „Endzeit für Konfrontation und Regionalkonflikte“ in allen wesentlichen Punkten widersprochen werden muß:

1. Seit Beginn dieses Jahrhunderts gab es in unterentwickelten Ländern Befreiungskämpfe, die sich gegen Kolonialismus und Imperialismus richteten. Diese Kämpfe hatten politische und ökonomische Unabhängigkeit zum Ziel und wollten einen ökonomischen Aufbau im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, ohne Ausbeutung durch in- und ausländisches Monopolkapital.

2. Die Politik der imperialistischen Staaten bestand und besteht in der Bekämpfung von Revolutionen und Befreiungsbewegungen und im Versuch der Zerschlagung revolutionärer Staaten. Die Methoden und Mittel sind unterschiedlich und wechseln. Vietnam sollte in die Steinzeit gebombt werden, gegen Nicaragua werden Söldner losgelassen, ebenso im Südlichen Afrika mit zusätzlichem Einsatz der südafrikanischen Rassistengierung.

Ich nenne diese bekannten Tatsachen, weil sie zum Kern der strittigen Frage führen: Es gibt weltweit eine Auseinandersetzung zwischen einerseits Bank- und Industriemonopolen und ihren Staaten, die das grundlegende Ziel verfolgen, sich möglichst jeden Winkel der Erde für ihre ökonomische Ausbeutung mittels politischer Herrschaft zu sichern und andererseits den Klassen, die sich nicht mehr ausbeuten und beherrschen lassen wollen. Eine wesentliche Aufgabe im Rahmen dieses Kampfes war es für die fortschrittlichen Kräfte immer, Befreiungsbewegungen und Völker im Aufstand zu unterstützen. Die Frage ist — hat sich daran etwas geändert?

3. Brönnner verkleistert die Diskussion über den internationalen antiimperialistischen Kampf mit dem Nicht-Begriff vom „Regionalkonflikt“, von dem man lediglich erfährt, daß er höchst gefährlich ist und sich vom Lokalkonflikt unterscheidet. Außerdem scheint sich der Regionalkonflikt in den Ost-West-Konflikt einzuordnen und kommt so der bürgerlich-reaktionären Sicht entgegen, daß immer die Russen hinter allem stecken.

Brönnners Anliegen ist: Er will in der derzeitigen Entwicklung der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Befreiung „Entspannungstendenzen“ entdecken und aus den Abrüstungsverhandlungen zwischen UdSSR und USA „Nutzeffekte zugunsten der Dritten Welt“ ableiten. (AIB, Nr. 7/1988, S. 5 oben) Die Fakten, die Brönnner in seinem Artikel bringt, die man übrigens auch sonst im AIB und anderswo lesen kann, widersprechen dem allerdings. Zur Haltung der USA etwa stellt Brönnner selber fest: „Selbst nachdem im März 1988 in Sapoa ein erster Waffenstillstand zwischen Sandinisten und Contras vereinbart worden war, bekräftigte US-Präsident Reagan seinen Obstruktionskurs gegen jedwede Friedensgespräche mit Nicaragua.“ ... „Zum Dritten belegt sie (die US-Regierung) auf diese Weise, daß von einem grundsätzlichen Abrücken von der Reagan-Doktrin hin zur generellen politischen Konfliktlösungsstrategie bei Reagan bis-

denken nicht nur in den sozialistischen Ländern, sondern auch in den kapitalistischen Metropolen.

Horst-Eckart Gross, Bielefeld, ist Vorstandsmitglied der Freundschaftsgesellschaft KubabRD und Buchautor, darunter Herausgeber der Gesammelten Werke Che Guevaras.

lang ebensowenig gesprochen werden kann, wie in Sachen Hochrüstung (SDI, atomare Kurzstreckenwaffen usw.).“

Eigentlich könnte er damit das Thema beenden. Stattdessen behauptet Brönnner aber trotzig, die US-Politik befände sich damit im Widerspruch zu sich selbst und ihrer neuen Entspannung. „Sie gerät damit immer wieder in Gegensatz zur globalen Dialogpolitik.“ (Zitate AIB, a.a.O., S.9) In Wirklichkeit allerdings steht nicht die US-Politik im Widerspruch zu sich selbst, sondern Brönnners Sicht der Dinge steht im Widerspruch zur Wirklichkeit. Nicht der „globale Abrüstungsprozeß“ vollzieht sich ungeheuer widersprüchlich, sondern es wird weltweit aufgerüstet, wie man auch dem letzten SIPRI-Jahrbuch wieder einmal entnehmen konnte.

4. Es gibt keineswegs eine durchgängige Tendenz zur Stärkung des antiimperialistischen Kampfes und nur das sollte ja sinnvollerweise gemeint sein, wenn Brönnner von der Lösung von Regionalkonflikten spricht. Denn worin könnte denn eine positive Lösung bestehen? Doch nur darin, daß die imperialistischen Länder gezwungen sind, sich herauszuhalten, daß in diesen „Regionalkonflikten“ das Selbstbestimmungsrecht durchgesetzt wird.

Wo läßt sich also eine positive Lösung in diesem Sinne absehen? In Mittelamerika noch nicht. Brönnner selbst gibt ja zu, daß die USA sich dort noch nicht heraushalten müssen.

Im Südlichen Afrika nicht: Die Regierung von Mosambik und Angola sind durch jahrelange Kriegführung und Destabilisierung gezwungen worden, von revolutionärer Politik Abstand zu nehmen. Mosambik wird in Blättern des Finanzkapitals, wie der „Financial Times“ inzwischen als Wunderkind des IWF gefeiert (siehe: FT, Beilage Mosambique, 15.8.1988). Angola stellte Aufnahmeantrag an den IWF, hat Pläne zur Wiederzulassung des Privateigentums, zur Privatisierung von Staatsbetrieben und zur Förderung ausländischen Kapitals ausgearbeitet und suchte anläßlich des Genscher-Besuches im Oktober letzten Jahres westdeutsche Unterstützung für eine neue IWF-kontrollierte Wirtschaftspolitik.

Unter der Regie des IWF jedenfalls gibt es nicht Selbstbestimmung, sondern Neokolonialisierung. Und siehe: In Mosambik wird das Militär bereits von englischen Offizieren neu organisiert. Meine Beispiele sind zugegeben selektiv. Einzelne Länder und Regionen müßten genauer analysiert werden, als das hier möglich ist. Gleichwohl sehe ich nirgends einen Rückzug des Imperialismus im Sinne von „Entspannung“. Wenn der Imperialismus da, wo er jahrelang Krieg geführt hat, jetzt mit Verhandlungen ankommt und Kredite anbietet, will er nicht entspannen, sondern die Ernte einfahren. Sprich: Er bringt seine Banken, seine Konzerne, seine Militärberater, seine Kohls, Kleins und Genschers ins Land und ist damit seinem Ziel ein Stück näher gekommen. Ihr Wind und ihr Sturm...

Dort wo den USA, wie in Nicaragua, die Söldner weglaufen und die Aggressionspolitik

auch im Land auf Widerstand trifft, kommt das Kriegskonzept ins Stocken, was ein Erfolg der Sandinisten ist und auch zu einem Teil ein Erfolg der demokratischen Kräfte in den USA und Europa. Aber was hat das mit Entspannung zu tun, wenn die Contras eins auf die Nuß bekommen?

Es zeigt nur, daß wir, die Solidaritätsbewegung, noch viel mehr Anstrengungen unternehmen müssen, um gegen unsere Regierungen und Monopole die Kämpfe der Sandinisten und anderer Befreiungsbewegungen zu unterstützen, um dabei zu helfen, Kampferfolge (nicht Entspannungserfolge) zu stabilisieren und woanders zu wiederholen.

5. Die unterentwickelten Länder unterliegen heute einer neuen Offensive der Neokolonialisierung. Diese Offensive wird zu einem wesentlichen Teil über ökonomische Hebel, über Verschuldung, internationale Wirtschaftspolitik, den IWF vorangetragen. In einer erheblichen Zahl von Ländern wird die Wirtschaftspolitik und damit die gesamte Politik von den Forderungen ausländischer Gläubiger, Banken und Regierungen diktiert. In der IWF-Kampagne wurde das teilweise begriffen.

Statt eine Gespensterdiskussion über nichtvorhandene globale Abrüstung zu führen, muß man sich beispielsweise überlegen, welche Erkenntnisse die Diskussionen um den IWF-Kongreß gebracht haben, wie man ausgehend von dieser Kampagne weiter aktiv bleiben kann gegen die ökonomische Auspressung der Dritten Welt und dabei die Banken und Konzerne in Westdeutschland in die Linie der Auseinandersetzung stellt.

6. Gerade wenn es aber um derartige Arbeitsperspektiven geht, finde ich Brönnners Artikel und seine Schlußfolgerungen entsetzlich. Er schreibt: „Bis dahin aber können die beiden Weltmächte noch am ehesten die Endzeit für die derzeit explosivsten Regionalkonflikte einläuten sowie, mit oder ohne UN-Schirmherrschaft, die Eskalationsgefahren anderer existenter Konflikte über ein Zusammenwirken eingrenzen, entschärfen. Und es könnte die Herausbildung neuer Regionalkonflikte abgewendet werden.“ ... „Dies sollten Gründe genug sein für die Friedens- und Solidaritätsbewegung, gerade der NATO-Hauptländer, solche weltbewegenden Veränderungsprozesse nicht dem Selbstlauf zu überlassen, sondern sie aktiver mit voranzutreiben. Immerhin wirkt im Zuge des globalen Dialogs die für die Erste und Dritte Welt vorteilhafte und vielleicht nicht wiederkehrende Chance, die Endzeit für Konfrontation und Regionalkriege miteinzuläuten.“ (AIB, Nr. 8-9/1988, S. 25/26)

Soll das heißen: Wo die Völker agieren herrscht Mord und Totschlag, deshalb her mit den Weltpolizisten USA und SU? Der Standpunkt der Linken, zumindest der marxistischen, war immer und muß bleiben: Der Frieden muß gegen die Imperialisten durchgesetzt werden und ist letztendlich nur sicher durch deren Sturz. Brönnner bietet uns stattdessen zur Friedenssicherung den Kampf an der Seite der Supermächte an. Wobei bei dieser Zumutung noch nicht einmal wichtig ist, ob man die Sowjetunion für imperialistisch hält oder für eine Friedensmacht. Denn in der Konsequenz gedacht, propagiert er damit auch das Einverständnis mit den „realistischen und differenzierten“ Friedenspolitikern Kohl, Strauß, Thatcher usw.

Auch wenn Brönnner anderenorts vor Illusionen warnt, als die eigentliche Tendenz scheint immer wieder durch: Er attestiert dem Imperialismus Friedfertigkeit und landet damit bei Klassenzusammenarbeit statt Antiimperialismus.

Charles Pauli ist Wirtschaftswissenschaftler aus Regensburg und ständiger Mitarbeiter der DRITTE WELT

Angola

Interview mit Präsident Eduardo dos Santos

Wir setzen nicht auf eine militärische Lösung

Der Erfolg der Verhandlungen über ein Ende der südafrikanischen Aggression gegen Angola und die Unabhängigkeit Namibias wird weiterhin durch die Forderungen Washingtons und Südafrikas erschwert, die Contras der Nationalen Union für die Vollständige Unabhängigkeit Angolas (UNITA) in ein Abkommen einzubeziehen. Eine viertägige Verhandlungsrunde ging am 30. September d.J. ohne Ergebnisse zu Ende. Im folgenden Interview äußert sich der angolische Präsident Eduardo Dos Santos zur Frage der nationalen Versöhnung und zur Politik gegenüber der UNITA.

FRAGE: Angola, Südafrika, Kuba und die USA sind erneut in Brazzaville auseinandergegangen, ohne ein Abkommen über den Abzug des kubanischen Kontingents und den Übergang zur Unabhängigkeit Namibias erzielt zu haben. Ist es bald zu erreichen?

E. DOS SANTOS: Alle wünschen ein umfassendes Abkommen, und wir versuchen es möglichst schnell zu erreichen. Aber zuerst mußte die Ursache — die südafrikanische Bedrohung — beseitigt werden, bevor wir uns mit den Folgen, d.h. der Anwesenheit kubanischer Truppen bei uns, beschäftigen können.

Ist nach dem Abzug der südafrikanischen Kräfte aus Angola dieser Prozeß unumkehrbar geworden? Wir tun alles, um ihn unumkehrbar zu machen.

FRAGE: Heute scheint die afrikanische Diplomatie die amerikanische Vermittlung abzulösen, um zum inneren Frieden in Angola beizutragen (gemeint ist u.a. das Treffen der Staatschefs Angolas, Kongos, Zaires, Gabuns und Sambias am 7. Oktober in Lusaka; d. Red.). Aber wozu dienen diese afrikanischen Vermittlungsbemühungen genau?

E. DOS SANTOS: Wir sind nicht gegen positive Initiativen. Das Wichtigste für uns ist, zu wissen welche Ziele man erreichen will. Wenn es darum geht, die Anstrengungen der Regierung Angolas zur Erreichung des Friedens zu unterstützen und Bedingungen zu schaffen, die es Namibia ermöglichen unabhängig zu werden, sind diese Initiativen willkommen.

FRAGE: Akzeptieren Sie in Ihrer Auseinandersetzung mit der UNITA eine Lösung wie z.B. im Tschad, wo die Regierung mit oppositionellen Gruppen verhandelt hat, ohne sie vorher militärisch besiegt zu haben?

E. DOS SANTOS: Genau. Zumal auch bei uns äußere Faktoren bestehen, die die Verschlimmerung der inneren Lage



begünstigen.

Wir sind dabei, ein Abkommen zu diskutieren, das verspricht, die Probleme, die mit diesen äußeren Faktoren zusammenhängen, zu regeln. Die UNITA ist die Fortsetzung äußerer Elemente, die sich vor allem auf militärischem Gebiet gegen die Interessen des angolischen Volkes und seiner Regierung richten.

Wenn Sie die augenblickliche militärische Lage in Angola untersuchen, stellen sie fest, daß die UNITA heute keine Provinz, keine wichtige Stadt, keine Wirtschaftsgebiete mit einer bedeutenden Einwohnerzahl mehr unter ihrer Kontrolle hat. Seit dem südafrikanischen Rückzug ist die UNITA nicht in der Lage, sich auf militärischer Ebene zu behaupten.

Ich kann also nicht sagen, daß es eine mit dem Tschad vergleichbare Situation gibt. Aber die im Tschad benutzte Methode kann mit einigen Abwandlungen auch in Angola angewandt werden.

FRAGE: Aber wenn die Rebellen der UNITA nur „von Südafrika unterstützte Marionetten“ sind, warum führen Sie dann nicht eine militärische Lösung zu Ende?

E. DOS SANTOS: Unser Ziel ist es

MARXISTISCHE BLÄTTER

Wir suchen die Diskussion um alle Fragen, die die sich verändernde Realität aufwirft. Wir beharren auf unserer Überzeugung, daß Bewegung Theorie braucht und Theorie Bewegung nutzen muß. Wir ringen um das Gemeinsame und legen Streitpunkte offen. Linke Politik und globales Denken gehören für uns ebenso zusammen wie Wissenschaft und sozialer Fortschritt, wie Arbeiterklasse und Intelligenz oder Demokratie und Sozialismus. Wir mischen uns ein. Es lohnt sich.

Lassen Sie sich von MARXISTISCHE BLÄTTER überzeugen. Fordern Sie ein kostenloses Probeexemplar an.



Fordern Sie ein kostenloses Probeexemplar an. Schicken Sie diesen Coupon an die VVG, Postfach 101555, 4040 Neuss 1.

Name:

Anschrift:

Telefon:

nicht, Angolaner zu eliminieren, sondern sie von der Vorherrschaft ausländischer Interessen zu befreien. Wozu also Krieg führen, wenn man eine Regierung anerkennt, die eine rechtmäßige Regierung aller Angolaner ist? Warum Leute töten?

FRAGE: Um einen Waffenstillstand zu schließen, muß man die andere Seite anerkennen, d.h. man muß mit der UNITA reden. Sind Sie dazu bereit?

E. DOS SANTOS: Das ist eine Möglichkeit. Mit einer Gruppe von Menschen zu reden oder mit Persönlichkeiten oder schließlich mit den Leuten an der Basis zu reden – alles ist möglich. Das wichtigste ist, zu einer politischen Lösung zu kommen, die den Interessen des angolanischen Volkes genügt.

Aber es ist eine Frage, die der Zukunft gehört. Denn im Augenblick müssen zuallererst die Probleme gelöst werden, die mit den äußeren Faktoren zusammenhängen: die Aggressionen Südafrikas, die Einmischung der anderen Länder gegen Angola, die Unabhängigkeit Namibias, damit dieses Gebiet nicht mehr als Aggressionsplattform gegen Angola benutzt wird.

Das UNITA-Problem muß faktisch ein angolanisches Problem werden, das von den Angolanern selbst gelöst wird.

FRAGE: Es ist mehr und mehr die Rede von einem regionalen Gipfel unter Beteiligung Südafrikas. Wird das Prinzip eines solchen Gipfels von Ihnen anerkannt und ist es für Sie akzeptabel?

E. DOS SANTOS: Unserer Ansicht nach kann man mit Südafrika zusammentreffen, um über Probleme zu diskutieren, die mit dem Aggressionskrieg zusammenhängen. Dies tun wir jetzt unter Vermittlung der USA.

Man kann auch mit Südafrika, z.B. über das Problem der Apartheid, diskutieren. Aber wir halten es nicht für klug, mit Südafrika über das angolanische Problem zu reden.

FRAGE: Sie haben soeben den afrikanischen Staaten „Garantien“ für eine friedliche Lösung im Innern Angolas gegeben. Ein starkes Wort, das erstaunen kann...

E. DOS SANTOS: Der Sinn dieser Erklärung ist folgender: Es gibt Regierungen, die uns unseren Willen nicht abnehmen,

eine „Politik der nationalen Harmonisierung“ – eine Variante dessen, was man allgemein als nationale Versöhnung bezeichnet – zu verfolgen.

Verantwortungsbewußt und im Namen der angolanischen Regierung haben wir diesen Willen gegenüber zwei Staatschefs, zwei Freunden Angolas (Omar Bongo aus Gabun und Denis Sassou Nguesso aus Kongo; d. Red.) bekräftigt. Wir haben das getan, damit sie anderen Ländern, die über eine militärische Lösung in Angola besorgt sind, versichern können, daß wir nicht aus Lust und Laune Krieg führen.

Angola führt Krieg, um sich zu verteidigen. Wir haben niemals außerhalb unserer Grenzen Krieg geführt. Im Innern kämpfen wir gegen die UNITA, da die UNITA Waffengewalt gegen eine legale und rechtmäßige Regierung einsetzt. Aber unser Willen ist es, zum Frieden zurückzukehren – zu einem gerechten Frieden, einem ehrenhaften Frieden für alle.

FRAGE: Ehrenhaft für alle, und also auch für Jonas Savimbi?

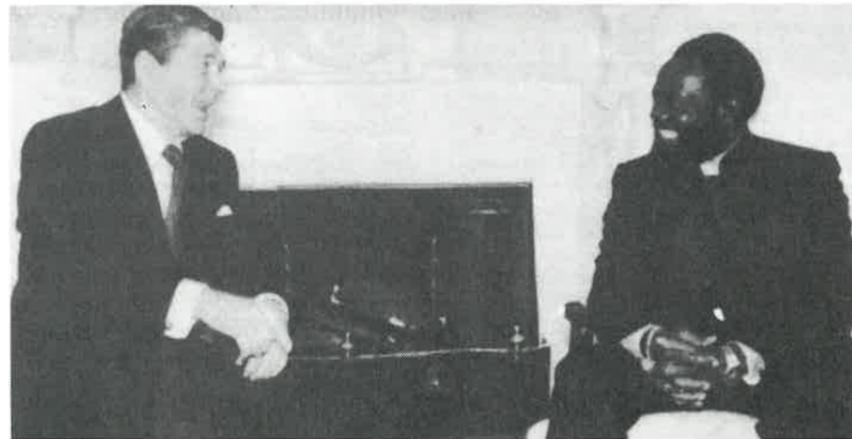
E. DOS SANTOS: Ja genau, ehrenhaft auch für Jonas Savimbi...

FRAGE: Das Szenario könnte folgendermaßen aussehen: Sie verpflichten sich zu einer nationalen Versöhnung ohne Vorbedingungen, und anschließend werden sich die Freunde Jonas Savimbis der Aufgabe annehmen, ihm zu verstehen zu geben, daß seine Anwesenheit in Luanda unmöglich ist und daß er sich mit einem vergoldeten Exil abzufinden habe?

E. DOS SANTOS: Es ist voreilig, mich zu dieser Möglichkeit zu äußern.

Ich lasse Savimbi die Zeit, darüber nachzudenken. Er kennt Angola. Ich glaube, daß er weiß, wie schwierig es für ihn sein würde, sich vor allen zu rechtfertigen, zu den Waffen gegriffen zu haben. Aber augenblicklich kann nicht gesagt werden, welche die Modalitäten und Möglichkeiten sind. Ich denke, daß das in dem Maße kommen wird, wie unter Berücksichtigung der beteiligten Kräfte die Lage auf internationaler Ebene rund um Angola und im Innern klarer wird. (Quelle: Libération, Paris, 5.10.1988)

Für UNITA-Führer Savimbi (l.) – hier mit Geldgeber Reagan – dürfte allenfalls das Exil in Frage kommen



Namibia

Gespräch von Ole Nyeng mit Anton Lubowski (SWAPO)

Wir werden von Südafrika abhängig bleiben



„Die SWAPO will einen sozialistischen Staat, der auf demokratischen Prinzipien aufgebaut ist. Aber das ist nichts, was wir von heute auf morgen erreichen können. Auch nach der Befreiung werden wir von Südafrika total abhängig sein.“

Diese realistische Einschätzung stammt von Anton Lubowski, einem weißen Rechtsanwalt in der namibischen Hauptstadt Windhoek und führenden Mitglied in der inneren Parteiorganisation der SWAPO. Er ist gleichzeitig Kassensführer der neuen, stark wachsenden namibischen Gewerkschaftsbewegung.

„Die SWAPO tritt vollständig für die Resolution 435 ein, die vom Sicherheitsrat der UNO 1978 angenommen wurde. Wir unterstützen die augenblickliche Waffenruhe und die Abhaltung freier, international anerkannter Wahlen, so wie die Resolution 435 das fordert. Außerdem treten wir ein für fundamentale politische Rechte wie Meinungsfreiheit, Schutz des Individuums und Trennung der Legislative, Exekutive und der Rechtsprechung in einer neuen Verfassung“, sagt Anton Lubowski. Anton Lubowski und die SWAPO machen sich keine Illusion darüber, daß ein zukünftiges, unabhängiges Namibia unter der Führung der SWAPO vollständig frei handeln könne.

„Für eine SWAPO-Regierung wird es nicht möglich sein – auch wenn wir das wünschen würden –, die Verbindungen zu Südafrika abzubrechen. Denken Sie daran, daß wir über 90% unserer Nahrungsmittel aus Südafrika importieren. Diese beiden Länder sind ökonomisch vollständig integriert, wir haben sogar dieselbe Währung“, gibt der SWAPO-Sprecher zu.

„Aber wir werden versuchen, die Abhängigkeit allmählich zu verringern. Wir werden der SADCC (Zusammenschluß der neun Frontstaaten im Südlichen Afrika) beitreten, ebenso der Bewegung der Nichtpaktgebundenen,“ fügt er hinzu. Gleichzeitig kann davon ausgegangen werden, daß die südafrikanische Befreiungsorganisation, der Afrikanische Nationalkongress (ANC), nicht mit militärischen Stützpunkten in einem befreiten

Namibia rechnen kann.

„Wir werden den ANC diplomatisch, moralisch und politisch unterstützen, wir haben ja dieselben Feinde. Aber der ANC kann nicht erwarten, daß wir ihn militärisch unterstützen können. Das würde ganz einfach das Land zerstören.“ Die Erkenntnis der SWAPO, unter welchen Bedingungen Namibia in der Unabhängigkeit leben wird, gilt auch für die multinationalen Gesellschaften, die jetzt Raubbau an den mineralischen Ressourcen des Landes betreiben und damit gegen die Sanktionsbestimmungen der UNO verstoßen.

„In Namibia haben wir gar nicht genügend ausgebildete Leute, um die Bergbaugesellschaften nationalisieren zu können. Wir werden nicht einmal genug Leute haben, um die Regierungsämter zu besetzen. Im großen und ganzen gesehen sind wir ein Land ohne Volk“, sagt Lubowski.

Er weist darauf hin, daß in dem enormen Gebiet, das Namibia bildet, nur 1,2 Mio Einwohner wohnen, von denen unter der großen schwarzen Mehrheit nur wenige

Wachsender Widerstand im Innern, militärische Niederlagen in Angola und der Sanktionsdruck zwingen Südafrika zum Einlenken

eine ordentliche Schulausbildung bekommen haben.

„Wir werden mit den ausländischen Gesellschaften, die jetzt in Namibia operieren, verhandeln. Wir wollen, daß der Betrieb der Minen zum gegenseitigen Vorteil geschieht. Das Land muß von den Einkünften aus den Minen einen Nutzen haben, was jetzt nicht der Fall ist. Aber es ist klar, daß die Gesellschaften ebenfalls einen Gewinn haben müssen“, sagt der SWAPO-Sprecher.

Falls es einer zukünftigen SWAPO-Regierung nicht gelingen sollte, in der einen oder anderen Form mit dem großen Nachbarland Südafrika zu einer Regelung zu kommen, da ist sich Lubowski sicher, wird Südafrika eine Gruppe von Rebellen aufstellen, bewaffnen und

trainieren, die mittels blindem Terror gegen Bevölkerung und Institutionen Namibia auf die Knie zwingen soll. Dies ist eine Politik, die gegenüber den beiden anderen sozialistischen Staaten des Südlichen Afrika, Angola und Mosambik, nur allzu gut glückte.

Lubowski ist nicht der Meinung, daß Südafrika Angst haben wird vor einer zukünftigen SWAPO-Regierung, die nach der Meinung aller Beobachter das Ergebnis einer freien Wahl sein wird. Die wichtigsten Ursachen dafür, daß Südafrika sich immer noch krampfhaft weigert, die Verwaltung in Namibia aufzugeben, sind nach Lubowski drei Tatsachen:

Erstens wäre eine Aufgabe Namibias in hohem Maße innenpolitisch ungünstig für Südafrika und könnte von radikalen rechten Gruppen dazu ausgenutzt werden, bei der nächsten Wahl innerhalb der weißen Bevölkerung die Macht zu übernehmen.

Außerdem bedeutet die Besetzung Namibias durch Südafrika einen enormen strategischen Vorteil, da südafrikanische Streitkräfte von Basen im Caprivi-Streifen aus, der sich von der nordöstlichen Ecke Namibias aus weit nach Afrika hinein erstreckt, das ganze Südliche Afrika kontrollieren können. Von da aus können blitzschnelle Angriffe gegen Ziele in Sambia, Simbabwe und Botswana durchgeführt werden.

„Schließlich werden die enormen südafrikanischen Einkünfte aus Bergbau und Handel mit Namibia durch Namibias Selbständigkeit ganz sicher zurück-

Bonner Symposium der GRÜNEN Namibia vor der Unabhängigkeit?



Wann ziehen die Besatzer ab?

Steht Namibia vor der Unabhängigkeit? Um diese zentrale Fragestellung drehte sich das gut besuchte Symposium „Unabhängigkeit für Namibia“, zu dem die Bundestagsfraktion der GRÜNEN am 19. September d.J. Schwarze und Weiße aus Namibia sowie bundesdeutsche Experten nach Bonn eingeladen hatte.

Das Symposium fand fast genau 10 Jahre nach der Verabschiedung der UN-Sicherheitsratsresolution 435 am 29. September 1978 statt, dem international akzeptierten Plan für die Unabhängigkeit Namibias. Der Unabhängigkeitsplan sieht als ersten Schritt einen Waffenstillstand zwischen Südafrika und den Einheiten der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) vor.

Die Militärverbände beider Seiten sollen in Basen zusammengezogen werden. Innerhalb von drei Monaten hat Südafrika seine Truppenstärke in Namibia auf 1.500 Mann zu reduzieren. Bürgerwehren, Kommandotruppen und ethnische Verbände sind aufzulösen.

Nachdem der südafrikanische Generaladministrator alle gesetzlichen Bestimmungen, die diskriminierenden Inhalts sind bzw. politische Restriktionen beinhalten, aufgehoben hat, die politischen Gefangenen freigelassen worden sind und Arrangements für die Rückkehr der ExilantInnen getroffen worden sind, soll unter UN-Aufsicht ein Wahlkampf stattfinden. Die Nationalversammlung, die aus allgemeinen und freien Wahlen hervorgehen soll, erarbeitet und verabschiedet die Verfassung des unabhängigen Namibia. Als letzter Schritt ist die Unabhängigkeit des Landes vorgesehen.

Wie Theo Ben Gurirab, SWAPO-Sekretär für auswärtige Beziehungen, betonte, hat die SWAPO in Aushandlung dieses Unabhängigkeitsplans gegenüber Südafrika und der westlichen Kontaktgruppe (USA, Frankreich, Großbritannien, BRD, Kanada), die in den Vereinten Nationen Mitte der 70er Jahre die Namibia-Verhandlungen an sich gezogen hatten, eine ganze Reihe von Konzessionen zu machen. In Fortsetzung der Verhandlungen stimmte die SWAPO 1982 Verfassungsprinzipien zu, deren Grundrechtskatalog einen Schutz vor Enteignung ohne „gerechte Entschädigung“ vorsieht.

Da Südafrika von einem Sieg der SWAPO bei freien Wahlen unter UN-Aufsicht ausgeht, hat

es die Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 435 bis heute verschleppt. Und, wie Henning Melber von der Gesamthochschule Kassel unterstrich, hat Südafrika diese 10 Jahre nicht ungenutzt verstreichen lassen.

Es hat sich bemüht, unter den schwarzen NambierInnen gesellschaftliche Sektoren aufzubauen, die eine neokoloniale Lösung stützen würden. Parallel hierzu hat der Apartheidstaat namibische Streitkräfte aufgebaut. Beides birgt für ein unabhängiges Namibia die Gefahr der Destabilisierung.

Skepsis über Südafrikas wirkliche Bereitschaft, Namibia jetzt endlich zu entkolonisieren, ließen die SWAPO-Vertreter, vor allem aber der stellvertretende Generalsekretär des Namibischen Kirchenrates, Bob Kandetu, durchblicken. Südafrika verstärkte seine Truppen in Namibia und intensiviere die Repression, führte Kandetu aus. Am selben Tag, an dem Südafrikas Außenminister Roelof Botha die Position des Apartheidstaates zu den Verhandlungen über eine Entkolonisierung Namibias auf der Grundlage von Resolution 435 und den Abzug der Kubaner aus Angola zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA dargelegt habe, habe der südafrikanische Generaladministrator in Namibia Wahlen für ethnische und lokale Vertretungen angekündigt.

Bei den gegenwärtigen Verhandlungen um eine Konfliktlösung im südwestlichen Afrika sei es Südafrika primär darum gegangen, seine in Angola eingeschlossenen Truppen „frei“ zu bekommen, erläuterte der Bremer Volkerrechtler Manfred Hinz. Das südafrikanische Regime habe durch seine Verhandlungsbereitschaft international beachtliche politische Anerkennung wiedergewonnen. Hinz sah die Gefahr, daß Südafrika „eine Lösung unterhalb von Resolution 435“ anstrebe.

Die USA hätten die vierreihigen Verhandlungen geschickt für ihre eigenen Interessen genutzt, erklärte Martin Schümer, der 1986 für die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik eine Studie über die US-Politik gegenüber dem Südlichen Afrika verfaßt hat.

Der Unterstaatssekretär im US-Außenministerium, Chester Crocker, habe durchsetzen können, daß Angola, Kuba und – in Separatgesprächen zwischen den USA und der Sowjetunion in Lissabon im Mai d.J. – auch die UdSSR die „Linkage“, d.h. die Koppelung der Entkolonisierung Namibias an den Rückzug der Kubaner aus Angola, akzeptiert hätten. Die USA wollten die Contra-Banden der Nationalen Union für die Totale Unabhängigkeit Angolas (UNITA), die alle „Experten“ eindeutig als Verliererin der gegenwärtigen Verhandlungen ansahen, von Südafrika abkoppeln und unter die eigenen Fittiche nehmen, um weiter direkt Druck auf die Regierung Angolas auszuüben. Schümer erwartet, daß auch eine Regierung des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Michael Dukakis trotz anderslautender Ankündigungen die UNITA direkt oder indirekt unterstützen werde.

Die Experten betonten, daß selbst die halbherzigen Sanktionen der westlichen Länder wesentlich dazu beigetragen hätten, daß sich Südafrika bis zu diesem Punkt auf die Verhandlungen eingelassen und seine Truppen aus Angola zurückgezogen habe. Es werde nur unter starkem Sanktionsdruck Namibia freigegeben.

Joachim Becker

gehen.“

„Aber andererseits steht Südafrika unter einem großen Druck, Namibia jetzt aufzugeben. Militärisch hat es bei Cuito Cuanavale im südlichen Angola eine große Niederlage erlitten, und Diplomatie und Sanktionen haben die Botha-Regierung ebenfalls unter Druck gesetzt“ meint Lubowski, der deshalb die Möglichkeiten nicht mehr so pessimistisch sieht wie früher.

Ein wichtiger Faktor ist der wachsende Widerstand gegen die südafrikanische Verwaltung in Namibia.

Die neue Namibische Gewerkschaftsbewegung führte im Juni d.J. einen Generalstreik in den Minen, der Fischindustrie und anderen Schlüsselindustrien durch. Gleichzeitig boykottierten 45.000 schwarze Schüler den Unterricht aus Protest dagegen, daß Südafrika nahe den Schulen Militärbasen gebildet hat in der Hoffnung, die SWAPO würde es aus Rücksicht auf das Leben der Kinder dann nicht wagen, die Basen anzugreifen.

Außerdem sind die Versuche der Regierung Botha, zusammen mit kollaborationswilligen Elementen in der schwarzen und farbigen Bevölkerung eine sog. „nationale Einheitsregierung“ zu etablieren, total fehlgeschlagen.

Von der Befreiungsbewegung SWAPO wurde die „Übergangsregierung“ als eine Sammlung von Marionetten abgelehnt. Aber sie hat sich mit Südafrika durch die Forderung, die Apartheidgesetze, die auch in Namibia gelten, abzuschaffen, überworfen. Botha antwortete mit dem Entzug der Befugnisse der Marionettenregierung, so daß kein Zweifel besteht, wer in Namibia Herr und Meister ist.

Deshalb erwarten Lubowski und andere oppositionelle Kräfte in Windhoek, daß Südafrika irgendwann auf die Idee kommen kann, in Namibia den Ausnahmezustand zu verhängen, ähnlich dem, wie er drei Jahre lang in Südafrika funktioniert hat.

In Anton Lubowskis prächtiger Villa steht deshalb die Tasche mit allem notwendigen an Kleidung und Ausstattung bereit, wenn er – wie öfters zuvor – von der Sicherheitspolizei plötzlich abgeholt und in der Isolation in einem schwülwarmen Gefängnis im Busch außerhalb von Windhoek untergebracht werden sollte.

„Die Regierung Botha hat keine Politik mehr. Die letzte politische Strategie – Modernisierung der Apartheid – ist gescheitert. Jetzt reagiert Südafrika impulsiv auf das, was um es herum geschieht. Deshalb müssen wir – bis zur Selbständigkeit – seitens der südafrikanischen Führung auf alles Mögliche gefaßt sein“, erklärt Anton Lubowski.

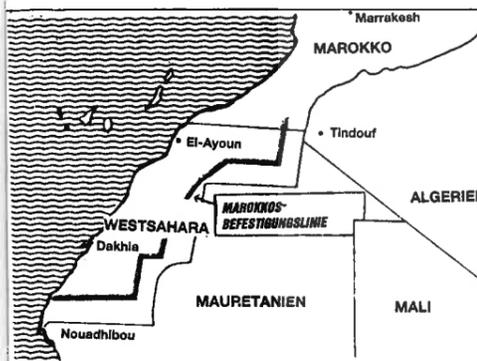
(Quelle, Cikaden, Arhus, Nr. 14/September 1988, S. 12-13)

Westsahara

Durchbruch in der Westsahara-Frage

Lothar A. Heinrich

Nach dem Kriegsende am Persischen Golf ist nun auch in der Westsahara eine friedliche Lösung in greifbare Nähe gerückt. Und wiederum fällt die Hauptrolle als Vermittler den Vereinten Nationen zu. Am 20. September d.J. billigte der Weltsicherheitsrat in New York einstimmig den Westsahara-Friedensplan von UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar. Er sieht in dem von Marokko besetzten, vormaligen spanischen Kolonialgebiet einen baldigen Waffenstillstand und eine Volksabstimmung vor, welche von Kräften der UNO und der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) gemeinsam organisiert und überwacht werden soll. Ein vom Sicherheitsrat benannter UN-Sonderbeauftragter soll zwischen dem Inkrafttreten des Waffenstillstandes und der Bekanntmachung des Abstimmungsergebnisses die einzige Autorität für das Territorium verkörpern. Pérez de Cuellar's Friedensplan fußt im übrigen auf der Resolution 104 (XIX) des 19. OAU-Gipfels vom Juni 1983 und der Resolution 40/50 der UN-Vollversammlung vom Dezember 1985 (siehe Kasten), welche sich ausdrücklich auf das Dokument der OAU bezieht. Nachdem seinerzeit die ersten Versuche des UN-Generalsekretärs, einen direkten Dialog zwischen Marokko und der sahrauischen Befreiungsbewegung Frente POLISARIO zustande zu bringen, verpufft waren, scheint sich nun sein 1987 eingeschlagener Weg der „indirekten Vorgespräche“ als erfolgreich zu erweisen.



er auch vom UN-Sicherheitsrat unterstützt.

Im Zentrum dieses Planes steht die Durchführung einer Volksabstimmung (Referendum) über die Frage, ob die ehemalige spanische Kolonie in Zukunft ein unabhängiger Staat, nämlich die seit ihrer Gründung Ende Februar 1976 bereits von 71 Staaten anerkannte Demokratische Arabische Republik Sahara (RASD), oder Teil des marokkanischen Königreiches sein soll.

Die Annahme des UNO-Plans „im Prin-

Nachdem sie das Ereignis zunächst wie gewöhnlich heruntergespielt hatte, sah sich die marokkanische Regierung schließlich doch genötigt es zuzugeben: Am 16. September d.J. hatte die sahrauische Befreiungsbewegung Frente POLISARIO in der im Südosten der Westsahara gelegenen Region von Oum Dreiga einen der stärksten Angriffe des gesamten, nunmehr 15 Jahre andauernden Befreiungskrieges durchgeführt. Dabei wurden dem Kommunique der F. POLISARIO zufolge die gesamte 2. Abteilung des 3. Regiments der marokkanischen motorisierten Infanterie (RIM) aufgerieben und große Mengen an Waffen und anderem militärischen Material erbeutet.

Sowohl Marokko als auch die F. POLISARIO hatten Anfang September den ihnen am 11. August von UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar unterbreiteten Friedensplan – im Prinzip – angenommen. Am 20. September wurde

zip“ beinhaltet, daß es von beiden Seiten Einschränkungen bzw. die Bitte um eine Konkretisierung der beabsichtigten Durchführungsmodalitäten gab und gibt. Dabei waren die Probleme der F. POLISARIO offenbar größer als die Marokkos, da der UNO-Plan den marokkanischen Vorstellungen in manchem durchaus weiter entgegenkommt.

Die Hauptstreitpunkte betreffen die Frage nach der Bestimmung der Teilnehmer am Referendum und der Anwesenheit der marokkanischen Besatzung – der zivilen, aber vor allem auch der militärischen – in der Westsahara während der Zeit der Vorbereitung und Durchführung des Referendums.

Zunächst hatte die F. POLISARIO den völligen Rückzug der marokkanischen Armee und darüber hinaus die Entfernung der zahlreichen marokkanischen Siedler aus den Städten während des Referendums gefordert. Anfang September revidierte sie diese Forderung dahingehend, daß sie nunmehr nur den Rückzug „einer hohen Prozentzahl“ dieser Truppen verlangt. Konkret forderten sie, daß die Zahl der Besatzungstruppen nicht viel höher als 15.000 statt der zur Zeit dort stehenden 165.000 Soldaten liegen solle, d.h. als die Zahl der gleichzeitig im Territorium zu stationierenden Soldaten der Sahrauischen Volksbefreiungsarmee (ELPS).

Von POLISARIO-Guerilleros erbeutete marokkanische Militär-Lkws



Interview mit Mohamed Ahmed Brahim (POLISARIO)

Welcher Frieden für die Westsahara?

Im September d.J. übermittelten die sahrauische Befreiungsfront Frente POLISARIO und die Regierung Marokkos UN-Generalsekretär J. Pérez de Cuellar offiziell ihre – mit Vorbehalten versehene – Zustimmung zu dem von ihm den beiden Konfliktparteien unterbreiteten Friedensplan. Kurz zuvor hatte unser Mitarbeiter Lothar A. Heinrich Gelegenheit, in Bonn mit dem dortigen Vertreter der F. POLISARIO, Mohamed Ahmed Brahim, über die POLISARIO-Position zum UNO-Plan und über die Rahmenbedingungen einer Lösung der Westsahara-Frage zu sprechen.

FRAGE: Der jüngst vom UN-Generalsekretär vorgelegte Friedensplan sieht vor allem die Durchführung einer Volksabstimmung über die Frage vor, ob die Westsahara ein unabhängiger Staat oder Bestandteil des Königreiches Marokko werden soll. Was ist der Hintergrund der Tatsache, daß ein solcher Plan jetzt plötzlich vorgelegt wird, nachdem das Problem nun schon seit 1975 auf der Tagesordnung gerade auch der UNO steht?

M.A. BRAHIM: Der Generalsekretär der UNO bemüht sich schon seit 1986 in Zusammenarbeit mit der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) um die Durchführung des Friedensplans der UNO und OAU, der der OAU-Resolution 104 und den verschiedenen Resolutionen der UNO, zuletzt der Resolution 42/78 vom 4.12.1987 entspricht. Dieser Friedensplan sieht direkte Verhandlungen zwischen der F. POLISARIO und Marokko vor, um so als erste Voraussetzung für ein Referendum einen Waffenstillstand in dem seit nunmehr fast 13 Jahren andauernden Krieg herbeizuführen.

Jetzt hat der Generalsekretär Vorschläge gemacht, die ihrer Haupttendenz nach im allgemeinen für uns akzeptabel sind. Es gibt jedoch einige Punkte, die man noch diskutieren muß; denn diese Vorschläge enthalten viele Bedingungen der Marokkaner und vergessen bestimmte Punkte der internationalen Resolution wie z.B. die direkten Verhandlungen zwischen beiden Konfliktparteien. Daß es jetzt dazu kam, liegt daran, daß zur Zeit die internationale Lage sehr günstig ist. Die Supermächte sprechen über Frieden, es gibt Bemühungen der UNO, regionale Konflikte zu lösen und es gibt darüber hinaus eine entspanntere Lage im Maghreb. Dazu gehört die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Marokko und Algerien.

Wir haben uns von Anfang an stets für eine friedliche Lösung ausgesprochen, weil es überhaupt keine militärische Lösung gibt. Wir haben von Anfang an die Friedenspläne von UNO und OAU unterstützt, während sich Marokko bislang dagegen gesperrt hat. In letzter Zeit hat sich Marokko zwar in positive Richtung bewegt, aber noch nicht ausreichend.

FRAGE: Was sind die Hauptpunkte, die nach Auffassung der F. POLISARIO noch zu diskutieren sind?

M.A. BRAHIM: Erstens sagt der Vorschlag nichts darüber aus, welche Gesetze während der Zeit der Organisierung und Durchführung des Referendums in der Westsahara gelten sollen. Wir sind für die Abschaffung der marokkanischen Gesetze. Wir schlagen vor, die vor 1975 für das Territorium geltenden spanischen Gesetze wieder einzuführen.

Die zweite Frage ist die der marokkanischen Verwaltung. Wir haben gesagt, daß der Rückzug der marokkanischen Verwaltung während dieser Zeit notwendig ist, da sie der



POLISARIO-Vertreter M. Ahmed Brahim

natürliche Rückhalt der militärischen Besatzung ist. Es wäre möglich zu diskutieren, ob es nicht die Möglichkeit gäbe, in dieser Zeit der internationalen Verwaltung zwei gleich starke aber kleine Gruppen marokkanischer und sahrauischer Beamter beizuordnen. Ein anderer Punkt ist der, daß in diesem Friedensplan von einem „substantiellen Rückzug der marokkanischen Armee“ gesprochen wird. Diese Besatzerarmee besteht aus 165.000 Soldaten. Wir halten den Rückzug dieser Armee für notwendig, da ohne diesen ein wie von den internationalen Organisationen vorgesehenes freies Referendum ohne militärischen und administrativen Zwang nicht möglich ist. Ein weiterer Punkt sind die marokkanischen Siedler. Sie müssen neutralisiert werden. Eine Möglichkeit wäre z.B. die, diese Siedler während der betreffenden Zeit außerhalb der Orte zu haben, wo das Referendum durchgeführt wird.

Das sind die Minimalforderungen. Was Fragen wie den Zensus betrifft, ist der Vorschlag des Generalsekretärs der, den letzten spanischen Zensus als Basis für die Bestimmung der Zahl der originär sahrauischen Bevölkerung zu nehmen, wohl für beide Seiten akzeptabel.

FRAGE: Die damals von den Spaniern angegebene Zahl ist aber weit niedriger als die, von der die F. POLISARIO in den vergangenen Jahren stets gesprochen hat.

M.A. BRAHIM: Wir sagen, daß der spanische Zensus nur eine Basis ist.

Spanien hat selbst schon zugegeben, daß dieser Zensus in einer Zeit stattgefunden hat, in der es Krieg mit der F. POLISARIO gab und in der bestimmte Regionen von der F. POLISARIO bereits kontrolliert wurden und daß außerdem viele Familien die Namen von Angehörigen seinerzeit nicht angegeben hätten, weil diese Sympathisanten der F. POLISARIO waren.

FRAGE: Wenige Tage nachdem der UNO-Friedensplan den Konfliktparteien zugegan-

gen war, hat das Exekutivkomitee der F. POLISARIO die Umbildung der Regierung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (RASD) in die Wege geleitet. Der bisherige Ministerpräsident, Mohamed Lamine, wurde Gesundheitsminister, Ministerpräsident wurde Mahfoud Ali Beiba und neuer Außenminister Salem Ould Salek, der vorher Generalsekretär beim Büro des Präsidenten war. Bechir Mustapha Sayed wurde Verantwortlicher für Außenbeziehungen der F. POLISARIO. Ist das ein Hinweis auf Konflikte innerhalb der F. POLISARIO über die zum Friedensplan einzunehmende Haltung?

M.A. BRAHIM: Das hat nichts mit Dissens zu tun. Die Regierungsumbildung ist vielmehr ein Zeichen dafür, daß wir unseren Teil dazu beitragen wollen, den jüngsten positiven Entwicklungen eine Dynamik zu verleihen.

Wie schon des öfteren in der Vergangenheit haben wir die Regierung entsprechend den gerade bestehenden Schwerpunkten verändert. Wenn jetzt also die Außenpolitik eine besondere Bedeutung gewinnt, ist es sinnvoll, die Leute mit dieser Aufgabe direkt und offiziell zu betrauen, die auf diesem Gebiet besondere Erfahrung haben und die Entscheidungsprozesse dynamisieren können.

FRAGE: Die Strategie der F. POLISARIO besteht und besteht offensichtlich nicht darin, die marokkanische Armee zu schlagen, sondern einen Abnutzungskrieg zu führen, der Marokko aus finanziellen und politischen Gründen zum Rückzug zwingen soll. Nun wird auch in der internationalen Presse zunehmend davon gesprochen, daß die Mauern, die die Marokkaner inzwischen um fast die gesamte Westsahara gebaut haben, militärisch doch recht effektiv sein sollen. Wie ist die aktuelle militärische Situation ihrer Meinung nach?

M.A. BRAHIM: Als die Marokkaner mit dem Mauerbau angefangen hatten, haben sie viel Propaganda gemacht und sich nicht scheut zu behaupten, der Krieg sei nunmehr vorbei. Wenn die Mauer nun so effektiv ist, wie kommt es dann, daß die Marokkaner vor dem Mauerbau etwa 80.000 Soldaten in der Westsahara gehabt haben und nun 165.000 Soldaten brauchen? Wir haben insbesondere 1987 den Mythos dieser Mauer praktisch widerlegt und gezeigt, daß sie für uns gar kein Hindernis ist. Wir haben Stellungen an der Mauer besetzt und Angriffe weit hinter der Mauer durchgeführt. Anfangs sollte die Mauer die Marokkaner schützen, jetzt müssen sie die Mauer gegen die F. POLISARIO verteidigen. Sie sind in der Defensive, warten jeden Moment auf Angriffe. Das ist natürlich eine große moralische Belastung für die Soldaten, die monatelang begrabene leben – sie sind nämlich den ganzen Tag unter der Erde.

Die marokkanische Armee wäre froh, wenn der Frieden erreicht werden könnte. Auch die Marokkaner sind davon überzeugt, daß eine militärische Lösung überhaupt nicht möglich ist.

FRAGE: Gibt es für diese Einschätzung der Stimmung innerhalb der marokkanischen Armee, von der andere behaupten, daß sie König Hassan stürzen würde, wenn er die Sahara aufgäbe, irgendwelche konkreten Anhaltspunkte?

M.A. BRAHIM: Zunächst, was die Presseberichte betrifft: Wenn eine Armee, die sich im Krieg befindet, einen immer höheren Bedarf an Waffen hat, dann kann es sich nur um eine Armee handeln, die die militärische Lage nicht kontrollieren kann. Zweitens ist es so, daß das marokkanische Volk und die Armee sehen, daß ihre Lebensverhältnisse durch diesen Krieg noch schlechter geworden sind. Jede marok-

kanische Familie hat einen Sohn oder einen Verwandten in diesem Krieg verloren.

Es gibt natürlich auch bestimmte sog. oppositionelle Führer, die immer den Krieg unterstützen, weil weder sie noch ihre Söhne in diesen Krieg ziehen müssen. Aber der König ist zusammen mit den Offizieren der einzige, der die militärische Lage kennt, und wir glauben, daß er so intelligent ist, daraus seine Schlüsse zu ziehen.

Der engste Vertraute Hassans war General Dlimi, der der Strategie dieses Krieges und auch der Mauern war. Er wußte, daß es unmöglich ist, diesen Krieg zu gewinnen. Aber jeder, der gegen diesen Krieg war, wurde sofort vom Palast auf die bekannte Methode eliminiert.

Das galt für Dlimi und das war im vorigen Jahr auch der Fall bei dem sog. Unfall von acht hohen Offizieren, die zwischen Agadir und Goulime mit ihrem Hubschrauber abgestürzt sind – offiziell natürlich aus anderen Gründen, in diesem Fall Sandsturm.

FRAGE: Wenn es offenkundig ist, daß der Krieg von niemandem gewonnen werden kann, ist es dann nicht vorstellbar, daß die jeweiligen Geldgeber die Lust verlieren und ihn so beenden? Das gilt natürlich nicht zuletzt auch für die Unterstützer der F. POLISARIO – also insbesondere Algerien –, deren Möglichkeiten relativ geringer sind als die der Finanziere und Waffenlieferanten Marokkos von der Art Saudi-Arabiens und Frankreichs.

M.A. BRAHIM: Soweit das Marokko betrifft, wäre das durchaus möglich; denn der marokkanische Bedarf ist sehr hoch. Demgegenüber ist unser Bedarf so klein, daß man sich das gleiche bei unseren Unterstützern kaum vorstellen kann.

Wir zahlen z.B. keine Löhne und keinen Sold. Wir brauchen fast nur Lebensmittel und Militärgüter. Marokko hingegen muß eine große Armee bezahlen, den Sold der Soldaten und der Offiziere, Waffen, die bei weitem nicht die billigsten sind. Und es muß noch seinen sonstigen Verpflichtungen als Staat nachkommen. Es kann sich im Grunde keinen Krieg erlauben, der 5 Mio US-\$ täglich kostet.

FRAGE: Die marokkanische Strategie scheint nun nicht nur eine militärische zu sein. Abgesehen von der massiven Ansiedlung von marokkanischen Zivilisten in der Westsahara scheinen die Marokkaner auch auf die Wirkung einer stärkeren Entwicklung der besetzten Gebiete der Westsahara zu setzen. Die Presse spricht davon, daß offensichtlich in der Westsahara auf diesem Gebiet sehr viel mehr geschieht als in Marokko. Es ist die Rede vom Bau neuer Krankenhäuser und Schulen, vom modernsten Straßennetz in ganz Afrika usw. Den gleichen Berichten zufolge kommt diese Entwicklung zumindest einem privilegierten Teil der Sahrauis auch zugute. Wenn das so ist, welche Auswirkungen wird das für die nationale Einheit haben und schließlich auch für das Ergebnis des Referendums?

M.A. BRAHIM: Es wird schon seit langem davon gesprochen, daß Marokko in der West-

sahara ein El Dorado geschaffen habe. Das wäre ja schön, aber es stimmt leider nicht.

Erstens ist die Westsahara 284.000 qkm groß und besteht nicht nur aus El Ayoun. Aoussert, Bir Enzaran, Tifariti waren auch Städte, aber heute gibt es da nicht mal mehr ein Fenster, weil die Marokkaner alles mitgenommen haben. Wenn aber wenigstens El Ayoun ein El Dorado ist, warum hat dann Hassan II. anlässlich seines Geburtstags im Juli d.J. an 6.000 sahrauische Jugendliche zwischen 18 und 20 Jahren appelliert, in Nordmarokko Arbeit zu suchen. Im sahrauischen „El Dorado“ gibt es offensichtlich keine.

Die Informationen über die angeblichen marokkanischen Entwicklungsleistungen sind unserios. Wer El Ayoun besucht, sollte sich zuerst in Madrid informieren, wieviele Schulen, Hotels oder Krankenhäuser bis 1975 dort existierten. Ich weiß, daß es vor 1975 dort zwei Krankenhäuser gab. Von einem neuen weiß ich nichts.

Es gab auch ein Gymnasium, das heute nicht mehr funktionsfähig ist. Ich weiß, daß seit 1975 kein sahrauischer Schüler in den besetzten Gebieten sein Abitur gemacht hat. Heute gibt es weniger Schulen als zur spanischen Zeit. In El Ayoun gab es z.B. die große „La Paz“-Schule, die heute geschlossen ist.

Darüber hinaus muß ich darauf hinweisen, daß die marokkanische Medizin in den besetzten Gebieten den politischen Zielen der Besatzer dient, z.B. ihrer gegen die sahrauische Bevölkerung gerichteten demographischen Politik. So werden z.B. Abtreibungen bei sahrauischen Frauen empfohlen, auch wenn sie medizinisch nicht notwendig sind.

Der zweite Punkt ist der: Man muß wissen, daß all die Häuser, die gebaut wurden, mit sahrauischem Kapital errichtet wurden. Die Leute haben im Auftrag der marokkanischen Regierung gebaut, aber bis heute noch keinen Pfennig zurückbekommen. Das gilt sogar für die Moschee in El Ayoun.

Dahinter steht die marokkanische Analyse, daß ein reicher Sahraui immer eine Gefahr ist, da er sich im marokkanischen Korruptionssystem Einfluß verschaffen kann.

FRAGE: Das steht allerdings deutlich im Widerspruch zur Strategie anderer Kolonialmächte, die sich ja gerade bemühen, über den wirtschaftlichen Hebel eine einheimische Bourgeoisie als Kollaborateur zu gewinnen.

M.A. BRAHIM: Die Marokkaner können das nicht. Wo sind denn die Söhne dieser Geschäftsleute? Bei der F. POLISARIO. Kein Sahraui wird für die Marokkaner gegen seinen Sohn Stellung beziehen.

Darüber hinaus haben die Sahrauis inzwischen zwei koloniale Besatzungen – die der Spanier und die der Marokkaner – kennengelernt. Und wenn sie gefragt werden, wer besser ist, gibt es überhaupt keine Frage, daß die Spanier besser waren. Das sahrauische Volk hat erfolgreich dafür gekämpft, die Spanier loszuwerden. Warum sollte es dann die Marokkaner erdulden?

Was die Festlegung der Stimmberechtigten betrifft, so hat die F. POLISARIO auch von ihrer ursprünglichen Vorstellung, die Bewohner der sahrauischen Flüchtlingslager bei Tindouf en bloc dazuzuzählen Abstand genommen und den Vorschlag des UN-Generalsekretärs, den letzten spanischen Zensus zur Basis für die Bestimmung der Zahl der originär sahrauischen Bevölkerung zu machen, akzeptiert.

Ob diese flexible Haltung gegenüber einem Plan, der aus sahrauischer Sicht ohnehin stärker die marokkanischen als die sahrauischen Vorstellungen berücksichtigt, eher Ergebnis äußeren – d.h. vor allem algerischen – Drucks ist, oder vielmehr Ausdruck der Sicherheit der F. POLISARIO, ein auch nur halbwegs ordentliches Referendum auf jeden Fall für sich entscheiden zu können, ist für den außenstehenden Beobachter schwer festzustellen. Die Konzessionen sind auch keineswegs einseitig.

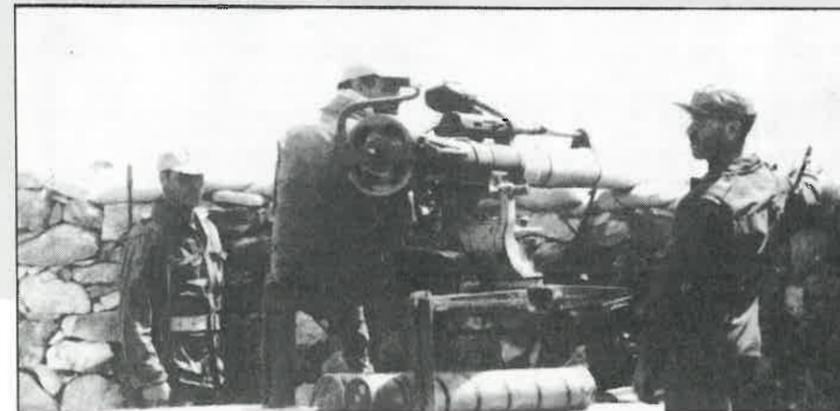
So hat die F. POLISARIO zweifellos einen Sieg errungen, als sie – und nicht etwa wie seit Jahren von Marokko behauptet Algerien – von der UNO offiziell als zweiter Konfliktpartner benannt wurde. Auch die Tatsache, daß überhaupt ein Referendum geplant wird, entspricht eher den langjährigen Positionen der F. POLISARIO und ihrer Unterstützer. Diese haben den Konflikt als eine Frage der Entkolonialisierung angesehen, während es sich für Marokko offiziell um eine „Heiminsreichholung“ handelte.

Dementsprechend bekräftigte die UN-Vollversammlung in ihrer Resolution Nr. 42/78 vom 4. Dezember 1987 zur Westsahara-Frage (93 Ja-, 0-Nein-Stimmen, 50 Enthaltungen) unter Punkt 2, „daß die Westsahara-Frage eine Frage der Dekolonisierung ist, die noch abzuschließen bleibt auf der Grundlage der Ausübung seines unveräußerlichen Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit durch das sahrauische Volk“.

Und unter Punkt 4 forderte sie „zu diesem Zweck erneut die beiden Konfliktparteien, das Königreich Marokko und die Frente Popular para la Liberación de Sagra el – Hamra y Rio de Oro, zur schnellstmöglichen Aufnahme direkter Verhandlungen auf, um einen Waffenstillstand herbeizuführen und die notwendigen Voraussetzungen für ein friedliches und gerechtes Referendum zur Selbstbestimmung des Volkes der Westsahara zu schaffen, ein Referendum ohne jegliche administrative oder militärische Zwänge unter der Schirmherrschaft der Organisation für Afrikanische Einheit und der Vereinten Nationen...“

Schließlich ist es auch Marokko, daß seinerzeit die diplomatischen Beziehungen zu Algerien abgebrochen hatte, als

Mauerstellung: marokkanische Artillerie nahe Guelta Zemmour



Resolution 40/50 der UN-Vollversammlung vom 2. 12. 1985 zum Westsahara-Konflikt

Die Vollversammlung, (...)

erinnernd an die Resolution AHG/Res. 104(XIX) zur Westsahara, die von der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Organisation der Afrikanischen Einheit auf ihrer 19. ordentlichen Sitzung in Addis Abeba vom 6. bis 12. Juni 1983 verabschiedet wurde, 1. bestätigt, daß die Westsaharafrage eine Dekolonisierungsfrage ist, die noch abzuschließen bleibt auf der Grundlage der Ausübung des unveräußerlichen Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit durch das Volk der Westsahara; 2. bekräftigt ebenfalls, daß die Lösung der Westsahara-Frage in der Anwendung der Resolution AHG/Res. 104(XIX) der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Organisation der Afrikanischen Einheit besteht, die die Wege und Mittel für eine gerechte und endgültige Lösung des Westsahara-Konflikts festlegt; 3. fordert erneut, daß zu diesem Zeitpunkt die beiden Konfliktparteien, das Königreich Marokko und die Frente Popular para la Liberación de Saguiaat el-Hamra y Rio de Oro, schnellstmöglich direkte Verhandlungen aufnehmen, um einen Waffenstillstand herbeizuführen und die notwendigen Voraussetzungen für ein friedliches und faires Referendum zur Selbstbestimmung des Volkes der Westsahara zu schaffen, ein Referendum ohne jegliche administrative oder militärische Zwänge, unter der Schirmherrschaft der Organisation der Afrikanischen Einheit und der Vereinten

Nationen;

4. begrüßt die Anstrengungen des gegenwärtigen Vorsitzenden der Organisation der Afrikanischen Einheit und des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, eine gerechte und dauerhafte Lösung der Westsaharafrage zu fördern; 5. bittet den Vorsitzenden der Organisation der Afrikanischen Einheit und den Generalsekretär der Vereinten Nationen, jede Anstrengung zu unternehmen, um die beiden Konfliktparteien, das Königreich Marokko und die Frente POLISARIO, zu überzeugen, schnellstmöglich gemäß der Resolution AHG/Res. 104(XIX) der Organisation der Afrikanischen Einheit und dieser Resolution die Bedingungen eines Waffenstillstandes und die Modalitäten der Organisation des besagten Referendums auszuhandeln; 6. bekräftigt die Entschlossenheit der Vereinten Nationen, mit der Organisation der Afrikanischen Einheit in vollem Umfang zusammenzuarbeiten im Hinblick auf die Umsetzung der relevanten Beschlüsse dieser Organisation, insbesondere der Resolution AHG/Res. 104(XIX); (...)

9. bittet den Generalsekretär, die Situation in der Westsahara in Hinblick auf die Umsetzung dieser Resolution genau zu verfolgen und der Vollversammlung auf ihrer 41. Sitzung hierüber zu berichten.

(Quelle: Sahara-Info, Bremen, Nr. 6/1986, S. II-IV)

falls dies der Wille des sahraischen Volkes ist... Falls das sahraische Volk eine freie und unabhängige Westsahara wünscht, werden wir diese Wahl verteidigen", sagte Abdelaziz. „Aber wenn sie eine Kolonie von Marokko sein wollen, werden wir diese Entscheidung akzeptieren und den bewaffneten Kampf beenden.“

VFLU - Umweltzeitung 2.88



Schwerpunkt:

Bewässerungsgartenbau in der algerischen Hammada — Probleme und Perspektiven des sahraischen Gartenbaus im Flüchtlingslager Demokratische Arabische Republik Sahara

VFLU - Umweltzeitung 1.88

Schwerpunkt:

Zur Situation der tropischen Wälder Zentralamerikas

5,- DM pro Heft + Porto
Bezug:

Verein zur Förderung von Landwirtschaft und Umweltschutz in der Dritten Welt e.V. (VFLU)
Mainzer Str. 14
6501 Stackeden — 2
☎ 06130—460

dieses die RASD anerkannte. Und es war Marokko, das diese Beziehungen im Mai 1988 wiederaufgenommen hat, ohne daß Algerien seine Anerkennung widerrufen hätte.

Selbstverständlich besteht aber kein Zweifel daran, daß angesichts der offenkundigen Ausweglosigkeit des Krieges und angesichts einer veränderten weltweiten außenpolitischen Atmosphäre, die auf die Beilegung von nicht klar zu Gunsten des einen oder anderen Blocks zu entscheidenden Konflikten zielt, es zumindest auf Seiten der Unterstützer der Kriegsgegner ein deutliches Streben nach einem Kompromiß gibt. Diese neue Atmosphäre, die lokal auch durch wachsende Interessen Marokkos und Algeriens an einer intensivierten ökonomischen Zusammenarbeit angesichts der für die 90er Jahre anstehenden veränderten Handelsbestimmungen der EG gefördert wird, hat die jüngste Bewegung in der Westsahara-Frage erst möglich gemacht.

Dennoch ist es keineswegs abwegig, speziell das marokkanische Interesse an einem Referendum, das seinen Namen verdient, in Frage zu stellen. Die marokkanische Weigerung, offiziell mit der F. POLISARIO zu verhandeln, um einen Waffenstillstand zu erwirken, ohne den ein Referendum gegenstandslos wäre, deutet in diese Richtung. Marokko

könnte durchaus der Meinung sein, daß die internationale und regionale Spannungsumgebung es der F. POLISARIO verwehrt, ihren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verschaffen, und es ihm so ermögliche, die Verhandlungen ewig hinzuziehen und derweil ungestört in den besetzten Gebieten der Westsahara — vermeintlich unumkehrbare — Fakten zu schaffen.

Die jüngste Militäroperation ist deshalb als ein deutlicher Anknüpfungspunkt an Marokko und die Weltöffentlichkeit gerichteter Hinweis darauf zu verstehen, daß die Flexibilität der F. POLISARIO Grenzen hat und nicht ungestraft als Schwäche mißverstanden werden sollte. Sie soll demonstrieren, daß es also nunmehr an der Zeit sei, von prinzipiellen Bereitschaftserklärungen zu konkreten Handlungen überzugehen.

Die F. POLISARIO hat zwischenzeitlich ihren guten Willen bekräftigt, eine politische Verhandlungslösung gemäß dem Pérez-Plan auf jeden Fall anzuerkennen. So erklärte POLISARIO-Generalsekretär und RASD-Präsident Mohamed Abdelaziz gegenüber der „International Herald Tribune“ vom 19.9.1988, seine Seite wolle den Ausgang des vorgesehenen Referendums auf jeden Fall respektieren:

„Wir werden unsere Waffen niederlegen,

Chile

Gunter Blank

Als Chile nein sagte

Am 5. Oktober d.J. stimmten die ChilenInnen über den Verbleib Pinochets für weitere acht Jahre im Amt des Präsidenten ab. Über den Ausgang des Referendums berichtet Gunter Blank aus Santiago in einer Reportage, die in einer längeren Fassung ebenfalls in der Volkszeitung vom 14. Oktober erschienen ist.

„Er hat das Land verlassen. Pinochet ist abgehauen!“ Die Botschaft stürmte die sieben Etagen der christdemokratischen Parteizentrale hinauf und hinunter und hinaus auf die Alameda. Auf der Hauptverkehrsader Santiagos, die an diesem Donnerstagnachmittag mit den den Triumph des „No“ feiernden Menschen erfüllt war, brach Jubel aus.

Doch noch ehe sich die Euphorie bis zur nahegelegenen Plaza Italia, dem Zentrum der Freudenfeier, ausbreiten konnte, hatte sich die Meldung als das wohl kurzlebigste Gerücht der vergangenen Woche erwiesen. Die Hoffnung, Pinochet würde sich im Augenblick der Niederlage davonschleichen, zerschlug sich so rasch, wie sie angesichts des anhaltenden Schweigens des Diktators aufgekeimt war. Mit dem Stimmzettel allein ist Pinochet nicht zu besiegen, und bereits wenige Tage später deutet alles darauf hin, daß die Auseinandersetzung um das Ende der Diktatur noch ein langer und schwerer Kampf werden wird. So herrscht dann in Chile, seit die Computer des „Comando por el No“ am Mittwochabend gegen 21.30 Uhr die ersten verlässlichen Zahlen ausgespuckt haben, eine Mischung aus Freude und Anspannung. 63 zu 37% für das Nein lautete die erste Tendenzmeldung, die in der Zentrale des Comando stürmischen Jubel auslöste. Auch wenn das Endergebnis mit 55,69 zu 42,04% schließlich nicht ganz so deutlich ausfiel, war klar, daß Pinochet sein eigenes Plebiszit verloren hatte.

Die Stimmung der vorangegangenen Tage ließ nicht unbedingt einen sauberen Wahlverlauf erwarten. Santiago war eine große Gerüchteküche, und ein offenbar von der Diktatur herbeigeführter Stromausfall am Dienstagabend ließ viele bezweifeln, ob überhaupt ein Plebiszit stattfinden würde. Die Kommunistische Partei hatte bereits angekündigt, im Falle eines Wahlbetrugs ihre Basis zu mobili-



Freudentanz auf den Straßen Santiagos nach dem Sieg des „No“

sieren, und selbst christdemokratische Politiker gaben zu verstehen, daß sie offenkundige Fälschungen nicht hinnehmen würden.

Um so überraschender war dann der völlig ruhige Wahlverlauf, der lediglich erheblich verzögert wurde, aber — von wenigen Ausnahmen abgesehen — regulär verlief. Die sechs eingeschriebenen Parteien, drei davon der Opposition zugehörig, waren offiziell mit der Wahlaufsicht betraut. Die Partei für die Demokratie (PPD) war mit 22.000 Aufsehern an allen Wahltagen des Landes präsent.

Außer in den drei Wahlbezirken Santiagos, in denen sich die Oberschicht konzentriert, verlor das Regime in allen 31 Bezirken der Hauptstadt. Zwar war der Regierung klar, daß sie in den städtischen Ballungsgebieten keine Chance haben würde, jedoch hatte sie erwartet, dies in den mittleren und kleineren Städten wettzumachen.

Die Computerauszüge des Zentrums für freie Wahlen, das ein detailliertes Hochrechnungs- und Auswertungsprogramm entwickelt hatte, zeichneten auch dort noch in der Wahlnacht ein anderes Bild. 52 zu 40% in den mittleren Städten und Unentschieden in den kleineren Städten machten deutlich, daß die Ablehnung der Diktatur landesweit war. Während diese Resultate in der Wahl-

nacht im Presse- und Informationszentrum des „Comando por el No“ eintrudelten, wuchs mit dem Jubel auch die Ungewißheit. Es war bereits 23 Uhr, der Sieg des Nein nicht mehr in Frage zu stellen, und das Schweigen aus der Moneda, von der aus seit 20 Uhr keine Ergebnisse mehr verbreitet worden waren, wurde langsam beunruhigend. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Präsident des „Comando por el No“, Patricio Aylwin, die Bevölkerung mehrfach über Radio gemahnt, Ruhe zu bewahren, in den Häusern zu bleiben, um keine Provokationen der Militärs, die inzwischen an verschiedenen Punkten der Stadt Stellung bezogen hatten, zu ermöglichen. Die Politiker der Vereinigten Linken (IU) waren inzwischen von Poblacion zu Poblacion geeilt, um ihre Mitglieder von möglicherweise folgenschweren Aktionen abzuhalten. Die Aufrufe hatten Erfolg. In den meisten Vierteln verfolgte die Bevölkerung die Auszählung der Stimmen am Radio, und in den Poblaciones, die zum Teil von Panzerwagen umstellt waren, verhielten sich die Leute ruhig, wenngleich sie sich bereits seit dem Nachmittag in den Straßen befanden.

Erst als gegen Mitternacht der Präsident der größten Rechtspartei und ehemalige Innenminister, Sergio Onofre Jarpa, in einer Talkshow den Triumph des Nein

anerkannte, begann sich die Spannung zu lösen. Endgültig in Jubel brach die versammelte Menge von Politikern, Journalisten und Wahlhelfern um 0.55 Uhr aus.

Wenige Augenblicke zuvor hatten Luftwaffenchef Matthei und Carabinero-Kommandant Stange erklärt, es sei wohl klar, daß das Nein gewonnen habe. Die Putschgefahr war beseitigt, die Menge strömte auf die Straße und begann vor dem gegenüberliegenden Regierungsgebäude Diego Postales, von dem aus eigentlich der Sieg Pinochets hätte verkündet werden sollen, zu feiern.

Am nächsten Morgen dann ergoß sich das Freudenfest über die ganze Stadt. Bereits gegen 10 Uhr versammelten sich die ersten Studenten an der Plaza Italia und begannen die Alameda hinab Richtung Moneda zu marschieren. Binnen zwei Stunden war die Menge bereits auf mehrere Zehntausend angeschwollen, die die Alameda bevölkerten, begleitet von zahlreichen kleinen und großen Autokonvois, die sich hupend in Richtung Zentrum bewegten.

Gegen 12 Uhr kam es zu den ersten Auseinandersetzungen mit den Polizeieinheiten, die mit Tränengas und Wasserwerfern versuchten, die Menge von der Moneda fernzuhalten. Bis dahin hatte sich die Polizei weitgehend zurückgehalten, und im oberen Teil der Alameda konnte man sogar Verbrüderungsszenen zwischen Demonstranten und Carabineros beobachten.

Während im Zentrum das Gerangel um die Moneda weiterging, hielt der Vorsitzende des PPD, Ricardo Lagos, vom Fenster der Zentrale des „Comando por el No“ eine improvisierte Rede. Lagos, der bereits im Wahlkampf den christdemokratischen Politikern den Rang abgelassen hatte, bemühte sich einerseits, die Menge zu beruhigen, war aber andererseits der einzige Politiker des Comando, der an diesem Tag zu einer deutlichen Sprache fand. Er erklärte, er werde sich für eine Regierung der nationalen Einheit einsetzen und forderte implizit den Rücktritt Pinochets.

Gegen 15 Uhr spätestens war die Menge unübersehbar und wuchs weiter an. Das „Comando por el No“ entschied, die Leute im Parque Forrestal, einem Naherholungspark nahe der Plaza Italia, zu versammeln. Binnen einer halben Stunde war der Park überfüllt, und noch immer war die Alameda voller Menschen, die unüberhörbar den Rücktritt Pinochets forderten.

Offenbar überrascht vom Ausmaß der Menschenmenge, in die sich nun auch die von ihrer Arbeit kommenden Berufstätigen einreihen, beschloß das „Comando por el No“, die ursprünglich für Sonnabend geplante Siegesfeier im Parque O'Higgins um einen Tag vorzu-

verlegen. Doch der damit verbundene Aufruf von Patricio Aylwin, jetzt die Kundgebungen einzustellen, kam nicht nur zu spät, sondern erfolgte in völliger Verkenntnis der Situation. Die Chilenen wollten ihren Sieg feiern und hatten kein Verständnis für die kleinlichen Ängste einer vom Ausmaß der Massenmobilisierung völlig überraschten Christdemokratie, die befürchten mußte, von der Menschenmenge überrollt zu werden. Allein, wieder gab es niemanden, der der



Massenandrang bei der Abstimmung

Demonstration eine zielgerichtete Wendung hätte geben können, und so blieb es bei einem spontanen Freudentaumel, der sich bis in die späten Abendstunden hinein fortsetzte. Die chilenische Linke und insbesondere die KP bezahlten in diesem Augenblick den Preis für die Fehler der vergangenen Monate, in denen sie, von inneren Zwistigkeiten gespalten, den bürgerlichen Kräften die Hegemonie über die Opposition überlassen mußten. Die christdemokratische Führung hatte es nie darauf angelegt, Pinochet mit dem Plebiszit zu stürzen, sondern sah darin lediglich die Möglichkeit, Verhandlungen mit den Streitkräften zu erzwingen. An einer weitergehenden geschlossenen Demonstration von kaum weniger als 1 Mio Chilenen, in der kein Unterschied mehr zwischen Nationalisten, Sozialisten, Christdemokraten und Kommunisten zu sehen war, konnte sie kein Interesse haben. So verstrich eine möglicherweise einmalige Gelegenheit, aus dem Erfolg des Plebiszit mehr zu machen als nur die Aussicht auf erfolgreiche Verhandlungen mit den Streitkräften.

Kurz vor 21 Uhr, eine halbe Stunde bevor Pinochet nach über 24 Stunden Schweigen vor die Fernsehkameras treten sollte, beendete ein erneuter Stromausfall in Santiago jäh die Euphorie. Die Normalität der Diktatur kehrte zurück. Die Polizei ging nun massiv gegen die Demonstranten im Zentrum vor, es gab mehrere Dutzend Verletzte, darunter

auch 20 Journalisten.

Als pünktlich zur Rede Pinochets das Licht zurückkehrte, war die Stadt zwar noch immer voller jublender Menschen, das Klima hatte sich jedoch radikal verändert. Ein selbstsicherer Pinochet sprach zur Nation, anerkannte den Sieg des Nein, erklärte aber gleichzeitig, daß er das ihm zustehende weitere Amtsjahr nutzen werde, die Zukunft Chiles zu sichern.

In einer Rede, die nicht ein einziges unüberlegtes Wort enthielt, betonte er mehrfach, daß sowohl er als auch die Streitkräfte Garanten dafür seien, daß weder „der Geist der Verfassung noch ihr Wortlauf auch nur um ein Komma geändert würden“. Seine Botschaft wurde verstanden.

Während sich die Freudenfeiern langsam auf die einzelnen Viertel verteilten, begann in den Poblaciones die Repression, und in den Villenviertel zerstörten marodierende Anhänger der rechten Parteien die Windschutzscheiben der heimkehrenden Regimegegner. Bis zum Morgen gab es zwei Tote, die von „Unbekannten in Zivil“ erschossen wurden, sowie zahlreiche Verletzte als Folge der staatlichen Repression und der faschistoiden Gewalt.

Am Freitag deutete sich dann bereits die künftige Entwicklung an. Die Kundgebung im Parque O'Higgins war eher ein Versuch, die Massenbewegung in geordnete Bahnen zu lenken, als eine Demonstration der Stärke der Opposition. Eine nichtschätzbare Menschenmenge in der Größenordnung zwischen 500.000 und 1 Mio feierte mit einem Kulturprogramm ein weiteres Mal den Sieg des Nein.

Spektakulär war außer der Dimension der Demonstration, deren Teilnehmerzahl die des Papstbesuches bei weitem übertraf, lediglich die Tatsache, daß die führenden Politiker von der KP bis hin zur Nationalen Partei sich die Hände reichten und gemeinsam die Nationalhymne sangen — eine Geste, die zumindest Hoffnung für die Einheit der Opposition in den kommenden Auseinander-

Jubelnde Parteiführer von links: R. Lagos (PPD) und P. Aylwin (Christdemokraten)



setzungen weckt.

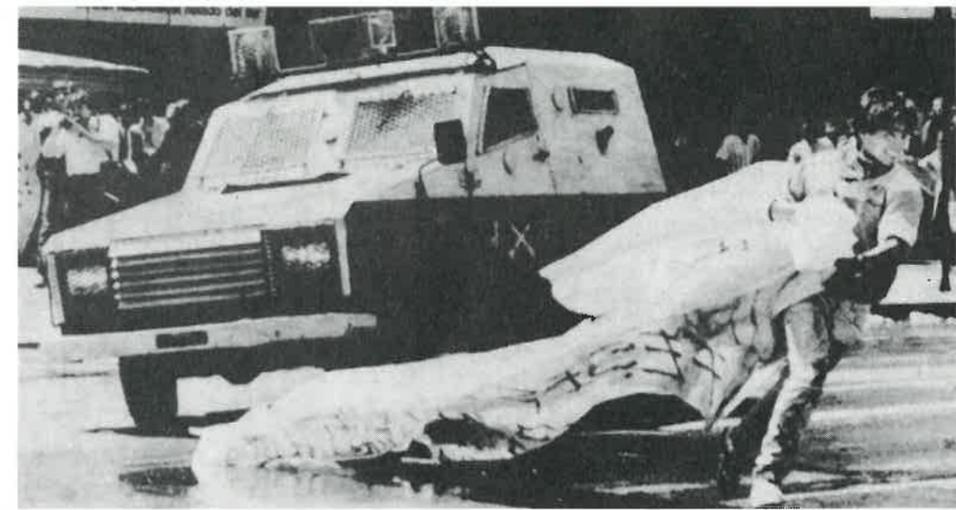
Jenseits der Massendemonstrationen, die diese einheitlichen Gesten erzwangen, beginnt bereits das Tauziehen um den Grad der Veränderungen, die in mittelbarer Zukunft erreichbar sind. An einen schnellen Rücktritt Pinochets glaubt im Grunde niemand mehr. Vielmehr wird seine Ablösung als Gegenstand von Verhandlungen betrachtet, die die Opposition hofft in naher Zukunft mit den Streitkräften aufnehmen zu können. Ob es überhaupt soweit kommt, ist derzeit jedoch fraglich.

Pinochet ließ sich durch seinen Innenminister Fernandez im nachhinein zum Wahlsieger erklären: Die Stimmen der Opposition seien schließlich durch 16 zu teilen, weil jetzt die Anhänger Pinochets geschlossen hinter ihrem Präsidenten stünden. Fernandez, dessen Bestätigung als Kabinettsvorsitzender am 6. Oktober von der Opposition als Gipfel der Bunkermentalität charakterisiert wurde, zog historische Vergleiche heran, um Pinochet für die in einem Jahr vorgesehenen Wahlen präsidientabel zu gestalten: Die chilenischen Truppen hätten schließlich die Schlacht von Rancagua verloren und doch im Salpeterkrieg über die Peruaner triumphiert.

Historische Metaphern sind dieser Tag überhaupt recht beliebt: Um keinen möglichen Gesprächspartner zu verschrecken, empfahlen sowohl der christdemokratische Ex-Senator Jorge Lavandero und der PPD-Präsident, Ricardo Lagos, Pinochet die Option O'Higgins'. O'Higgins hatte nach dem Sieg über die Spanier im Unabhängigkeitskrieg die Aufgabe des Oberbefehls und das freiwillige Exil einer gewaltsamen Ablösung durch seine Gegner vorgezogen, wofür er heute noch verehrt wird.

Insbesondere Ricardo Lagos hat sich mit dieser Forderung im Lager der Linken weitere Sympathien erworben. Er erscheint im Augenblick als die einzige Persönlichkeit, die ausreichend Profil besitzt, die gesamte Linke wie Teile des Zentrums in den Auseinandersetzungen um die anstehenden Reformen zu

Pinochet erklärte am 6. September im Fernsehen, daß er nicht zurücktreten wird



Selbst die Freudenkundgebungen blieben von Polizeiübergriffen nicht verschont

repräsentieren.

Als Präsident des Parteienkonglomerats PPD besitzt er eine ausreichende Unabhängigkeit, weitergehende Forderungen zu formulieren, als seine ursprüngliche Partei, die PS-Nuñez, es derzeit in der Lage ist. Während die Nuñez-Sozialisten mit ihrer Forderung nach einer beratenden Verfassungskommission selbst hinter der Nationalen Partei zurückliegen, ließ Lagos Positionen anklingen, die auch von der IU vertreten werden. Er persönlich trete für eine neue Verfassung, einen breiten Konsens im wirtschaftlich-sozialen Bereich sowie für die Strafverfolgung der unter der Diktatur begangenen Menschenrechtsverletzungen ein.

Zwar gilt als ausgeschlossen, daß Lagos ein für die Militärs akzeptabler Präsidentschaftskandidat sein könnte, aber eine ihn unterstützende Linke könnte diesen Forderungen wesentlich mehr Gewicht verschaffen, als würden sie nur von der IU vertreten.

Die IU krankt noch immer an der Isolation der KP. Sie mag zwar wieder in der Lage sein, den sozialen Bewegungen mehr Nachdruck zu verleihen, kommt jedoch als unmittelbarer Verhandlungspartner für die Militärs derzeit kaum in Frage. Der Sieg des Nein hat die Positionen der IU gestärkt, und die ausgesprochene Rücktrittsforderung an Pinochet hat die übrigen Parteien in Zugzwang versetzt.

In der Christdemokratie hat dies die Auseinandersetzungen um die weitere Parteitaktik verschärft. Aus dem Jugendverband sowie seitens der Parteilinken wurden am folgenden Wochenende ähnlich klingende Stimmen laut. Belisario Velasco, Präsidiiumsmitglied und einer der Politiker, die als mögliche Kompromißkandidaten im Gespräch sind, erklärte gegenüber der Zeitschrift APSI, Pinochet müsse zum frühestmöglichen Zeitpunkt zurücktreten. Der christdemokratische Gewerkschaftsführer Ruiz di Giorgio erwog von Concepción aus sogar die Möglichkeit eines Generalstreiks, falls Pinochet weiter an der

Macht festhalten sollte.

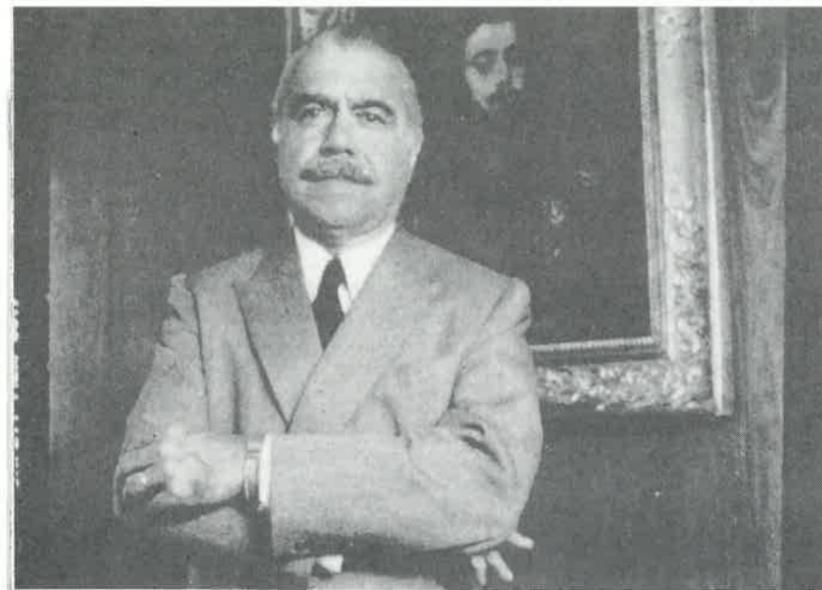
Demgegenüber steht jedoch die konservative Präsidiiumsmehrheit, die weder an einem Rücktritt Pinochets noch an einem Streik interessiert ist. Für sie geht es um die Durchführung einiger Verfassungsreformen, die eine formalisierte Demokratie ermöglichen, ohne das ökonomische Modell anzutasten.

Wesentlich hierfür wäre eine Änderung derjenigen Artikel der Verfassung, in denen deren Unabänderlichkeit festgeschrieben ist. Von der Junta wird erwartet, daß sie eine entsprechende Reform noch vor den nächsten Wahlen erläßt, damit ein dann gewählter Kongreß sowie der neue Präsident zumindest eine gewisse konstitutive Macht besäßen.

Ähnliche Ziele verfolgt auch die stärkste Rechtspartei Nationale Erneuerung (RN), die Pinochet im Wahlkampf zwar unterstützt hatte, unmittelbar nach der Niederlage aber auf Distanz gegangen war. Im Gegensatz zu Pinochet halten führende Politiker der RN zumindest die Abschaffung der designierten Senatoren für notwendig. Und Hermogenez Perez de Arce, RN-Funktionär und führender Kolumnist von „El Mercurio“, erwähnte sogar die Abschaffung des Artikels 8 der Verfassung, der u.a. die marxistischen Organisationen vom öffentlichen Leben ausschließt.

Inwieweit dies nur Positionen sind, die er in Verhandlungen wieder bereit ist aufzugeben, steht dahin. Gewiß scheint hingegen, daß weder die rechten Christdemokraten noch die RN ein Interesse an einer Vorverlegung des Wahltermins und an Verhandlungen haben, die unter dem Druck sozialer Bewegungen stattfinden. In dieser Hinsicht haben sie vieles gemeinsam.

Und so glauben nicht wenige, bei der jovial geführten Talkshow von RN-Präsident Jarpa und DC-Präsident Aylwin noch in der Wahlnacht die wahren Sieger des Plebiszits gesehen zu haben, zumal die beiden auf gemeinsame Erfolge zurückblicken können: Sie führten das Parteienbündnis der Rechten zum Putsch gegen Salvador Allende.



Präsident Sarney sprach sich vor allem wegen der weitreichenden arbeitsrechtlichen Bestimmungen und gewerkschaftlichen Freiheiten gegen die neue Verfassung aus



Peter Garcia

Eine Verfassung der Widersprüche

Am 2. September d.J. verabschiedete die Verfassungsgebende Versammlung mit überwältigender Mehrheit die neue brasilianische Verfassung, die am 5. Oktober in Kraft trat. 403 Delegierte hatten für den Entwurf gestimmt, 13 dagegen und fünf hatten sich enthalten. Damit fand eine Diskussion ihren Abschluß, die 19 Monate lang gedauert hatte und in deren Verlauf 66.000 Anträge und Änderungen behandelt worden waren.

Das klare Abstimmungsergebnis überraschte auch viele Brasilianer, hatte doch die Regierung des Landes mit allen legalen Mitteln versucht, die Verabschiedung der Verfassung in der jetzigen Form zu verhindern. Unter anderem beschimpfte Präsident Sarney den Verfassungsentwurf als „anarchistisch“, beschwor angesichts der darin vorgesehenen kostenintensiven Sozialmaßnahmen die Vision einer „Unregierbarkeit“ des Landes und drohte schließlich sogar – wenn auch indirekt – im August d.J. mit einem Militärputsch.

Daraufhin traten aus Protest drei fortschrittliche Minister der Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewegung (PMDB), der stärksten Partei in Regierung und Land, zurück. Bereits im Juni hatten 45 kritische Kongreßabgeordnete und Senatoren das Regierungslager verlassen, um mit der Gründung der Sozialdemokratischen Partei Brasiliens (PSDB) in die Opposition zu gehen.¹

Obwohl die Regierungskoalition auch in der Verfassungsgebenden Versammlung die Mehrheit der Delegierten stellte, blieb der Druck von oben ohne Wirkung. Ein breites Spektrum verschiedenster

politischer Kräfte, das vom konservativen Centrão-Block der Großgrundbesitzer, nationalistischen Militärs und der einheimischen Unternehmer bis zur links stehenden Partei der Werktätigen (PT) des Gewerkschaftsführers Lula reichte, ließ die Regierung auflaufen.

Genau so widersprüchlich, wie dieses Zweckbündnis, ist auch der Charakter der Verfassung selbst. Von ihr profitieren Militärs, Demokraten, Arbeiter, nationale Unternehmen, Slumbewohner, Frauen, Beamte, Rentner, Großgrundbesitzer und farbige Brasilianer. Allerdings gibt es auch zwei Gruppen, die durch die neue Verfassung klar benachteiligt werden: die Eigentümer multinationaler Unternehmen und die große Mehrheit der Landbevölkerung.

Eine Analyse der verschiedenen Kapitel der Verfassung läßt diese Widersprüchlichkeit deutlich hervortreten. Augenscheinlich haben die Erfahrungen der langen Jahre der Militärdiktatur die Verfasser dazu veranlaßt, die geistigen Freiheiten und demokratischen Rechte besonders abzusichern. Jede Art von Zensur ist verboten – auch die politische. Dieses Prinzip gilt selbst bei Verstößen gegen die Moral oder die guten Sitten. Die Pressefreiheit wird ebenfalls absolut garantiert. Gleichzeitig existiert bei Mißbrauch der Pressefreiheit ein Regreßanspruch. Das Telefongheimnis darf nicht mehr verletzt werden. Garantiert ist weiterhin das Recht auf freie Meinungsäußerung und auf Vereinigungsfreiheit.

Folter, Rassismus, Drogenhandel und Terrorismus wurden zu besonders schweren Verbrechen erklärt, bei denen eine Amnestie oder eine Freilassung gegen Kautions nicht mehr möglich ist.

Der Rechtsgrundsatz des „habeas corpus“ (Schutz gegen willkürliche Verhaftung) wurde erstmalig in einer brasilianischen Verfassung festgeschrieben. Verhaftet werden kann jetzt nur noch bei Vorliegen einer richterlichen Anordnung oder wenn jemand in flagranti ertappt wurde. Außerdem hat der Festgenommene ein Aussageverweigerungsrecht, der Name des festnehmenden oder verhörenden Beamten muß dem Häftling genannt und die Familie muß unverzüglich über die Festnahme unterrichtet werden.

Zusätzlich dazu wurden zwei ganz neuartige Rechtsgrundsätze beschlossen: „habeas data“ und „mandado de segurança coletivo“. Der erste Grundsatz sichert umfassenden Datenschutz und jeder Person freien Zugang zu allen Akten, Archiven usw. mit Daten über sie. Das Kollektivschutzmandat ermächtigt Bürger-, Mieter- oder sonstige Initiativen (z.B. ökologische gegen eine Umweltverschmutzerfabrik), Gewerkschaften und andere Interessenverbände in einer Rechtssache die Ansprüche der Mitglieder kollektiv durchzusetzen, was die Kosten pro Mitglied erheblich verringert und eine Klage überhaupt erst ermöglicht.

In die Verfassung fanden zahlreiche weitere demokratische Forderungen Eingang. So ist die Abtreibung heute in Brasilien kein Verbrechen mehr. Eheähnliche Partnerschaften haben die gleichen Rechte wie Ehen und Scheidung ist ohne Einschränkung möglich. Dadurch, daß das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt wurde, haben jetzt zusätzlich acht Mio Brasilianer das aktive Wahlrecht erhalten. Die Kinderarbeit wurde bis zum Alter von 14 Jahren verboten. In den Elends-

vierteln der Großstädte, den Favelas, können Millionen Menschen aufatmen: Wenn sie mehr als fünf Jahre auf einem Grundstück gewohnt haben, dessen Erwerb nicht rechtlich angefochten wurde oder mit Gewaltanwendung gegen Personen verbunden war, sind sie jetzt Eigentümer.

Die Bundesregierung in Brasilia muß zukünftig 18% des Budgets für Bildung ausgeben und die einzelnen Bundesstaaten und Gemeinden sogar 25%. Rentner erhalten eine 13. Rente. Außerdem werden die Renten monatlich angepaßt und dürfen den Mindestlohn nicht unterschreiten.

Ein anderer wichtiger Aspekt der neuen Verfassung ist die Beschneidung der Macht der Zentralregierung. Im Sinne der Dezentralisierung wurde eine Umverteilung des Steueraufkommens zugunsten der Bundesstaaten und Gemeinden verfügt. Das Präsidialsystem bleibt zwar weiterhin Regierungsform, jedoch wurden die Machtbefugnisse des Präsidenten eingeschränkt. U.a. wurde ihm die Möglichkeit genommen, Dekretgesetze zu beschließen.

Damit verfügt der Kongreß wieder über das Gesetzgebungsmonopol. Außerdem entscheidet der Kongreß in letzter Instanz über das Regierungsbudget, über die Inhalte internationaler Verträge und

Obwohl die Regierung alles unternommen hatte, um den Verfassungsentwurf zu Fall zu bringen, nahmen ihn die Abgeordneten fast einmütig an

über so wichtige Fragen wie die Atompolitik. Schließlich kann der Kongreß den Präsidenten zur Rechenschaft ziehen. Dazu kommt, daß der Präsident in Zukunft direkt gewählt wird.²

Den Militärs ist es dagegen gelungen, ihre Position im Rahmen einer demokratischen Verfassung beträchtlich auszubauen. Zwar wurde ihr direktes Machtorgan aus der Zeit der Militärdiktatur, der Nationale Sicherheitsrat, abgeschafft. Die Militärs haben aber weiterhin die Verpflichtung, nicht nur Brasilien nach außen zu verteidigen, sondern auch die verfassungsmäßigen Organe und – im Auftrag eines dieser Organe – Recht und Ordnung im Lande selbst zu schützen.

Weiterhin gelang es den Militärs, sich mit fünf aktiven Generälen auch zukünftig eine starke Präsenz in der Regierung zu sichern. Dem Kabinett gehören automatisch an: der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, der jeweilige Befehlshaber des Heeres, der Marine und der Luftwaffe sowie der Chef des Militärressorts

im Präsidialamt. Die demokratischen Kräfte in der Verfassungsgebenden Versammlung hatten vergeblich versucht, die Präsenz der Militärs in der Regierung auf den Oberbefehlshaber der Streitkräfte zu beschränken.

Den 34 Mio Brasilianern, die Lohn- oder Gehaltsempfänger sind, dürften zunächst erst einmal andere Passagen der neuen Verfassung wichtiger sein. Ihnen wurde ein großer Teil ihrer arbeitsrechtlichen und gewerkschaftlichen Forderungen erfüllt: das Recht auf Urlaubsgeld (33% der normalen Bezüge), das Recht auf Überstundenvergütung (150%), Verkürzung der maximalen Wochenarbeitszeit auf 44 Stunden (von 48), Zahlung einer Ablössungssumme bei unbegründeten Entlassungen, Einführung eines Sechstundentages bei kontinuierlicher Schichtarbeit, staatliches Weihnachtsgeld von einem Mindestlohn für Beschäftigte, die nicht mehr als zwei Mindestlöhne pro Monat verdienen, Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs von 90 auf 120 Tage und die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs von mindestens fünf Tagen.

Die Regierung darf nicht mehr in den Gewerkschaften intervenieren. Auch öffentliche Bedienstete dürfen sich jetzt gewerkschaftlich organisieren. Sie sind außerdem nach fünfjähriger Beschäftigung praktisch unkündbar.

Schließlich wurde ein unbeschränktes Streikrecht erkämpft, das sogar politische Streiks zuläßt und auch Staatsbedienstete und Beschäftigte der Grundversorgungsbetriebe nicht ausschließt. Der Unternehmerflügel in der Verfassungsgebenden Versammlung hatte besonders diesen aber auch die anderen arbeits- und gewerkschaftlichen Paragraphen vergeblich bekämpft. Es war ihm nur gelungen, einen allgemeinen Kündigungsschutz und eine Vierzigstundenwoche zu verhindern.

Obwohl sie in dieser Beziehung Niederlagen hinnehmen mußten, gingen zumin-

dest die einheimischen Unternehmer nicht mit leeren Händen aus. Die neue Verfassung verteidigt das Privateigentum und die freie Marktwirtschaft – trotz einer nebulösen „sozialen Funktion“ des Eigentums. Der Binnenmarkt wurde zum „nationalen Erbe“ erklärt und grundsätzlich die unbegrenzte Möglichkeit der Schaffung weiterer Marktreserven für einheimische Unternehmen in strategisch wichtigen Wirtschaftsbereichen verfügt. Bisher gab es eine solche Marktreserve nur im Informatikbereich. In Zukunft sind auch der Bergbau- und der Erdölsektor für ausländische Unternehmen gesperrt.

In der neuen Verfassung wird grundsätzlich zwischen nationalen und anderen Unternehmen unterschieden. Ein „nationales“ Unternehmen kann allerdings auch einem Ausländer gehören. Wesentlich ist nur, daß das Kapital dieses Unternehmens zu mindestens 51% in der Hand von Personen liegt, die in Brasilien permanent ansässig und dort versteuert sind. Nationale Unternehmen werden bei der Lieferung von Gütern und Dienstleistungen an Betriebe der öffentlichen Hand bevorzugt, haben privilegierten Zugang zu bestimmten Wirtschaftsbereichen und können staatliche Vergünstigungen (z.B. Kredite mit niedrigen Zinsen) in Anspruch nehmen.³

Die neue Regierung benachteiligt eindeutig die in Brasilien niedergelassenen multinationalen Unternehmen, bei denen etwa 19% brasilianische Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind. Im Juli 1988 hatten sich 16 Multinationale, darunter auch die brasilianische VW-Tochter, zu einer informellen Gruppe zusammengeschlossen, um die Verfassungsgebende Versammlung mit Hilfe einer Pressekampagne zur Streichung des entsprechenden Paragraphen zu bewegen. Dabei wurden sie von der Presse und den Regierungen ihrer Herkunftsländer unterstützt. U.a. solidarisierte sich die „WELT“ voll und ganz mit dieser Kam-

Wenig Hoffnung für landlose Bauern: Die Verfassung schließt eine Agrarreform aus



pagne und beschuldigte Brasilien der „Ausländerfeindlichkeit“ und der „Bananenrepublik-Mentalität“. Allein in Brasilien investierte die multinationalen Konzerne 1 Mio \$ in Zeitungsanzeigen und Fernsehspots.

Das alles blieb nicht ohne Resonanz bei den einheimischen Unternehmern, die eine Beibehaltung der Unterscheidung in nationale und andere Unternehmen forderte. Eine Reihe von brasilianischen Unternehmern aus den Bereichen Metallverarbeitung, Arzneimittelproduktion, Feinchemie und Viehwirtschaft kündigten als Gegenmaßnahme die Gründung einer „Brasilianischen Kammer der Unternehmen mit Nationalem Kapital“ an. Der Sprecher dieser Gruppierung, ein größerer Chemieunternehmer, bezichtigte die multinationalen Unternehmen der „Einmischung in die nationalen Interessen“.⁴

Die brasilianische Regierung hielt sich zwar aus dieser speziellen Diskussion heraus – was ja auch nur konsequent war, da sie den gesamten Entwurf abgelehnt hatte. Dafür verfolgte sie in der Praxis eine Politik der Unterwerfung unter das Diktat des Auslandskapitals. Nach der Zahlung fälliger Zinsen in Milliardenhöhe an die ausländischen Gläubigerbanken, nach der Unterzeichnung eines sog. Bereitschaftsabkommens mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) nach der Einigung mit den im Pariser Club zusammengeschlossenen Gläubigerregierungen westlicher Industrieländer wurde Brasilien mit einer Umschuldung von fast 2/3 seiner 125 Mrd \$ Auslandsschulden und neuen Kreditzusagen von 8,7 Mrd \$ belohnt. Damit hatte sich Brasilien nach dreijährigem IWF-Boykott und einjährigem Zinsmoratorium der Erpressung durch die ausländischen Investoren und Geldgeber gebeugt, die bereits mit dem massiven Abzug von Kapital begonnen hatten. Die ersten Zinsmilliarden schickte die brasilianische Regierung gerade dann aus dem Land, als der Lebensstandard der Bevölkerung auf einem Tiefpunkt angelangt war. Selbst ein Mann wie der US-Banker David Rockefeller war so schockiert, daß er der Presse in São Paulo erklärte: „Während aller meiner Brasilienbesuche habe ich noch nie soviel hoffnungslose Armut gesehen.“⁵

Gemeinsam mit dem IWF hat die brasilianische Regierung für die nächsten zwei Jahre ein Wirtschaftsprogramm zur Reduzierung der Inflation von tendenziell 600% und des hohen Staatsdefizits erarbeitet, das u.a. eine drastische Kürzung der staatlichen Investitionen, Einsparungen im Personalsektor und die Privatisierung von Staatsunternehmen vorsieht. Ein bundesdeutsches Wirtschaftsblatt spricht von einer Privatisie-

rungswelle in Brasilien, die „die Rolle des Staates einschränken und die des Auslandskapitals stärken soll“.⁶ Die Wirtschaftspolitik der Regierung läuft also auf eine direkte Sabotage des Verfassungsauftrags hinaus.

Im Agrarbereich gilt dagegen genau das Gegenteil. Die neue Verfassung ist ein deutlicher Rückschritt gegenüber der zaghaften Agrarreform, die Präsident Sarney im Oktober 1985 eingebracht hatte. Die brasilianische Zeitschrift „VEJA“ nennt die Verfassungspara-

Obwohl das nationale Kapital in der Verfassung besonderen Schutz genießt, betreibt die Regierung auf Anraten des IWF weiterhin eine Politik des nationalen Ausverkaufs

phen über die Agrarreform „die konservativsten, die das Land seit dem Lei de Terras von 1850 besaß“.⁷

Nach der neuen Verfassung kann „landwirtschaftlich genutzter Grundbesitz“ nicht enteignet werden – unabhängig von der Ausdehnung und dem Grad der Nutzung. Ein Antrag über die Zulässigkeit der zwangsweisen Enteignung von Grundbesitz zur Verwirklichung der Agrarreform war im Mai d.J. mit einer Mehrheit von 12 Stimmen abgelehnt worden.

Die tragischen Folgen dieser Weichenstellung in der neuen Verfassung sind vorbestimmt. Das Morden an den landlosen Bauern besonders im Norden und Westen Brasiliens wird weitergehen. Hunger und Unterernährung werden weite Teile des reichen und riesigen Landes weiterhin geißeln. Und auch in Zukunft werden Millionen bettelarmer

Bauern in die Städte strömen, um eine Überlebenschance zu haben.

Selbst das ultrakonservative Londoner Wirtschaftsmagazin „The Economist“ schüttelte über soviel Kurzsichtigkeit den Kopf. Statt auf einer rückschrittlichen Agrarpolitik zu beharren, solle Brasilien lieber dem Beispiel bestimmter asiatischer Länder folgen: „...Die großen asiatischen Wunder der letzten 40 Jahre – Japan, Südkorea, Taiwan – begannen alle mit radikalen Landreformen. Dadurch wurde eine robuste Klasse von unternehmerischen Bauern und eine große Angebotsmenge an Lebensmitteln geschaffen...“⁸

Zur Konkretisierung der Verfassung müssen in der nächsten Zeit noch etwa 200 ergänzende Gesetze erlassen werden. Aber auch dann ist keine Garantie gegeben, daß die neue Verfassung vollständig und überall in Brasilien Wirklichkeit wird. Zu groß sind ihre Widersprüche. Und zu groß ist der Teil des Landes, in dem Großgrundbesitzer und Militärs die Gesetze machen.

Auf der anderen Seite garantiert die neue Verfassung eine Reihe demokratischer Rechte, die es erlauben werden, den Kampf gegen die rückschrittlichen Kräfte des Landes effektiver zu führen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. VEJA, São Paulo, 7.9.1988; Latin American Weekly Report (LAWR), London, 11.8.1988; Financial Times, London, 27.7.1988; Folha de São Paulo, 22. und 30.6.1988
- 2) Vgl. VEJA, 10.8.1988 und 7.9.1988; El País, Madrid, 4.9.1988
- 3) Vgl. VEJA, 7.9.1988
- 4) Folha de São Paulo, 5.7.1988 und Die Welt, Hamburg, 1.9.1988
- 5) LAWR, 31.3.1988
- 6) Nachrichten für Außenhandel, Eschborn, 5.9.1988
- 7) VEJA, 7.9.1988
- 8) Financial Times, London, 12.5.1988 und The Economist, London, 11.-17.6.1988

Zeitschriftenschau

epd-Entwicklungspolitik, Nr. 16-17/1988

Analyse: Ökumenisches Hearing zur Schuldenkrise ● UNCTAD für 30% Schuldenerlaß ● IWF-Stellungnahme zu aktuellen Fragen ● Japanische Entwicklungszusammenarbeit ● 40 Jahre Weltkirchenrat ● Info: SPD und CDU für Schuldenerlaß ● Kritik der Agrarreform auf den Philippinen ● Verfassungsentwurf des ANC/Südafrika ● Dokumentation: Ökumenisches Hearing zum internationalen Finanzsystem und der Verantwortung der Kirchen ● DDR-Oppositionelle zum IWF
Einzelpreis 3,30 DM (Doppelheft 5,50 DM); Abo 55 DM
Bezug: epd, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17

Blätter des iz3w, Nr. 152/September 1988

Asyl in der BRD: Zur Situation der Tamilen ● Philippinen: Landreform der Aquino-Regierung ● Del Monte und die Sozialklausel ● Interview zur Rolle der NROs im Entwicklungsprozeß ● Afghanistan: Der Krieg geht weiter ● Flüchtlingsfrauen in Pakistan ● Eine Brigadistin schreibt eine Kritik der 'Kaffeefahrten' nach Nicaragua ● Kirche und Theologie in Brasilien: Mit Gottes Hilfe zum Sozialismus ● Israelisches Lager Ansar III: Das Lager des langsamen Todes ● Zur alltäglichen Gewalt in Peru: Der Fall Sonia Munoz ● Erste internationale Konferenz zu den Auswirkungen des Uranbergbaus ● Leserbeiträge zum Antisemitismusstreit innerhalb der Linken und zur IWF-Kampagne.
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

TRIALOG, Nr. 18/1988

Thema: Selbsthilfe-Wohnungsbau als Lösungsstrategie des Wohnungsproblems unterer Einkommensgruppen ● Beiträge u.a. zum Wandel des Selbsthilfeverständnisses bei der Weltbank und anderen in der Entwicklungshilftätigen Institutionen ● Berichte aus Brasilien, Kuba und Ungarn ● Ausführliche Literaturanalyse zum Thema
Preis 9 DM (60 Seiten)
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61



Nach dem Putsch entläßt sich der Volkszorn gegen die Tontons Macoutes in Lynchjustiz

Ulrich Rupp

Ein Putsch von unten

Freudenkundgebungen wie zur Zeit des Sturzes von Diktator Duvalier 1986 löste am 17. September d.J. ein Putsch von Unteroffizieren und Soldaten aus. Sie verjagten General Henry Namphy, der am 19. Juni d.J. nach dem kurzen Intermezzo der Zivilregierung Leslie Manigats erneut die Macht übernommen hatte (siehe DRITTE WELT 8-9/1988, S. 79).

Generalleutnant Prosper Avril wurde von den Putschisten zum neuen Präsidenten ernannt. Sein Kabinett umfaßt mit einer Ausnahme nur Zivilisten. Die Unteroffiziere unter Führung des 27jährigen Feldwebels Joseph Hebreux hatten ihren Coup seit längerem geplant. Als sie erfuhren, daß ihre Vorbereitungen verraten worden waren und ihre Verhaftung drohte, holten sie zum erfolgreichen Gegenschlag aus.

In einem 19-Punkte-Katalog forderten die Unteroffiziere ein Durchgreifen gegen die Anhänger Duvaliers, Maßnahmen gegen die Korruption, bessere soziale Bedingungen für die Soldaten, die Trennung und Säuberung von Armee und Polizei, die Wiedereinsetzung der 1987 suspendierten Verfassung und baldige Wahlen.¹ Zu den Gründen für den Putsch erklärte Hebreux, die Besoldung und Versorgung der Militärangehörigen sei mangelhaft.

Durch Korruption und Schmuggel würden die Offiziere ein Vielfaches ihres Soldes dazuverdienen. Außerdem kritisierte er die Nachgiebigkeit der Militärführung bei der Verfolgung bewaffneter Banden von ehemaligen Angehörigen der Tonton Macoutes, der Terrortruppe

Duvaliers. Der Putsch sei der einzige Weg gewesen, die Tontons Macoutes zu eliminieren.²

Diese hatten in der dreimonatigen Amtszeit der Regierung General Namphys wiederholt Dörfer geplündert und schließlich am 11. September ihren brutalsten Überfall durchgeführt. 100 mit Pistolen und Macheten bewaffnete Männer überfielen in der Hauptstadt Port-au-Prince die Kirche Jean Bosco, ermordeten 13 Gottesdienstbesucher und verwundeten weitere 70 Personen. Erinnerungen wurden wach an jenen



Die neuen Machthaber: Präsident Avril (l.) und Armeechef Abraham

Wahltag am 29.11.1987, als Angehörige der Tontons Macoutes durch gezielten Terror den Abbruch der ersten freien Wahlen erzwangen (siehe: AIB 1-2/1988, S. 68f.). Damals wie heute griffen Polizei und Militär nicht gegen die Banden ein.

Fünf Männern und einer Frau wurde sogar gestattet, im Fernsehen ihre Bluttat zu rechtfertigen und neue Gewalttaten anzukündigen. Dabei erhielten sie

Rückendeckung durch den duvalieristischen Bürgermeister der Hauptstadt, Franck Romain. Nach dem Putsch wurde er zusammen mit General Namphy in die Dominikanische Republik abgeschoben.

Daß zumindest die Unteroffiziere und Soldaten es mit ihrer Forderung nach Entfernung der Duvalier-Anhänger aus verantwortlichen Positionen ernst meinten, wurde in den Tagen nach dem Putsch deutlich. Vielerorts meuterten die Mannschaften und setzten innerhalb einer Woche 57 Offiziere ab. Diesem Beispiel folgten auch Arbeiter der staatlichen Mühlenbetriebe, der Elektrizitätsgesellschaft und der Hafengebäude, die ihre Direktoren absetzten.

Im Zuge dieser neuen Welle des „Déchouage“, der Beseitigung der Überreste der Diktatur, wurde auch die Regierung aktiv. Acht Generale, darunter der Innen- und Verteidigungsminister, William Regala, wurden in Pension geschickt. Dieses Schicksal ereilte am 30. September auch den Kommandeur der Dessalines-Kaserne, Oberst Jean-Claude Paul, der sich gegen Namphy gestellt hatte und somit den Erfolg des Putsches abgesichert hatte. Er war ursprünglich für den Posten des Oberkommandierenden im Gespräch gewesen.

Entscheidend für seinen Abgang war der Druck, den die US-Regierung durch ihren Botschafter ausgeübt hat. Gegen Paul ist in Miami ein Prozeß wegen angeblichen Drogenschmuggels anhängig. Washington hat die Wiederaufnahme seiner seit November 1987 unterbrochenen

Wirtschaftshilfe u.a. von der Bekämpfung des Drogenhandels abhängig gemacht. Wegen der sozialen Vergünstigungen, die er seiner Truppe gewährte, genießt Paul hohes Ansehen bei den Soldaten. Durch die US-Kampagne gegen ihn war seine Popularität in den letzten Monaten vor allem unter der Linken weiter gestiegen.³

Ob es in Zukunft zu einer wirklichen Demokratisierung des Landes kommt,

wie es die Unteroffiziere fordern, ist noch nicht entschieden. Zumindest bietet die neue Führungsspitze des Landes dafür keine Gewähr.

So war der neue Staatschef Avril ein Berater der Duvalier-Diktatur, der jedoch nicht an Gewalttaten beteiligt war. In seiner Funktion verschob er aber damals hunderte Mio \$ auf Konten der Duvaliers ins Ausland. Auch der ersten Regierung Namphys diente er 1986 als Berater, mußte aber bereits nach zwei Monaten auf Druck der Bevölkerung ausscheiden.

Der neue Oberbefehlshaber, Generalmajor Hérard Abraham, war Außenminister Namphys, und die meisten Minister bekleideten bereits unter Duvalier und den nachfolgenden Regierungen Ämter.⁴ Der Schlüsselstellung der Bewegung der Unteroffiziere und dem Druck der Volksbewegung dürfte es zu verdanken sein, daß die neuen Machthaber sich für eine Demokratisierung des Landes aussprechen.

Avril erklärte, die Verfassung von 1987, die durch ein Referendum angenommen worden war, sei weiterhin in Kraft. Nach Kommunal- und Parlamentswahlen soll in zwei Jahren ein neuer Präsident gewählt werden. Die demokratische Opposition, die den Putsch fast einhellig begrüßt hatte, rief er zur Zusammenarbeit auf.

Diese Kooperationsbereitschaft unterstrich Avril Anfang Oktober, als er Serge Gilles und Victor Benoit, zwei Mitte-Links-Politiker, sowie den Generalsekretär der Vereinigten Partei der Haitianischen Kommunisten (PUCH), René Theodore, zu mehrstündigen Gesprächen empfing.

Ob es bei diesem Kurs bleiben wird und auch wirtschaftlich-soziale Reformen in Angriff genommen werden, hängt von mehreren Faktoren ab. Zum einen wird eine wichtige Rolle spielen, ob es wirklich gelingt, den Einfluß der Duvalieristen zurückzudrängen. Zum anderen verfügen die USA über eine Reihe von Möglichkeiten, ihren Einfluß geltend zu machen, wie die Absetzung Pauls gezeigt hat.

Der Gang der Dinge wird auf der anderen Seite entscheidend dadurch beeinflusst werden, ob es gelingt, die Bewegung der Unteroffiziere und Mannschaften organisatorisch und programatisch zu stabilisieren und eine gemeinsame Front mit der Massenbewegung herzustellen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Le Monde (LM), Paris, 22.9.1988 und Die Tageszeitung, West-Berlin, 22.9.1988
- 2) Vgl. U.S. News & World Report, Washington, 3.10.1988
- 3) Vgl. LM, 2.-3.10.1988
- 4) Vgl. International Herald Tribune, Paris, 19.9.1988; LM, 21.9.1988 und Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 23.9.1988

Ferdar Azad

Die Kurden als Mittel zum Zweck

Grund zum Feiern hatten am 20. August d.J., dem Beginn des Waffenstillstands im Golfkrieg, vor allem die Völker Irans und Iraks. Dem kurdischen Volk blieb der Jubel jedoch bald im Halse stecken. Im Rauch der Giftgasbomben gab der Präsident der Demokratischen Partei Kurdistans-Irak (DPK-I), Massud Barsani, der Weltöffentlichkeit bekannt, daß auch die Kurden den Waffenstillstand begrüßten. Gleichzeitig machte er aber die internationalen Organisationen und einzelne Regierungen auf die Ereignisse in Irakisch-Kurdistan aufmerksam.



Kurdische Irakflüchtlinge an der türkischen Grenze, von wo aus sie mit Lkws in Notlager transportiert werden

Es geschah nicht von ungefähr, daß der kurdische Führer am Vorabend der Friedensgespräche zwischen den Kriegsparteien Iran und Irak in Genf eine solche Erklärung abgab. Der Irak begann in der zweiten Juni-Hälfte d.J. eine Großoffensive in Irakisch-Kurdistan unter Einsatz von vier der acht Divisionen seiner Armee.

Kurdische Dörfer und Städte wurden mit chemischen und konventionellen Waffen angegriffen. Dabei kamen hunderte Zivilisten, v.a. Frauen und Kinder ums Leben.

Ziel dieser größten Offensive seit Beginn des Krieges war die Zerschlagung des kurdischen Widerstandes. Die angegriffenen Bezirke Zacho, Amadia, Scheichan, Dehok, Moussol und Arbil im Norden des Irak waren in den letzten Jahren von den kurdischen Peschmergas, vor allem von der DPK-I und der Patriotischen Union Kurdistans (PUK), befreit worden.

Bereits 1976 hatte sich der Widerstand der Kurden gegen die Arabisierungspolitik des Regimes Saddam Husseins, gegen Massendeportationen und die Hinrichtung Tausender von Menschen formiert. Durch die „taktische“ Zusammenarbeit

mit dem Iran gelang es den Peschmergas im Laufe des Golfkrieges die Kontrolle über ein 30-40.000 qkm großes Gebiet zu erringen.

Nachdem Bagdad nun durch den Waffenstillstand die Hände freibekommen hatte, begann es einen regelrechten Ausrottungskrieg gegen die Kurden. Dabei spekuliert es offenbar darauf, daß die Weltöffentlichkeit angesichts der Waffenruhe im Golfkrieg den Feldzug gegen die Kurden eher als Randproblem betrachtet, dessen Behandlung einen endgültigen Friedensschluß nur behindern könnte.

Die schwersten Kämpfe fanden entlang der Grenze zu Türkisch-Kurdistan statt. Dort wurden 238 Dörfer innerhalb von zwei Wochen zerstört. Die verbliebenen Bewohner sollen in besser kontrollierbare Siedlungen deportiert werden.¹

„Das Resultat der konventionellen und chemischen Einsätze waren tausende tote und verwundete Menschen“, erklärte medico international in einer Pressemitteilung. „Das Schlimmste an der Sache ist“, so dpa, „daß Irak chemische Waffen nicht mehr zufällig oder gelegentlich einsetzt, sondern die Verwendung dieser Waffen in seiner militäri-

schen Taktik eingebaut hat.“²

Die irakischen Streitkräfte verfolgten außerdem bei ihrer Offensive von Anfang an die Strategie, den Fluchtweg in den Iran und die Türkei abzuschneiden, noch bevor die UN-Waffenstillstandsbeobachter in diesem Gebiet eintreffen. Anfang September waren nach Informationen der Gesellschaft für bedrohte Völker, die sie von kurdischen Organisationen erhielten, sogar die von der UN-Friedenstruppe UNIMOG zu kontrollierenden Dörfer in den Provinzen Arbil und Mergasur von den Angriffen betroffen.³

Aus Angst vor den Giftgasangriffen flüchteten Teile der Zivilbevölkerung vor allem nach Türkisch-Kurdistan. 150.000 haben nach Presseberichten die Grenze überquert und sich den türkischen Stellen übergeben.⁴ Unter den Flüchtlingen, überwiegend Frauen und Kinder, befinden sich viele Opfer von Giftgasbomben, die Verätzungen erlitten.

Inzwischen wurden fünf Lager eingerichtet, in denen die kurdischen Flüchtlinge, von der Außenwelt durch Zäune und Militär abgeschirmt, leben. Bis jetzt reichen diese Lager jedoch nur für 50.000 Flüchtlinge aus.

Die medizinische Versorgung der Flüchtlinge ist unzureichend und verschlechtert sich zusehends. Die Gefahr des Aufkommens ansteckender Krankheiten, wie Cholera und Typhus, nimmt zu.⁵ In der Region wird es zudem immer kälter. Flüchtlinge der Region Yükse-

Mit der Aufnahme der kurdischen Flüchtlinge will die Regierung Özal ihr Image im In- und Ausland aufpolieren

kova waren daher sogar gezwungen, die Stomastan aus Holz als Heizmaterial zu verwenden. Bisher ist es lediglich bei einer Erklärung seitens des türkischen Halbmondes geblieben, Öfen an die Flüchtlinge zu schicken. Taten sind dem noch nicht gefolgt.⁶

Gegenüber der Presseagentur Reuter beschwerten sich die Flüchtlinge über die Verschmutzung, die Kälte und eine fehlende Betreuung. Ein Peschmerga erklärte: „Als wir vor einer Woche hier ankamen, war das Flußwasser sehr

schmutzig. Meine Tochter Kaser erkrankte, und die türkischen Ärzte gaben Medikamente. Das Wetter war jedoch so kalt, daß diese Medikamente nichts nutzten. Meine Tochter ist nachts erfroren.“⁷ Sie war bereits das siebte Kind, das in den Lagern gestorben ist.

Trotz der drastischen Lage der kurdischen Flüchtlinge ließ die türkische Regierung diesen keine internationale Hilfe zukommen. Am 15.9.1988 berichtete medico international über diese Politik der Türkei. Diesem Bericht zufolge hat die türkische Regierung „zahlreichen Ärzten und Ärztinnen aus der BRD, die sich für den ehrenamtlichen Einsatz in der Türkei zur Verfügung gestellt haben,... die Arbeitserlaubnis an Ort und

tersuchungen vornehmen.“⁹

Während eine direkte Hilfe der internationalen Organisationen behindert wird, ruft Özal vor allem die westlichen Länder dazu auf, entweder die Flüchtlinge selbst aufzunehmen oder eine finanzielle Hilfe zu gewähren, deren Höhe er auf 300 Mio \$ festlegte. Der Appell blieb bisher ohne Resonanz. Diese Politik der Türkei erschwert zum einen die medizinische und humanitäre Versorgung der Flüchtlinge. Zum anderen bleibt die Zukunft der Flüchtlinge ungewiß, denn die Türkei hat die Kurden „vorübergehend“ und aus „menschlichen Gründen“ aufgenommen.

Demnach werden sie nicht als politische Flüchtlinge anerkannt, was dem Problem



Kurdische Giftgasopfer in Halabja (März d.J.)

Stelle verweigert“. Weiter heißt es in dem Bericht: „Glühende Hitze am Tage, kalte Nächte (derzeit 5 Grad minus), unterbrochen von ständigen Platzregen bereiten vor allem den unversorgten Kindern Fieber und Infektionskrankheiten. Die türkische Regierung verweigert bisher jeglichen Aufbau einer notwendigen medizinischen Infrastruktur durch Ärzte internationaler Organisationen.“⁸

Diese Politik der türkischen Regierung basiert auf der Absicht, die Flüchtlinge in absehbarer Zeit zurückzuschicken. Andererseits hat die türkische Führung große Angst vor einer „Internationalisierung der kurdischen Frage“. Diese Tatsache wird sowohl durch die Ablehnung internationaler Hilfe an Ort und Stelle als auch durch Pressemeldungen belegt. Der türkische Ministerpräsident Turgut Özal sagte der Presse gegenüber, daß seine Regierung eine Untersuchung vor Ort durch UNO-Vertreter nicht zulassen werde: „Aber das Rote Kreuz kann Un-

eine politische Dimension geben würde. Dieses will die türkische Seite gerade verhindern. Mit der „Internationalisierung dieser Frage“ würde die Situation von Millionen Kurden in Türkisch-Kurdistan ins Blickfeld rücken.

Es scheint paradox, daß die Türkei, die den Kurden jegliche nationalen Rechte und Freiheiten geraubt hat und jede Forderung danach mit Gewalt und Terror unterdrückt, nun die Flüchtlinge aus Irakisch-Kurdistan „unter Schutz“ nimmt. Allerdings war die Flucht vor dem Giftgas nach Türkisch-Kurdistan von vornherein unerwünscht und ließ die türkische Regierung lange zögern, bis sie sich positiv entschied.

Hierbei mußte Özal die Reaktionen im In- und Ausland berücksichtigen. Außerdem wäre ein Stopp des Flüchtlingsstroms für die türkische Regierung ein großes politisches Risiko gewesen, da die Kurden in Türkisch-Kurdistan darauf mit Protesten reagiert hätten.

Auch die Volksabstimmung über das Vorziehen der Kommunalwahlen und eine Verfassungsänderung am 25. September d.J., bei der über 10 Mio kurdische Stimmen ein unverzichtbares Potential für Özal darstellten, spielte mit Sicherheit eine große Rolle bei seiner Entscheidung.

Özals Kalkül ging jedoch nicht auf. Lediglich 35% sprachen sich für seinen Vorschlag aus. In den kurdischen Gebieten lag der Anteil noch unter dem Durchschnitt. Schließlich wollte Özal durch die Flüchtlingshilfe auch sein Image im Ausland (und hier vor allem gegenüber der EG) aufpolieren.¹⁰

Die Hilfe der Türkei war also eher ein Mittel zum Zweck. Außerdem scheint die Flüchtlingsfrage der türkischen Regierung schon jetzt Kopfzerbrechen zu bereiten. Die türkischen Zeitungen schreiben einhellig, daß die Aufnahme der Peschmergas „zum Problem“ werde, welches schwer wieder loszubekommen sei.

Eine andere Tatsache ist, daß die Türkei den Einsatz von C-Waffen bisher verschwiegen hat, und dies sogar zu vertuschen sucht. Der Gouverneur von Mardin, Aykut Özan, bestritt jegliche Anzeichen von C-Waffen-Einsätzen. Auch die Regierung erklärte, daß bei den Kontrolluntersuchungen durch türkische Ärzte keine Spuren von C-Waffen-Einsätzen festgestellt worden seien.¹¹ Eine Untersuchung durch UNO-Experten lehnt dieselbe Regierung jedoch strikt ab.

Regierung ist auch, daß sie eine Verschlechterung der Beziehungen zum Irak verhindern will.

Auf einen Renner gebracht, nutzte die türkische Regierung die Flucht der Kurden Irakisch-Kurdistan vor den chemischen Waffeneinsätzen für ihre politischen Zwecke aus und machte daraus ein „reines Medienspektakel“.¹³

Ähnlich wie bei der Türkei ist auch bei den westlichen Regierungen eine Instrumentalisierung der Ereignisse festzustellen. Nach jahrelangem Schweigen zum Völkermord des Irak haben jetzt 12 Staaten, darunter die USA, die Bundesrepublik, Japan, Italien und Großbritannien die UNO aufgefordert, eine Untersuchungskommission in die Türkei und den Irak zu entsenden. Die beiden Kammern des US-Kongresses haben sogar Sanktionen gegen den Irak gefordert.

Viel hat der Irak jedoch nicht zu befürchten, zumal die Sanktionen am Veto des US-Präsidenten scheitern werden. Die Proteste sind vielmehr ein Wink an die Adresse des Iran, daß einflußreiche Kräfte in Washington an einer Verbesserung der Beziehungen interessiert und bereit sind, Druck auf den Irak auszuüben, damit er seine Unnachgiebigkeit in den Friedensverhandlungen aufgibt. Schließlich will der Westen nicht nur am Wiederaufbau im Irak verdienen, sondern auch mit dem Iran ins Geschäft kommen.

Dies gilt namentlich für die Bundesrepublik. Die Beziehungen zum Irak sind ungetrübt. Das Regime wird sich dafür erkennen lassen, daß bundesdeutsche Firmen Waffen geliefert haben.

Schließlich hat der Irak es auch Bonn zu verdanken, daß er heute chemische Waffen produzieren kann. Die bundesdeutschen Unternehmen, die hierfür Produktionsanlagen und Chemikalien geliefert haben, wurden bisher nicht von der Bundesstaatsanwaltschaft zur Rechenschaft gezogen.

Die Aufforderung an die UNO, die Giftgaseinsätze zu untersuchen, blieb erwartungsgemäß ohne Folgen. Sowohl die Türkei als auch der Irak haben es abgelehnt, eine Kommission einreisen zu lassen. Fazit von Guilanian, dem Sprecher von Perez de Cuellar: „Wenn ein Land keine UNO-Vertreter hineinläßt, können wir nichts machen.“¹⁴

Zudem hat der Irak durch die Absage einer Runde der UN-Friedensverhandlungen zu verstehen gegeben, daß der gesamte Friedensprozeß auf dem Spiel steht, wenn die UNO sich der Kurden annimmt. Schließlich bleiben der UNO solange die Hände gebunden, wie ihre Mitgliedsstaaten nicht bereit sind, wie kürzlich geschehen, in einer Resolution zum Verbot der C-Waffen oder zu Menschenrechtsverletzungen im Irak, das

Regime in Bagdad namentlich wegen des Einsatzes von Giftgas und des Vorgehens gegen die Kurden zu verurteilen.

Deshalb ist es unabdingbar, sowohl auf Regierungen und internationale Organisationen als auch auf die UNO Druck auszuüben, damit endlich konkrete Maßnahmen ergriffen werden. Denn in der Tat wirft „dieses Schweigen ... einen Schatten auf die Glaubwürdigkeit der internationalen Gremien“, wie es in einer Erklärung kurdischer Organisationen in der BRD heißt. Amnesty International hat deshalb einen direkten Appell an den UN-Sicherheitsrat gerichtet, in dem es dem Irak die „systematische und vorsätzliche“ Vernichtung von großen Teilen des kurdischen Volkes vorwirft und ein „rasches Eingreifen“ der UNO fordert.¹⁵

Um die einzelnen Regierungen zu zwingen, ihren Worten gegen die Politik des Irak auch Taten folgen zu lassen und damit auch die UNO zu einem aktiven Eingreifen zu bewegen, ist auch hierzu verstärkter politischer Druck notwendig. Am 24. September d.J. nahmen in Köln 5.000 Menschen an einer Demonstration teil, zu der das Komitee gegen den Einsatz chemischer Waffen in Irakisch-Kurdistan aufgerufen hatte und die von den GRÜNEN, der DKP und anderen Organisationen unterstützt worden war.

Im Aufruf werden die UNO, die Bundesregierung und die demokratische Öffentlichkeit aufgerufen, „ihre Stimme gegen den Einsatz chemischer Waffen in Irakisch-Kurdistan ... zu erheben und sich bei den Friedensgesprächen zwischen Irak und Iran für das Selbstbestimmungsrecht der kurdischen Nation einzusetzen“.¹⁶

Außerdem wurde dazu aufgerufen, das Saddam-Regime wegen des Einsatzes chemischer Waffen zu verurteilen und Hilfe in die betroffenen Gebiete Kurdistans zu senden, um die Flüchtlinge zu betreuen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Die Tageszeitung (taz), West-Berlin, 24.9.1988 und Süddeutsche Zeitung (SZ), München, 16.9.1988
- 2) Frankfurter Rundschau (FR), 2.9.1988
- 3) Vgl. taz, 11.8.1988 und FR, 2.9.1988
- 4) Vgl. taz, 5.9.1988
- 5) Vgl. FR, 13.9.1988 und Milliyet (Mil), Ankara, 7.9.1988
- 6) Vgl. Hürriyet (Hür), Ankara, 17.9. und 16.9.1988
- 7) Mil, 16.9.1988
- 8) Siehe auch: FR, 16.9.1988
- 9) Mil, 17.9.1988
- 10) Vgl. Tercüman (Ter), Ankara, 9.9.1988
- 11) Vgl. Die Welt, Hamburg, 16.9.1988
- 12) Vgl. Le Monde (LM), Paris, 15.9.1988 und Ter, 16.9.1988
- 13) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.9.1988
- 14) taz, 2.9.1988
- 15) SZ, 5.9.1988; FR, 9.9.1988 und LM, 9.9.1988
- 16) Unsere Zeit, Düsseldorf, 12.9.1988

Südkorea

Der südkoreanische Oppositionelle Baek Ki-Wan im Gespräch

Jenseits des olympischen Goldrausches

Baek Ki-Wan, 56, einer der prominentesten Führer des breitgefächerten Widerstandsspektrums Südkoreas und im Herbst 1987 Präsidentschaftskandidat der unabhängigen Volksbewegung, stand nie im Rampenlicht internationaler Publizität. Als Repräsentanten der Opposition im „Land der Morgenstille“ gelten gemeinhin die beiden Galionsfiguren Kim Young Sam und Kim Dae Jung. Im Gegensatz zu deren im Kern eliteorientierten und von der amtierenden Regierung unter Präsident Roh Tae Woo nicht wesentlich abweichenden Politik versteht sich Baek Ki-Wan als Vertreter der „Minjung“. Darunter sind „die da unten“ zu verstehen – jene Menschen also, die politisch ausgegrenzt, wirtschaftlich benachteiligt, sozial geächtet und verfolgt bleiben.



Seoul im Mai d. J.: Cho Song Man, Opfer von Polizeieinsätzen, liegt im Sterben

Bereits kurz nach Ende der japanischen Kolonialherrschaft über sein Land (1910-45) lernte der junge Baek den damals prominenten Patrioten Kim Ku kennen und engagierte sich bis 1960 in der Bauernbewegung. Sein unermüliches Eintreten gegen die Willkürherrschaft der regierenden Militärs brachte ihn mehrmals hinter Gitter. Während seiner Haft wurde er schwer gefoltert. An den Folgen der Mißhandlungen leidet er noch heute.

„Der Kampf für Demokratie und Achtung der Menschenrechte“, sagte der zurückhaltend, fast scheu auftretende Baek, „galt in den Augen der Militärs stets als Verstoß gegen das von ihnen geschaffene und bis heute gültige ‚Gesetz zur Wahrung der nationalen Sicherheit‘.“ Als sich die Militärs infolge der massiven Proteste und Arbeiterstreiks im Sommer/Herbst 1987 genötigt sahen, Präsidentschaftswahlen abzuhalten, nutzte Baek seine Kandidatur, um die beiden Kims zur Einigung im antidiktatorischen Kampf zu bewegen – allerdings ohne Erfolg. Seit Anfang dieses

Jahres ist Herr Baek, der auch als kritischer Publizist und feinfühleriger Poet hervortrat, Direktor des „Instituts für Probleme der Wiedervereinigung“.

Vor kurzem befand sich Baek Ki-Wan auf Europareise. Für die DRITTE WELT sprach Rainer Werning von der Korea-Informationsstelle mit Baek. Wir bringen Auszüge.

FRAGE: Durch die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Dezember 1987 bzw. April 1988, so die gängige Meinung, befindet sich Ihr Land auf dem Weg zur Demokratie. Teilen Sie diese Sicht?

BAEK: Daß es zu diesen Wahlen kam, ist zuallererst auf den breiten Widerstand der Bevölkerung gegen die langjährige Militärherrschaft zurückzuführen. Das war ein großer Erfolg, den wir gegen die Herrschenden durchsetzten.

Es war dies aber nur der Beginn eines langen politischen Prozesses zur Verwirklichung unserer drei Hauptforderungen, nämlich Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Wiedervereinigung. Dieser Teilerfolg wird jedoch geschmärlert, weil jetzt mit Roh Tae Woo ein Mann im Blauen Haus (dem Amtssitz des Präsidenten; d. Red.) sitzt, dessen politischer Aufstieg aufs engste mit der Terrorherrschaft seines Vorgängers Chun Doo Hwan verknüpft ist. Wie können wir da von demokratischen Verhältnissen sprechen, wenn einer der Architekten des alten Regimes an der Spitze der neuen Regierung steht?

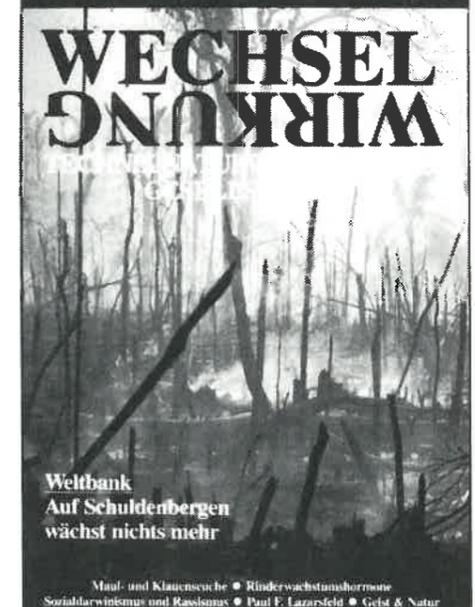
FRAGE: Seit April verfügen die Oppositionsparteien in der Nationalversammlung über die Mehrheit der Stimmen. Ist das nicht bislang im Sinne Ihrer Forderungen positiv zu Buche geschlagen?

BAEK: Nur in begrenztem Maße. Es hat Untersuchungen über Korruptionsfälle

WECHSELWIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaftsarbeit und soziale Konflikte. WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf. WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker. WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.



Weltbank
Auf Schuldenbergen
wächst nichts mehr

Maul- und Klauenuche • Rinderwachstumshormone
Sozialdarwinismus und Rassismus • Paul F. Lazarsfeld • Geist & Natur

Nr. 38, August 1988

Schwerpunkt:

Auf Schuldenbergen wächst nichts mehr – Schuldenkrise und Umwelterstörung; Zur Politik von Weltbank und IWF • Ökologischer Raubbau • Die Folgen der Abholzung im Amazonasgebiet • Schuldenübernahme für Naturschutz •

Weitere Themen:

Maul- und Klauenuche • Neues von der Virenfront • Rinderwachstumshormone • Die ideologische Mobilisierung der Biologie um die Jahrhundertwende • Paul F. Lazarsfeld • Beobachtungen auf dem Kongreß »Geist & Natur« •

Bitte Probeheft für DM 2,- in Briefmarken anfordern!

Bestellungen an WECHSELWIRKUNG
Gnolzenstr. 2, 1000 Berlin 61
DM 7,- Einzelheft (+ Versandkosten)
DM 28,- Abonnement für 4 Hefte (Incl. Versandkosten); erscheint vierteljährlich



Protestaktion in Washington gegen irakische C-Waffen-Einsätze

Von Darstellungen durch die UNO und andere internationale Organisationen wie medico international und amnesty international will die türkische Regierung nichts wissen. In einem Bericht von „Le Monde“ ist sich der belgische Toxikologe Prof. Aubin Heyndrick sicher, daß der Irak Kampfstoffe eingesetzt habe. Die Rolle, die die Türkei dabei spiele, finde er „merkwürdig“.¹² Ein weiterer Grund für diese Haltung der türkischen

und Skandale gegeben. Einige hohe Vertreter des Chun-Regimes wurden zur Rechenschaft gezogen, andere zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Doch insgesamt verfolgt die parlamentarische Opposition einen Kurs der „kritischen Solidarität“ mit Roh und wahrt – wie sie betont, im Interesse des olympischen Friedens – eine Politik des nationalen Konsenses. Der geht gar so weit, Demonstrationen von Studenten und Arbeiterstreiks zu verurteilen. Erst nach den Olympischen Spielen wird sich zeigen, ob die parlamentarische Opposition überhaupt verdient, als oppositionell eingestuft zu werden.

FRAGE: Sie stehen also den beiden Kims skeptisch gegenüber?

BAEK: Ja. Ich kandidierte im Herbst 1987 nur deshalb, um beide politisch von der Dringlichkeit eines einigen Vorgehens zu überzeugen.

Es hatte sich ja eine historische Chance ergeben, dem alten Regime – geeint – eine schwere Schlappe zuzufügen. Kim Dae Jung beispielsweise lehnte es während des Wahlkampfes ab, sich überhaupt mit mir zu treffen. So sehr war er davon überzeugt, von den USA auf Kosten Rohs unterstützt und zum Sieg getragen zu werden, daß er niemals auch nur einen Gedanken über das Zurückstecken seiner kurzfristigen Ambitionen verschwendete.

Außerdem: Was ist von einer Politik, wie sie beide Kims vertreten, zu halten, welche die Rolle der USA als dominierenden Faktor in Südkorea prinzipiell akzeptiert? In öffentlichen Stellungnahmen gingen sie gar so weit, die zusätzliche Verlagerung amerikanischer Militärstützpunkte und GIs auf unserem Boden zu begrüßen, sollten diese tatsächlich einmal von den Philippinen abgezogen werden.

FRAGE: Wodurch also die militärische Lage in Nordasien auf Dauer gespannt bleiben dürfte?

BAEK: Gewiß; das fortgesetzte Flaggezeigen der USA, ihre Militärbasen und Truppen sind – wie man auf den Philippinen sagt – „ein Dolch im Rücken des Volkes“.

FRAGE: Welche Perspektive haben Sie für die Zeit nach Olympia?

BAEK: Unsere Aufgaben – d.h. die Bestrebungen des Minjung – zielen auf den Aufbau einer demokratischen Zivilregierung. Die über 30 Mio Arbeiter, Bauern und städtischen wie ländlichen Armen verspüren den Wunsch nach einem grundlegenden Wandel in Politik und Wirtschaft. Diesem Anliegen programmatisch, politisch und organisatorisch gerecht zu werden, wird all unsere Kraft beanspruchen. Dabei hoffen wir auf internationale Solidarität und einen Bruchteil der Publizität, die kürzlich dem olympischen Medaillenrausch galt.



Kenias Ereng, Olympiasieger über 800 m

Georg Diederichs

Seouler Superlative Bilanz der XXIV. Olympiade

Direkt auf den Läufer mit der Startnummer 111, James Walker von der Pazifikinsel Guam, folgte die bereifte Kavallerie. 27 schwere Motorräder der Marke Harley Davidson schoben das Feld der Marathonläufer vor sich her. Wie ein Kolben, der etwas durch seinen Zylinder preßt. Nur, daß dessen Wände nicht aus Stahl waren, sondern von Menschen gebildet wurden.

Mitten hinein nach Seoul hatten sie diesen Zylinder gelegt, einen aus offensichtlich panischer Angst vor Störungen entstandenen Schutzmantel. Es war allerdings die letzte große Aufgabe, die sich der Organisation zum „Schutz“ der XXIV. Olympischen Sommerspiele stellte.

Für die Dauer der Spiele (17. September bis 2. Oktober d.J.) hatten die Machthaber Südkoreas immerhin rund 100.000 sog. „Sicherheitskräfte“ der Polizei und des ebenfalls in Alarmbereitschaft versetzten 620.000 Mann starken Militärs zum „Schutz“ der Sportler, der

Besucher, des olympischen Dorfs sowie der vielen anderen olympischen Anlagen aufgebaut. In der neuolympischen Disziplin „Sicherheitsvorkehrungen“ stellten Südkoreas Herrschende jedenfalls alles bisherige weit in den Schatten, gewannen sie Gold, Silber und Bronze in einem.

Doch diese XXIV. Olympischen Sommerspiele waren noch in andererlei Hinsicht Spiele der Superlative. So nahmen insgesamt 9.581 Sportler und Sportlerinnen aus 160 Ländern aller Kontinente teil. Zudem wuchs das Olympia-programm auf 237 Wettbewerbe in 23 Sparten an. Das sind immerhin 16 Wettbewerbe mehr als 1984 in Los Angeles und fünfmal so viele wie bei den ersten Olympischen Spielen der Neuzeit, 1896 in Athen.

Neue Rekorde gab es bei den Spielen in Seoul aber auch in Sachen sportlicher Skandale. Da waren einmal die zahlreichen Dopingfälle, wobei der des 100-Meter-Sprinters Ben Johnson nur

der spektakulärste gewesen ist. Zuvor waren schon Gewichtheber, Ringer und Judokas reihenweise erwischt und von den Spielen ausgeschlossen worden.

Angesichts des durch immer mehr Kommerz und Professionalisierung wachsenden Leistungsdrucks auf die Athleten steht hier allerdings zu befürchten, daß es sich bei den nachgewiesenen Dopingfällen allenfalls um die Spitze des Eisbergs handelt. Wie sagte doch ein Kommentator so treffend: „No dope, no hope.“

Der vom südkoreanischen Organisationskomitee kurz nach Beendigung der Spiele bekanntgegebene Rekordgewinn von 349 Mio Dollar mag verdeutlichen, welche immense Summen bei Olympischen Spielen mittlerweile „im Spiel“ sind.

Von Skandalen überschattet war auch das olympische Boxturnier. Wegen einer angeblichen Fehlentscheidung bezog ein neuseeländischer Ringrichter von südkoreanischen Betreuern und Zuschauern Prügel.

Zu dem handfesten Eklat kam es im Anschluß an den Kampf zwischen dem Bulgaren Christov und dem südkoreanischen Boxer Byun Jon Il in der Klasse bis 54 kg, den der Südkoreaner mit 4:1 Richterstimmten verlor. Gegen diese Entscheidung protestierte Byun mit einem 67minütigem Sitzstreik im Ring, den er erst verließ, als die Lichter in der Halle ausgeschaltet wurden.

Zuvor hatten der südkoreanische Cheftrainer und sein Assistent, gefolgt von mehreren Zuschauern, den Boxring gestürmt und ihrerseits eine wüste Schlägerei vom Zaun gebrochen. Doch damit nicht genug: Die Skandale zogen sich wie ein roter Faden durch das gesamte Turnier.

„Selbst Ray Charles hätte erkennen können, wer hier gewonnen hat“, eroberte sich beispielsweise US-Coach Hank Johnson über die offensichtliche Bevorzugung südkoreanischer Boxer durch die Kampfrichter. Doch Blindheit allein, wie im Fall des von ihm erwähnten berühmten Soul- und Jazzmusikers, hätte nicht ausgereicht, um den 19jährigen US-Boxer Roy Jones gegen Si-Hun Park um den Sieg zu bringen. Damit der Südkoreaner in diesem Halbmittelgewichtskampf die Goldmedaille erhielt, war schon ein regelrechtes Gaunerstück vonnöten.

Als jedoch die Exekutive des Weltboxverbandes AIBA mit einigen energischen Maßnahmen Ordnung in die Besetzung der Kampfgerichte bringen wollte, starteten die südkoreanischen Massenmedien prompt einen Feldzug gegen die führenden AIBA-Funktionäre. Anwar Chowdry, der pakistanische Präsident der AIBA, wurde beschuldigt, für den Sportartikelhersteller adidas intensiver

tätig zu sein als für den internationalen Boxverband.

Und dem AIBA-Generalsekretär, Karl-Heinz Wehr (DDR), warf man vor, eine Sitzung der Kampfrichter, die von den Südkoreanern in ein feudales City-Hotel einberufen worden war, ins olympische Dorf verlegt zu haben. „Um sie unter fester Kontrolle zu haben“, wurde ihm als Motiv unterstellt. Darüber hinaus plane er, die AIBA in die Hände der UdSSR, Bulgariens und der DDR zu bringen.

Derlei abstruse Phantasien waren in Seoul keineswegs die Ausnahme. Im Gegenteil, denn dahinter steckte letztlich das erklärte Ziel der südkoreanischen Sportfunktionäre wie der politischen Machthaber des Landes, jeden Gewinn olympischen Edelmetalls als Beispiel für die „nationale Größe und Souveränität“ zu verkaufen.

Südkorea will bis 1991 unter den 10 größten Handelsnationen der Welt rangieren. Vehikel dafür sollen nicht zuletzt die „magischen Pal-Pal“ (die '88-Spiele) sowie die dabei von SüdkoreanerInnen errungenen sportlichen Erfolge sein.

Bei allen Skandalen, bei aller Kommerzialisierung und Professionalisierung hatten die XXIV. Olympischen Sommerspiele aber auch Momente, die einen nicht ganz am olympischen Gedanken des Fair-play zweifeln lassen. Ein Beispiel dafür war der kanadische Finnsegler Lawrence Lemieux, der bei stürmischer See bemerkt hatte, daß sein Konkurrent aus Singapur gekentert war und in Gefahr schwebte.

Lemieux, zu diesem Zeitpunkt bei der olympischen Segelregatta vor Pusan an zweiter Stelle liegend, drehte bei, nahm den Gekenterten an Bord und beendete dadurch die Regatta nur als 21. Der internationale Segelverband setzte daraufhin den Kanadier im Endklassement wieder auf den zweiten Rang, den er zum Zeitpunkt der Hilfeleistung innehatte. Zu einer schönen Geste war auch der iranische Freistilringer Askari Mohammadian fähig. Nachdem er im Endkampf der Klasse bis 57 kg seinem sowjetischen Konkurrenten Beloglazow unterlag, hob er sich diesen auf die Schultern und trug ihn zum Zeichen seiner Anerkennung einmal ums Mattenrund.

Zur sportlichen Bilanz des olympischen Turniers gehört auch die Feststellung, daß sich mit Südkorea (4.), der VR China (11.) und Kenia (13.) drei Länder der Dritten Welt ganz oben im Medaillenspiegel wiederfinden. Das erfreulichste an diesem Medaillenspiegel ist jedoch, daß er nicht nur die Nationenbilanz in Gold, Silber und Bronze widerspiegelt, sondern gleichzeitig veranschaulicht, daß sich hier noch nie so viele Nationen eintrugen wie bei diesen Spielen.

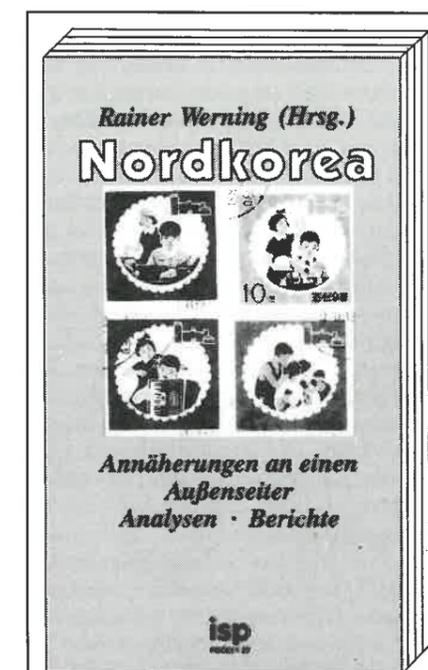
Länder wie Surinam, Iran, Jamaika, die

Jungferneinseln, Indonesien, Senegal oder Dschibuti, um nur einige zu nennen, zeigten den „Großen“ damit, daß in Zukunft mehr und mehr mit ihnen zu rechnen ist. So war es denn auch nicht verwunderlich, daß es gerade Sportlern aus Ländern der Dritten Welt gelang, mit ihren Leistungen Maßstäbe zu setzen.

Allen voran sei hier der türkische Gewichtheber Naim Suleymanoglu genannt, der im Federgewicht souverän Goldmedaillengewinner wurde und dabei sage und schreibe sechs neue Weltrekorde stemmte. Oder Anthony Nesty aus Surinam, der im Schwimmen die 100-Meter-Schmetterling-Distanz gewann.

Geradezu dominierend waren auch die Leistungen der Läufer aus Afrika in allen Langstreckendisziplinen der Leichtathletik. Insbesondere die Läufer aus Kenia stellten erneut unter Beweis, daß an ihnen so schnell keiner vorbeikommt. Insgesamt standen vier Läufer aus diesem Land auf dem Siegereppchen.

Bleibt abschließend noch die Frage zu beantworten, was diese XXIV. Olympischen Sommerspiele denn nun der Bevölkerung Südkoreas gebracht haben. Die treffendste Antwort darauf gab Herr Chang, Sprecher der Seouler Armensiedlung Socho-Dang: „Die Olympischen Spiele sind für uns so etwas wie ein gemalter Reiskuchen: Schön anzuschauen, aber unsere Notlage lösen sie nicht.“



**Erhältlich im Buchhandel
oder direkt beim Verlag:**

isp-Verlag GmbH · Postfach 11 10 17
D-6000 Frankfurt/M. 1
176 Seiten · 19,80 DM
ISBN 3-88332-151-6

Dieter Deiseroth

US-Basen in der Bundesrepublik und Interventionen außerhalb des NATO-Gebietes

Während in Bonn eine geräuschvolle Diskussion über die Beteiligung der Bundeswehr an UN-Truppen die Szene beherrscht, scheint der vorausgegangene Streit um den Einstieg bundesdeutscher Streitkräfte im Rahmen der NATO bei deren Einsätzen an der „Südflanke“ aus dem Blickfeld gerückt. Dabei hatte Verteidigungsminister Rupert Scholz (CDU) zur Jahresmitte die Mittelmeerpräsenz der Bundesmarine, welche Ersatzdienste für die in den Persischen Golf verlegten US-Kriegsschiffe übernahm, bis Ende 1988 verlängert. Dabei hatten CDU/CSU-Spitzenpolitiker wie A. Dregger, M. Wörner oder M. Geiger für den künftigen Bundeswehreininsatz auch im Persischen Golf plädiert. Damit nicht genug: Kaum hatte M. Wörner in Brüssel sein Amt als NATO-Generalsekretär angetreten, wurde ein weiterer Fakt der vermehrten BRD-Interventionsbeteiligung im Bündnis geschaffen: Der Bundeswehrgeneral Heinrich Carsten wird ab Januar 1989 als erster Bundesdeutscher in die Rolle des Kommandeurs der „Schnellen Eingreiftruppe“ der NATO schlüpfen. Diese ist für Einsätze an der Nord- und Südflanke (Mittelmeer, Naher und Mittlerer Osten) vorgesehen.

Die bundesdeutsche Interventionsbeteiligung in Gebieten außerhalb des eigentlichen NATO-Geltungsbereichs hat freilich eine längere Vorgeschichte und zwei Seiten. Die eine Seite betrifft die Bonner Verpflichtung, den auf die mittelöstliche Ölregion ausgerichteten US-Eingreiftruppen für Kampfeinsätze Hilfestellung zu leisten. Entsprechende Verpflichtungen ging Bonn im Jahr 1982 mit dem „Wartime Host Nation Support“-Abkommen (WHNS), d.h. dem Abkommen zur Unterstützung durch die Aufnahmestation in Krise oder Krieg, und in der bundesdeutsch-amerikanischen Fassung der neuen Kampfdoktrin der US-Armee „AirLand Battle 2000“ (siehe Wortlaut und Einschätzungen in AIB-Sonderheft 2/1984) ein. Die kürzlich erschienene Studie des Informationsbüros für Friedenspolitik „D. Deiseroth, US-Basen in der Bundesrepublik. Stationierungsrechte und Interventionen außerhalb des NATO-Gebietes“, 99 S., 12,80 DM (ibf, Postfach 1308, 8130 Starnberg) bilanziert, inwieweit sich die US/NATO-Interventionssteuerung von bundesdeutschem Boden aus mittlerweile eingebürgert hat. Die andere Seite betrifft den unter Waffenbrüdern vorherrschenden Trend, den Geltungsbereich der NATO generell auszuweiten. Eine im Mai d.J. vorgelegte Studie eines Präsidiums Ausschusses der Nordatlantischen Versammlung, „Die NATO in den 90er Jahren“ (Ausschnitte siehe Kasten) bekräftigt diesen Trend, ja gibt die Gesamtregion Naher Osten und Persischer Golf als vordringliches Zielgebiet an. Die Studie gehört zu den Orientierungshilfen für die bevorstehende Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung, des Parlamentariergremiums der NATO, welche vom 13.-18. November d.J. in Hamburg stattfinden wird.

In einer Antwort auf eine „Kleine Anfrage“¹ im Bundestag stellte die Bundesregierung im August 1987 fest, es bestehe „Übereinstimmung“ zwischen ihr und der Regierung der USA, „daß militärische Maßnahmen, die vom Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ausgehen und Gebiete außerhalb des NATO-Gebietes betreffen, nur mit Zustimmung der Bundesregierung vorgenommen werden dürfen“. Sie, die Bundesregierung, habe „ihre Auffassung hierzu gegenüber

den USA deutlich gemacht“.

Den USA sei daher nicht nur der Rechtsstandpunkt der Bundesregierung, sondern auch seine Begründung im einzelnen bekannt. Die USA hätten „zu keiner Zeit den Standpunkt der Bundesregierung in Zweifel gezogen“.² Daher seien „besondere Vorkehrungen oder Regelungen“ für den Fall der Planung und Durchführung „nationaler Aktionen“ von US-Streitkräften vom Boden der Bundesrepublik Deutschland aus in Ge-

biete außerhalb des Geltungsbereichs des NATO-Vertrages nicht erforderlich.³

Damit bestätigte die Bundesregierung offiziell und ausdrücklich, daß „nationale Aktionen“, d.h. „militärische Maßnahmen (der USA) ... vom Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ausgehen und Gebiete außerhalb des NATO-Gebietes betreffen“ können.⁴

Bereits z.Z. des Vietnam-Krieges (1964-73; d. Red.) war in Kreisen der Vietnam-Kriegsgegner immer wieder der Verdacht geäußert worden, in der Bundesrepublik gelegene US-Militäreinrichtungen würden in die Logistik der Kriegsoptionen in Süd-Ost-Asien einbezogen.⁵ Die bundesdeutsche Öffentlichkeit hatte von diesen Fragen freilich kaum Notiz genommen, zumal die deutschen Regierungsstellen in ihrer ungebrochenen Loyalität zum Hauptverbündeten USA zu kritischen Nachfragen keine Veranlassung sahen.

Erstmals im Zusammenhang mit dem israelisch-arabischen Yom-Kippur-Krieg im Jahr 1973 wurde die Einbeziehung des Territoriums der Bundesrepublik in militärische Konflikte außerhalb des „NATO-Gebietes“ zu einem brisanten Thema zwischen den Regierungen der USA und der Bundesrepublik, das Kontroversen auslöste.⁶ (...)

Diplomatische Anstrengungen beider Seiten führten jedoch bald wieder zu einer Beilegung der Meinungsverschiedenheiten⁷, die das versuchte stillschweigende Verbringen von US-Kriegsmaterial aus der Bundesrepublik in den Mittleren Osten ausgelöst hatte, und ließen das Interesse an den dadurch aufgeworfenen Fragen abebben.

Vorfälle und Ereignisse der letzten Jahre haben die Diskussion hierüber neu belebt, vor allem im Zusammenhang mit der NATO-weiten Debatte um eine Erweiterung des „Aufgabenbereiches der NATO“, d.h. eine veränderte „Arbeitsteilung“ (burdensharing) zwischen den USA und ihren Verbündeten bei Konflikten etwa im Nahen Osten oder in anderen Krisengebieten (außerhalb des in Art. 5 und 6 NATO-Vertrag definierten „NATO-Gebietes“).⁸

Wir können hierzu etwa auf die kontro-

versen Diskussionen hinweisen, die der Abschluß und die Umsetzung des deutsch-amerikanischen WHNS-Abkommens vom 15. April 1982⁹, vor allem aber die Äußerungen des (damaligen) US-Oberbefehlshabers in Europa, Bernard Rogers, auslösten, die Luftangriffe der US-Streitkräfte auf Libyen am 14./15. April 1986 seien vom US-Hauptquartier (USEUCOM) in Stuttgart-Vaihingen aus „vorbereitet“ und „gesteuert“ worden.¹⁰ Die besondere Brisanz der Frage, unter welchen Voraussetzungen die in der Bundesrepublik



Neuer NATO-Generalsekretär Wörner im Brüsseler Hauptquartier

gelegenen US-Militärbasen auch im Zusammenhang mit militärischen Einsätzen der US-Streitkräfte außerhalb des im NATO-Vertrag fixierten „NATO-Gebietes“⁸, also für „Nicht-NATO-Zwecke“, genutzt werden dürfen, wird durch den offenbaren Widerspruch unterstrichen, der zwischen den offiziellen Erklärungen der Bundesregierung und der realen zwischenstaatlichen Praxis besteht.

So erfuhr die Öffentlichkeit aus dem Bericht der von US-Präsident Reagan eingesetzten TOWER-Kommission zur Untersuchung der Iran-Contra-Affäre im Februar 1987, daß die USA 500 TOW-Panzerabwehrraketen über den US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein i.d. Pfalz an den Iran geliefert haben. Die Bundesregierung bestätigte am 19. Mai 1987 durch den Staatsminister im Auswärtigen Amt, Helmut Schäfer, diesen Bericht.⁹ (...)

Mit anderen Worten: Während die Bundesregierung im Bundestag wiederholt erklärte, für sie stehe „außer Zweifel, daß nationale Aktionen von US-Streitkräften vom Boden der Bundesrepublik Deutschland aus in Gebiete außerhalb

des Geltungsbereichs des NATO-Vertrages nur mit ihrer Zustimmung vorgenommen werden“¹², war sie tatsächlich sowohl im Jahre 1973 bei der versuchten Verschiffung von US-Panzern nach Israel als auch im Jahre 1986 bei der Lieferung der TOW-Panzerabwehrraketen über den Luftwaffenstützpunkt Ramstein an den Iran nicht einmal davon unterrichtet worden, daß vom Boden der Bundesrepublik aus US-Kriegswaffen in Kriegsgebiete außerhalb des „NATO-Gebietes“ verbracht werden sollten und wurden.¹³ Vorab sei jedoch in Erinnerung gerufen und festgehalten, daß die Forderungen nach einer Erweiterung des „Aufgabenbereiches des NATO“ und nach einem damit einhergehenden verstärkten (u.U. auch militärischen) Engagement der Bundesrepublik im Falle von Konflikten, die außerhalb des „NATO-Gebietes“ stattfinden, nicht allein jenseits des Atlantiks, also in den USA, sondern gerade auch in der Bundesrepublik entwickelt und erhoben worden sind¹⁴ und werden¹⁵. (...)

Zusammenfassung und Schlußfolgerungen:

1. Aufgrund einer speziellen Regelung im Aufenthaltsvertrag (Art. 1 Abs. 4) dürfen amerikanische Streitkräfte das Territorium der Bundesrepublik „auf dem Wege nach oder von irgendeinem Mitgliedstaat“ der NATO jederzeit ohne vorherige ausdrückliche Zustimmung der Bundesregierung betreten, durchqueren oder verlassen.

Eine ausdrückliche Regelung für das Betreten, Durchqueren oder Verlassen des Bundesgebietes „auf dem Wege nach oder von“ irgendeinem Nicht-NATO-Mitgliedstaat enthält der Aufenthaltsvertrag nicht.

2. Aufgrund NATO-interner Absprachen dürfen Kampftruppen (nebst Waffen und Ausrüstung) der Land-, Luft- oder Seestreitkräfte der NATO-Mitgliedsstaaten ohne vorherige Zustimmung der Bundesregierung das Territorium der Bundesrepublik für militärische Aktionen gegen außerhalb der Bundesrepublik gelegene Ziele jederzeit nutzen, sofern diese „Einsätze ... im Rahmen der NATO-Bündnisverpflichtung und der räumlichen Grenzen des NATO-Bündnisses“ erfolgen.

3. Die im Deutschlandvertrag verankerten alliierten Vorbehaltsrechte stellen keine Rechtsgrundlage dar, um die Einbeziehung von in der Bundesrepublik gelegenen US-Militär-Basen in Militärfaktionen außerhalb des „NATO-Gebietes“ zu rechtfertigen.

4. Der Oberbefehlshaber der NATO in Europa (SACEUR; Hauptquartier SHAPE in Mons/Belgien) ist personell identisch mit dem US-Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa (CIN-

CEUR; Hauptquartier USEUCOM in Stuttgart-Vaihingen). Der Zuständigkeitsbereich des US-Oberbefehlshabers (CINCEUR) reicht geographisch über den des NATO-Oberbefehlshabers (SACEUR) hinaus und umfaßt außer Europa die Anrainer-Staaten des Mittelmeeres einschließlich Israel, Libanon und Syrien.

Die in der Bundesrepublik und in Europa stationierten US-Streitkräfte unterliegen, soweit sie nicht zu den speziellen Kräften der NATO-Luftverteidigung und NATO-Luftraumüberwachung, den integrierten Stäben der militärischen Hauptquartiere der NATO, den Ständigen Seestreitkräften der NATO (STANAVFORANT) und dem Beweglichen Eingreifverband Land der NATO (AMF) gehören, der Befehlsgewalt der US-Oberbefehlshaber und US-Kommandobehörden. Sie können damit jederzeit auf dem „nationalen Kommandostrang“ zu Einsätzen außerhalb des „NATO-Gebietes“ befohlen werden. Auch nach dem Inkrafttreten des „operational command“ nach dem NATO-Alarmssystem können sie aufgrund freier Entscheidung der US-Regierung aus der militärischen NATO-Integration herausgenommen und zu Einsätzen „out of area“ disloziert werden.

5. Innerhalb der ihnen zur ausschließlichen Benutzung überlassenen Liegenschaften in der Bundesrepublik können die US-Streitkräfte grundsätzlich allein und ausschließlich darüber entscheiden, was sie im Einzelfalle „zur befriedigenden Erfüllung ihrer Verteidigungspflichten“ für erforderlich und zweckmäßig halten und was nicht (Art. 53 Abs. 1 ZA-NTS = NATO-Vertrag; d. Red.). (...)

6. Seit dem 5. Mai 1955 übt grundsätzlich die Bundesrepublik durch ihre Organe die Gebietshoheit über ihr Staatsgebiet aus. Bei der Ausübung ihrer Gebietshoheit hat sie die Personalhoheit der USA (und der anderen Stationierungsstaaten) über die im Bundesgebiet stationierten Streitkräfte zu beachten; hoheitlicher Zwang darf gegen die Stationierungstreitkräfte durch Organe oder Behörden der Bundesrepublik nicht ausgeübt werden („Staatenimmunität“).

7. Der NATO-Vertrag normiert eine (inhaltlich nicht näher bestimmte) Beistandspflicht im Falle eines bewaffneten Angriffs auf Territorien, Schiffe oder Flugzeuge von NATO-Mitgliedstaaten innerhalb des in Art. 6 NATO-Vertrag definierten Gebietes („NATO-Gebiet“); für den Eintritt des Bündnisfalles ist also die räumliche Begebenheit des Angriffsobjektes maßgebend.

Die Frage hinsichtlich der geographischen Gebiete, innerhalb deren die Beistandshandlungen der NATO-Vertragsparteien (im Bündnisfall) erfolgen, ist im NATO-Vertrag offen gelassen worden.

Die NATO in den 90er Jahren

Sonderbericht des Ausschusses der Nordatlantischen Versammlung

Ebenso regelt der NATO-Vertrag den Fall nicht, wenn eine Vertragspartei außerhalb des im NATO-Vertrag definierten „Vertragsgebietes“ (z.B. im Persischen Golf operierende Schiffe oder Flugzeuge) angegriffen wird und sich für die anderen Vertragspartner die Frage stellt, ob sie – obwohl sich aus dem NATO-Vertrag hierzu keine Verpflichtung ergibt – „militärische Hilfestellung“ innerhalb oder außerhalb des im NATO-Vertrag definierten Gebietes gewähren wollen.

8. Erfolgen US-Militäreinsätze vom Boden der Bundesrepublik aus gegen dritte Staaten, ohne daß ein „bewaffneter Angriff“ i.S. des Art. 51 UN-Charta auf die USA oder einen Bündnispartner vorausgegangen ist, handelt es sich um einen völkerrechtswidrigen Akt, der gegen Art. 1 und 2 UN-Charta und damit zugleich auch gegen Art. 1 NATO-Vertrag verstößt.

Würde die Bundesrepublik es in einem solchen Falle dulden, daß auf ihrem Territorium gelegene Einrichtungen wie Häfen, Flughäfen, Flugplätze, militärische Hauptquartiere etc. von den US-Land-, Luft- oder Seestreitkräften dazu genutzt werden, um völkerrechtswidrige Militäreinsätze – in welcher Form auch immer – zu unterstützen, beginge die Bundesrepublik selbst eine völkerrechtswidrige Aggressionshandlung. (...)

9. Auch wenn nach dem Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut (Art. 53 Abs. 4 ZA-NTS i.V. mit Abs. 6 des Unterzeichnungsprotokolls) deutsche Behörde alle „zur Wahrnehmung deutscher Belange erforderlichen Maßnahmen“ innerhalb der den US-Streitkräften überlassenen Liegenschaften durchführen dürfen und zu diesem Zweck die Liegenschaften jederzeit betreten können, kann damit per se nicht sichergestellt werden, daß die zuständigen deutschen Stellen – ein entsprechendes Informationsbedürfnis unterstellt – rein faktisch (auch im Vorhinein) Informationen über alle oder auch nur die wesentlichen innerhalb der Liegenschaften geplanten oder getroffenen Maßnahmen der US-Streitkräfte erhalten. (...)

10. Nach Art. 57 Abs. 1 ZA-NTS sind die US-Streitkräfte (wie auch die anderen Stationierungstreitkräfte) in der Bundesrepublik berechtigt, „mit Land-, Wasser- und Luftfahrzeugen die Grenzen der Bundesrepublik zu überqueren sowie sich in und über dem Bundesgebiet zu bewegen“. Sie sind grundsätzlich weder verpflichtet, bei Verlassen der ihnen zur ausschließlichen Nutzung überlassenen Liegenschaften (Waffendepots, Flugplätze, Kasernengelände, Truppenübungsplätze etc.) deutsche Kontrollen zu passieren noch deutschen Stellen in anderer Weise Kenntnis von ihren Trans-

Bedrohungen der Sicherheit außerhalb des Geltungsbereichs der NATO
Meinungsunterschiede in Sicherheitsproblemen, welche sich außerhalb des durch den Nordatlantikvertrag abgedeckten Gebiets ergeben, bergen in sich das Potential für schwerwiegende politische Probleme innerhalb des Bündnisses. (...)

Die Bündnispartner sollten ihre Konsultation und ihre Zusammenarbeit auf jeder Ebene intensivieren um sicherzustellen, daß soweit nur eben möglich in Sicherheitsfragen außerhalb des NATO-Gebiets komplementäre Ansätze gewählt werden. Allerdings wurde die NATO nicht für die Behandlung derartiger Probleme konzipiert, und so sollten in diesen Prozessen auch andere Demokratien nach westlichem Muster einbezogen werden. Daher sollte ein neuer Rahmen für Konsultationen und Sicherheitsplanung nach dem Modell einer „Westlichen Arbeitsgruppe über globale Sicherheitsfragen“ getrennt von der NATO errichtet werden, in dem die NATO-Staaten und Japan zusammenarbeiten und der auch für andere westliche Länder offenstehen sollte, die sich anzuschließen wünschen. (...)

Das strategische Konzept der NATO

Die Herausforderungen Die sowjetische Militärmacht

Die Herausforderungen, vor die sich das strategische Konzept der NATO gestellt sieht, ähneln in mancherlei Weise denjenigen, mit denen die NATO in ihrer gesamten Geschichte zu tun hatte. Der wichtigste, kontinuierlich fortbestehende Faktor liegt hierbei in der massiven Militärpräsenz der Sowjetunion, einschließlich ihrer Nuklear- und chemischen Waffen sowie konventionellen Streitkräften, innerhalb Trefferreichweite von den westeuropäischen Ländern.

Es gibt im Westen keinen Konsens über die richtige Interpretation des Gleichgewichts zwischen den Streitkräften der NATO und des Warschauer Pakts. Nach nahezu allen Kriterien sind die Streitkräfte der Sowjetunion und ihrer Verbündeten im Warschauer Pakt zahlenmäßig denen der NATO überlegen. (...)

Die diplomatischen Initiativen der Sowjetunion

Die Sowjetunion hat unter Führung von Generalsekretär Mikhail Gorbatschow ihr Interesse an Maßnahmen zum Abbau der militärischen Konfrontation in Europa erklärt und eingeräumt, daß das Militärgleichgewicht in Europa „Asymmetrien“ aufweist. Die Annahme, er könne in diesem Bereich u.U. flexibler sein als seine Vorgänger, hat breite Kreise in Westeuropa davon überzeugt, daß die Sowjetunion harmlose Absichten verfolgt und Gorbatschow beim Wort genommen werden kann. Diese Kombination aus einer nach wie vor massiven Militärmacht der Sowjets und einem stark überzeugenden politischen und diplomatischen Vorgehen gegenüber dem Westen bedeutet eine einzigartige Herausforderung an die westliche Führung.

Die Fragen im Zusammenhang mit den Nuklearwaffen werfen besondere Probleme auf. (...)

Die Sowjetunion versteht, wie tief im Westen die öffentliche Unruhe aufgrund der Atomwaffen sitzt, und strebt seit Jahren nach einer Denuklearisierung Europas als eines ihrer wichtigsten nationalen Sicherheitsziele. Der Westen steht vor dem Dilemma, wie er einer-

seits der diplomatischen Herausforderung gerecht werden und tatsächliche Möglichkeiten und Chancen einer Ost-West-Kooperation nutzen und doch gleichzeitig eine Verteidigungsposition aufrechterhalten kann, durch die die Sicherheit des Westens auch weiterhin gewährleistet ist.

Herausforderung jenseits des NATO-Gebiets
Eine weitere, seit ungefähr 10 Jahren deutlicher hervortretende Herausforderung an die Sicherheit des Westens liegt in der Tatsache begründet, daß die Interessen des Westens in zahlreichen Fällen durch einen Verlust an Stabilität und durch Feindseligkeiten außerhalb des durch den Nordatlantikvertrag erfaßten Gebiets bedroht werden.

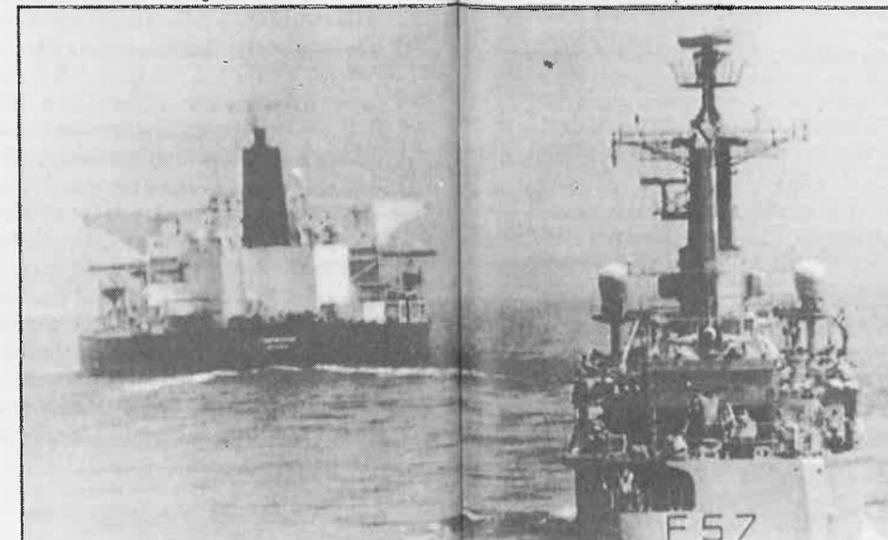
Die NATO wurde nicht konzipiert, um mit derartigen „gebietsfremden“ Problemen zuzugehen, und die Bemühungen um ein einheitliches Vorgehen des Westens bei derartigen Problemen werden durch abweichende Auffassungen von Amerikanern und Europäern bezüglich der Wurzeln derartiger gebietsfremder Sicherheitsprobleme und bezüglich der geeigneten politischen Maßnahmen noch weiter kompliziert. Die Region des Nahen Ostens ist für die Sicherheit des Westens aufgrund ihrer strategischen Bedeutung und der Abhängigkeit des Westens von den Energiequellen in dieser Region von besonderer Bedeutung. Aber auch in anderen Regionen wie in Afrika, Lateinamerika, Asien, im Pazifik und in den Polarregionen, schlagen Entwicklungen auf die Sicherheitsinteressen des Westens durch.

Die Reaktion der NATO Strategie und Doktrinen

Das Kernstück der NATO-Politik liegt in der Abschreckung vor Bedrohungen gegen die Sicherheit des Westens. (...)

Die NATO-Verbündeten befanden im Jahre 1967, daß eine Doktrin der flexiblen Antwort die beste Möglichkeit biete, militärische und politische Bedrohungen durch den Warschauer Pakt abzuwehren. Gemäß der Doktrin würde das Bündnis sich bereithalten, jedem Angriff auf jeder beliebigen Stufe mit den entsprechenden, konventionellen oder nuklearen Mitteln zu begegnen und die Eskalationsstufe zu erhöhen, wenn eine Beendigung des Konflikts dies erfordern sollte. (...) Mit der Verabschiedung der flexiblen Antwort blieb die Verpflichtung zum Aufbau einer Vorwärtsverteidigung an den Grenzen der NATO zu den Ländern des Warschauer Pakts ein bedeutsames Symbol für den Zusammenhalt des Bündnisses und die Absicht, die territoriale Integrität aller seiner Mitglieder zu verteidigen.

Öltanker und britische Fregatte beim Einsatz im Golf



Darüber hinaus bleibt die Vorwärtsstationierung von Streitkräften aus vielen verbündeten Nationen, insbesondere aus den Vereinigten Staaten, ein bedeutsames Symbol für den politischen und strategischen Zusammenhalt des Bündnisses. Die Vorwärtsstationierung von alliierten Verbänden in der Bundesrepublik Deutschland weist ausdrücklich den Gedanken einer Einzigartigkeit der Bundesrepublik zu rück und sichert die Verknüpfung zwischen der Sicherheit Westeuropas und derjenigen Nordamerikas. (...)

Gleichzeitig dürfen die Verbündeten die Notwendigkeit nicht aus den Augen verlieren, ihre Verteidigung im Norden und Süden der Zentralregion zu verbessern. (...) Die südliche Region der NATO ist von gleicher strategischer Bedeutung für das Bündnis, wenn man Faktoren berücksichtigt wie die Seepräsenz der Sowjets im Mittelmeer, die äußerst engen militärischen Beziehungen zwischen Feindseligkeiten im Süden und solchen in der Zentralregion, die Nähe des unruhigen Nahen Ostens und die Abhängigkeit der NATO-Verbündeten von den Energiequellen im Nahen Osten und im Persischen Golf. (...)

Sicherheitsprobleme außerhalb des Geltungsbereichs der NATO

Im Hinblick auf Sicherheitsprobleme, welche sich außerhalb des NATO-Gebiets ergeben, empfiehlt sich ebenfalls ein pragmatisches und realistisches Vorgehen.

In der ganzen Geschichte der NATO haben Sicherheitsprobleme außerhalb des NATO-Gebiets immer wieder zu tiefgreifenden Meinungsunterschieden zwischen den Bündnispartnern geführt. Die unterschiedlichen historischen Erfahrungen und militärischen Möglichkeiten der NATO-Partner führten zu einer breiten Vielfalt unterschiedlicher Standpunkte in Sicherheitsfragen, die ihren Ursprung außerhalb des NATO-Gebiets nahmen.

Die NATO hatte niemals Aufgaben außerhalb des Vertragsgebietes, und zwar anfangs, da die Vereinigten Staaten eine Definition der Verpflichtungen der NATO innerhalb enger geographischer Grenzen vorzogen, und andererseits in den zurückliegenden Jahren, da die europäischen Bündnispartner nicht bereit waren, das Verteidigungsengagement der NATO jenseits ihrer eigenen Ressourcen bzw. ihrer innenpolitischen Perspektiven auszuweiten. Im Gegensatz zur landläufigen Auffassung hat das Bündnis allerdings Probleme außerhalb des NATO-Gebiets niemals gänzlich ignoriert.

Die Alliierten arbeiteten mit den verschieden-

sten Konsultationsmechanismen, die sich aus den Ausschüssen und Konferenzen der NATO heraus anbieten, um den Dialog über Bedrohungen gegen die Sicherheit des Westens außerhalb des NATO-Gebiets fortzuführen. Diese Bemühungen wurden als Reaktion auf verschiedene Entwicklungen wie die Instabilität im Persischen Golf, die Präsenz der Sowjets in Afghanistan und die Lage im Libanon von Fall zu Fall intensiviert. Großbritannien und Frankreich haben z.B. bereits seit vielen Jahren Seeverbände in der Gegend des Persischen Golfs stationiert.

Im Jahre 1987 entsandten Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien und die Niederlande sowie die Vereinigten Staaten zusätzliche Seeverbände in den Persischen Golf, um damit deutlich zu erkennen zu geben, daß sie in der Instabilität der dortigen Region eine Bedrohung gegen die Interessen des Westens sahen. Westdeutschland entsandte Seeverbände in das Mittelmeer, um zu einem Ausgleich für die Entsendung italienischer Einheiten vom Mittelmeer in den Persischen Golf beizutragen.

Diese europäischen Anstrengungen waren zwar nicht innerhalb der NATO koordiniert, jedoch teilweise durch Konsultationen im Rahmen der Westeuropäischen Union organisiert worden. Die entsandten Kriegsschiffe verblieben unter nationaler Befehlsgewalt, wobei die in dieser Region operierenden westlichen Einheiten eine formlose Zusammenarbeit und Kommunikation pflegten.

Diese Ansätze von informeller, bilateraler Kooperation haben sich im Sinne der Interessen des Westens bewährt. Auch für andere sicherheitsrelevante Problemsituationen außerhalb des NATO-Gebiets könnte dieser Ansatz gewählt werden.

Allerdings ist es von großer Bedeutung für die Konsultationen des Westens sovielle Kanäle offenzuhalten wie nur eben möglich. Meinungsunterschiede in Sicherheitsfragen, die außerhalb des Geltungsbereichs der NATO entstehen, bergen in sich das Potential größerer politischer Konflikte im Bündnis. (...)

Die Bündnispartner sollten ihre Konsultation und ihre Zusammenarbeit auf jeder Ebene intensivieren um sicherzustellen, daß soweit nur eben möglich in Sicherheitsfragen außerhalb des NATO-Gebiets komplementäre Ansätze gewählt werden. Allerdings wurde die NATO nicht für die Behandlung derartiger Probleme konzipiert, und so sollten in diesen Prozessen auch andere Demokratien nach westlichem Muster einbezogen werden. Daher sollte ein neuer Rahmen für Konsultationen und Sicherheitsplanung nach dem Modell einer „Westlichen Arbeitsgruppe über globale Sicherheitsfragen“ getrennt von der NATO errichtet werden, in dem die NATO-Staaten und Japan zusammenarbeiten und der auch für andere westliche Länder offenstehen sollte, die sich anzuschließen wünschen.

Der Zweck dieser Arbeitsgruppe wäre hauptsächlich im Rahmen von Konsultationen zu sehen: Gespräche über globale Sicherheitsprobleme, einschließlich des Staatsterrorismus, in all ihren politischen, wirtschaftlichen und militärischen Dimensionen sowie Beratung und Prüfung der verschiedensten Eventualfälle, die sich entwickeln könnten. Die Entscheidung zum Eingreifen in derartigen Situationen allerdings sollte den einzelnen Staaten unabhängig vorbehalten sein, und die Zusammenarbeit sollte auf bilateraler, zwischenstaatlicher Basis organisiert werden. (...)

portbewegungen auf öffentlichen Straßen, Gewässern und im Luftraum zu geben (Sonderregelungen bestehen für Manöver).

Allerdings ergibt sich aus Art. 3 ZA-NTS die Verpflichtung der Stationierungstreitkräfte, bei Transporten und Verkehrsbewegungen dieser Art mit den zuständigen deutschen Behörden „eng“ zusammenzuarbeiten und die Informationen und Nachrichten regelmäßig auszutauschen „die für diese Zwecke von Bedeutung sind“.

Weder aus dem NATO-Vertrag noch aus dem NATO-Truppenstatut und dessen Zusatzabkommen ergibt sich jedoch ausdrücklich und unmißverständlich, daß die Bundesregierung oder andere deutsche Stellen in jedem Einzelfalle konsultiert werden müssen, ehe Transporte von Truppen oder militärischer Güter mit Land-, Wasser- oder Luftfahrzeugen der US-Streitkräfte vom Territorium der Bundesrepublik in Bereiche außerhalb des „NATO-Gebietes“ vorgenommen werden sollen.

Seit den Beschlüssen vom Mai und Dezember 1981 im NATO-Rat und im NATO-Verteidigungsplanungsausschuß, die völkerrechtlich an sich lediglich Empfehlungen darstellen, muß die Bundesregierung zudem damit rechnen, daß sich die US-Regierung bzw. die US-Streitkräfte bei Militärtransporten von amerikanischen Basen in der Bundesrepublik aus in Gebiete außerhalb des „NATO-Gebietes“ auf die Zusage der Bundesregierung beruft, „Dislozierungen außerhalb des NATO-Gebietes zur Förderung der lebenswichtigen Interessen aller zu erleichtern“.

Solange die US-Militär-Transportbewegungen in der Bundesrepublik faktisch allein der Operationsfreiheit der US-Streitkräfte unterliegen und solange keine eindeutigen und kontrollierbaren völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und den USA über wirksame Informations-, Konsultations- und Kontrollrechte der zuständigen deutschen Organe bestehen, spricht vieles dafür, daß die unterbliebene Konsultation der Bundesregierung durch die US-Regierung etwa in den Fällen des Yom-Kippur-Krieges 1973 und der Lieferung von US-Panzerabwehrraketen in den Iran über den Luftwaffenstützpunkt Ramstein i.d. Pfalz kein vereinzelter oder gar einmaliger Vorgang war.

Die Gefahr einer Fortsetzung dieser zwischenstaatlichen Praxis besteht fort, solange

(1) die zitierten NATO-Beschlüsse vom Mai und Dezember 1981 (NATO-Rat und DPC) über die „Erleichterung“ von Dislozierungen „außerhalb des NATO-Gebietes“ als gemeinsame Handlungsbasis aufrechterhalten oder gar fortent-

wickelt werden und (2) ein völkerrechtlich verbindliches Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik und den USA fehlt, in dem unmißverständlich und bei Vereinbarung entsprechender Kontrollmechanismen festgeschrieben ist, daß militärische Maßnahmen der US-Streitkräfte, die vom Boden der Bundesrepublik ausgehen oder auf dem Territorium der Bundesrepublik gelegene Einrichtungen einbeziehen und Gebiete außerhalb des „NATO-Gebietes“ (Art. 5 und 6 NATO-Vertrag) betreffen, in keinem Falle ohne vorherige Konsultation und Zustimmung der Bundesregierung vorgenommen werden dürfen.

11. Verletzt die Bundesrepublik wesentlich die ihr obliegende Pflicht, nicht zu dulden, daß ihr Territorium für völkerrechtswidrige Handlungen gegen die Rechte anderer Staaten benutzt wird, handelt sie in jedem Falle selbst völkerrechtswidrig und begeht ein völkerrechtliches Delikt, für das sie völkerrechtlich verantwortlich ist und haftet. Sie muß sowohl mit Schadenersatzansprüchen als auch mit militärischen Gegenmaßnahmen rechnen. (...)

12. In welcher Weise in der Bundesrepublik gelegene US-Basen in militärische Aktionen außerhalb des „NATO-Gebietes“ einbezogen werden (können), hängt zu einem nicht unerheblichen Teil davon ab, inwieweit es einer kritischen Öffentlichkeit gelingt, Vorbereitung und Durchführung solcher Aktionen frühzeitig publik und einer breiten öffentlichen Diskussion zugänglich zu machen. Nicht-Wissen und Nicht-Diskussion stabilisieren Dunkel- und Grauzonen, die wichtige Voraussetzungen für den „Erfolg“ derartiger Militärfaktionen sind.

13. Auch wenn die Organe der Bundesrepublik grundsätzlich – abgesehen vom Fall einer völkerrechtlich Repressalie – US-Streitkräfte mit hoheitlichem Zwang nicht daran hindern können, US-Basen in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit Militäreinsätzen außerhalb des „NATO-Gebietes“ zu nutzen, stehen ihnen doch zahlreiche Handlungsoptionen zur Verfügung:

- Nutzung der Informations- und Kontrollrechte innerhalb der den Stationierungsstreitkräften überlassenen Liegenschaften;
- nichtöffentliches und öffentliches Einwirken auf die Stationierungsstreitkräfte und deren Regierung;
- Nutzung der bestehenden Konsultations-Mechanismen;
- Anrufung des NATO-Rates;
- Revision von Bestimmungen des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut (z.B. Art. 57 und Art. 53 ZANTs);
- notfalls: Kündigung des NATO-Truppenstatuts (und des Zusatzabkommens

zum NATO-Truppenstatut) mit dem Ziel, einer Neuverhandlung einzelner Bestimmungen;

- Retorsion (völkerrechtsmäßige Selbsthilfemaßnahmen gegenüber den Stationierungsstreitkräften);
- und als letztes Mittel schließlich: Anwendung von (gewaltfreien) Repressalien durch die deutschen Behörden (auf Anweisung der Bundesregierung) zur Abstellung von offenkundigen Rechtsverletzungen durch die Stationierungsstreitkräfte.

Anmerkungen:

- 1) Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Ehmke u.a. der Fraktion der SPD, BT-Drucksache 11/654
- 2) Antwort der Bundesregierung vom 26. Aug. 1987, Bundestagsdrucksache 11/736, S. 3 (Antwort zu Frage 2.b); der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Dr. Timmermann hatte bereits auf eine frühere Anfrage des Abg. Dr. Ehmke am 19.12.86 geantwortet: „Unabhängig von dem WHNS-Abkommen ist es übereinstimmende Meinung zwischen den Bündnispartnern, daß Einsätze verbündeter Streitkräfte von dem Boden der Bundesrepublik Deutschland aus ohne Zustimmung der Bundesregierung nur im Rahmen der NATO-Bündnisverpflichtung und der räumlichen Grenzen des NATO-Bündnisses zulässig sind“, vgl. Bundestagsdrucksache 10/6772, Frage Nr. 70
- 3) Bundestagsdrucksache 11/736, S. 3
- 4) Bundestagsdrucksache 11/736, S. 3 (Antwort zu Frage 2.b, erster Absatz)
- 5) Zu völkerrechtlichen Aspekten des Vietnam-Krieges vgl. u.a. Frowein, ZaöRV 27, S. 1ff.; Falk, International Law and the United States role in the Vietnam War, in: The Yale Law Journal, Bd. 75 (1966), S. 1122ff.
- 6) Paul Frank, Entschlüsselte Botschaft 1985, S. 267
- 7) Vgl. Paul Frank, ebd., S. 269; allerdings erfuhr das Verhalten der damaligen Bundesregierung gegenüber der US-Regierung scharfe Kritik; der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Prof. Carstens, schrieb im Deutschland-Union-Dienst am 2. Jan. 1974, durch das Verhalten der Bundesregierung gegenüber den Vereinigten Staaten während des Nahost-Konflikts seien die Beziehungen zu diesem Land, wie befürchtet werden müsse, dauerhaft belastet worden; der Vorsitzende der CDU, Helmut Kohl, hatte am 29. Okt. 1973 erklärt, die Bundesregierung habe sich mit dem Verbot der Benutzung deutscher Flugplätze und Hafens außerhalb der westlichen Gemeinschaft gestellt, vgl. P. Frank, a.a.O., S. 269
- 8) In Art. 5 NATO-Vertrag haben die Parteien vereinbart, „daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird“. Als „bewaffneter Angriff auf eine oder mehrere Parteien i.S. des Art. 5“, der eine Beistandspflicht für jede Vertragspartei auslöst, wird in Art. 6 NATO-Vertrag „jeder bewaffnete Angriff – auf das Gebiet einer der Parteien in Europa oder Nordamerika – auf die algerischen Departments Frankreichs – auf die Besatzungsstreitkräfte einer Partei in Europa – auf die der Gebietshoheit einer Partei unterstehenden Inseln im nordatlanti-

schen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses

– oder auf die Schiffe und Flugzeuge einer der Parteien in diesem Gebiet“ definiert.

- 9) Zur Bedeutung des WHNS-Abkommens vgl. Deiseroth, Transitstelle Bundesrepublik? Wartime-Host-Nation-Support, NATO-Vertrag und Grundgesetz, Starnberg 1987, S. 9ff.
- 10) Vgl. Frankfurter Rundschau vom 21. April 1986; Welt am Sonntag vom 20. April 1986; Tageszeitung (Taz) vom 23. April 1986, S. 3; Nachrichtenredaktion des WDR vom 18. April 1986, 18.50 Uhr; persönliche Information des Verfassers durch Gesprächsteilnehmer.
- 11) Schreiben vom 19. März 1987, AZ: 011/300.16
- 12) Antwort der Bundesregierung vom 26. Aug. 1987, Bundestagsdrucksache 11/736, S. 3; Schreiben der Staatsministerin im Auswärtigen Amt Adam-Schwaetzer vom 14. April 1987, AZ: 011/300.16, S. 2; Staatssekretär Dr. Timmermann, Bundestagsdrucksache 10/6772 (zu Frage Nr. 70).
- 13) Vgl. Fußnote 12
- 14) So schlug im Jahre 1979 der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber Europa-Mitte, General Johann Adolf Graf Kielmansegg vor, die in Art. 6 NATO-Vertrag festgelegte Beschränkung des Bündnisfalles auf bewaffnete Angriffe im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses aufzuheben, um bewaffnete Angriffe auf Schiffe oder Flugzeuge einer der NATO-Vertragspartner im südatlantischen Gebiet oder im Mittleren Osten südlich des Wendekreises des Krebses in kollektiver Selbstverteidigung abwehren zu können, in: Europäische Wehrkunde 1979, S. 213ff., 265ff. (269); Alfred Dregger (CDU) forderte Anfang 1980 „den Ausbau einer militärischen Präsenz der NATO im Persischen Golf“, vgl. Frankfurter Rundschau vom 10.1.80; Manfred Wörner (CDU), der gegenwärtige Bundesverteidigungsminister und zukünftige NATO-Generalsekretär, hielt damals zwar den „Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Bereiches“ für „gegenwärtig unangebracht“, er forderte jedoch, daß die „Sicherung der Rohstoff- und Ölversorgung“ endlich zu einer „zentralen Aufgabe der NATO“ werden müsse; die Begrenzung des Aufgabenbereiches der NATO „auf Europa“ sei „überholt“, vgl. Frankfurter Rundschau vom 12. Jan. 1980.
- 15) Vgl. etwa die Äußerungen des außenpolitischen Beraters Bundeskanzler Kohls (Ministerialdirektor Horst Teltschik), der forderte, die Europäer müßten „darüber nachdenken, wie sie in stärkerem Maße internationale Verantwortung übernehmen können“; die Abstinenz der Bundesrepublik Deutschland bei Aufgaben zur internationalen Friedenssicherung sei auf die Dauer nicht durchzuhalten; auf die Frage, ob nicht das Grundgesetz den weltweiten Einsatz der Bundeswehr verbiete, sagte Teltschik: „Es gibt längst eine Diskussion unter den Experten, nach der die Interpretation des Grundgesetzes viel mehr Möglichkeiten zuläßt, als im Augenblick dargestellt wird. Aber es ist sicherlich bequemer, sich an eine Auslegung zu halten.“ (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Okt. 1987, S. 6, unter Hinweis auf das Interview Teltschiks mit der „Wirtschaftswoche“; vgl. ferner den Spiegel, Nr. 49 1987, S. 19ff.; FAZ vom 6. Okt. 1987, S. 6).

Heinz Dieterich

500 Jahre Eroberung Amerikas Die Sieger lassen sich feiern

Mit einem gigantischen Programm soll unter der Ägide Spaniens bis 1992 der 500. Jahrestag der Eroberung Amerikas begangen werden. Daß es dabei nicht um eine kritische Aufarbeitung der Geschichte geht, macht schon der offizielle Titel der Feierlichkeiten deutlich: „Fünfhundertster Jahrestag der Entdeckung Amerikas“. Heinz Dieterich, Professor an der Autonomen Universität in Mexiko-Stadt, analysiert die Ziele und Hintergründe dieser Kampagne. Er leitet ein kritisches Kulturprojekt lateinamerikanischer Künstler und Intellektueller, das für Gegeninformation sorgen will (siehe Kasten).

Am 12. Oktober 1992 jährt sich zum 500. Mal der Tag, an dem der Genuese Cristóbal Colón im Auftrag des spanischen Königshauses die vermeintliche Ostküste Indiens entdeckte und das Land zum Eigentum der europäischen Metropole erklärte.

300 Jahre dauerte der Kolonisierungsprozeß, in dem die Alte Welt die neue mit Feuer, Schwert und Evangelium nach ihren Interessen strukturierte, 15 Jahre dauerte der Befreiungskrieg. Erst 1925 fielen die letzten Bollwerke der spanischen Kolonie auf dem lateinamerikanischen Festland, noch später gar Kuba, die Philippinen und Puerto Rico (1898).

Mit dem Abzug der Spanier versank Lateinamerika in eine lange Phase der Bürgerkriege und nationalen Zersplitterung, aus der es erst 1860 in der uns heute bekannten Form vielfältig abhängiger und impotenter Nationalstaaten wiederauftauchte. Der lange Unabhängigkeitskrieg gegen das spanische Kolonialregime (1809-1825) hatte lediglich zur formalpolitischen Unabhängigkeit der Lateinamerikaner geführt. De facto war an die Stelle der spanischen Kolonialelite die einheimische, kreolische getreten, und die äußere Ausplünderung besorgten nun, an Stelle der Hispania magna, das britische Imperium und die Vereinigten Staaten. Die „zweite Befreiung“ Lateinamerikas, die reale Emanzipation, steht also noch aus. Innerhalb dieses geschichtlichen Kontextes steht jede Diskussion und alles praktische Handeln, welches heute in oder um Lateinamerika geführt wird. Damit auch der 500. Jahrestag der Entdeckung Amerikas. Die Art und Weise, wie er begangen und mit welchem Diskurs er durchgeführt werden soll, ist selbst Teil des ständigen Kampfes der Ideen, den die verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren um das Denken

der Massen führen.

Es ist daher nicht überraschend, daß die Nachfahren der „conquistadores“ in der Alten und Neuen Welt, vereint mit den übrigen Nutznießern der vergangenen und gegenwärtigen Ausbeutungsverhältnisse, bemüht sind, die Diskussion über den 500. Jahrestag der Eroberung Amerikas in Bahnen zu lenken, welche die Erkenntnis der Bedingungen lateinamerikanischer Emanzipation und Identität verhindern.

Zu diesem Zweck wurde bereits 1981 in Madrid eine Regierungskommission gebildet, die mit der Vorbereitung der Feiern begann. Unter der Führung der spanischen Sozialdemokratie (PSOE),

die seit 1982 die Modernisierung des Landes zu einer euro-kapitalistischen Macht vorantreibt, wurde das Projekt sehr schnell multinational. Heute sind 22 lateinamerikanische Staaten mit offiziellen Regierungskommissionen in einer „Ständigen Iberoamerikanischen Konferenz“ vertreten, deren Sekretariat in Madrid ist. Italien, die USA, Israel, die Bahamas und die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) haben „ständige Beobachterkommissionen“ entsandt.

Das organisatorische und ideologische Zentrum dieser gigantischen Bemühungen ist Spanien. Als Ehrenpräsident fungiert „Su Majestad el Rey“, Juan Carlos I. de Borbón. Exekutiv-Präsident ist der spanische Staatschef, Felipe Gonzáles.

Der offizielle Diskurs der spanischen Regierung definiert das Ereignis als „Fünfhundertster Jahrestag der Entdeckung Amerikas“ (Quinto Centenario del descubrimiento de América). Daß die Entdeckung Amerikas bereits dreißigtausend Jahre vorher durch über die

Fragment des Wandbildes „La Conquista“ von Diego Rivera



Kamtschatkahalbinsel und das Beringmeer eingewanderte Bevölkerungsgruppen – die in der Folge den Kontinent vom Polarkreis bis Patagonien besiedelten – erfolgt war, konnte die eurozentrische Ideologie der Lusitanier nicht als Widerspruch verstehen.

Auch die lateinamerikanischen Regierungen stürten sich nicht an der Geschichtsklitterung. Doch monierte Mexiko, daß die Entdeckung Amerikas schwerwiegende Folgen für die einheimischen Kulturen habe und daher der offizielle Titel eines kritischen Zusatzes bedürfe. Nach längerem diplomatischen Fingerhakeln in der Organisation Amerikanischer Staaten einigte man sich 1984 in Santo Domingo darauf, den Appendix „Begegnung zweier Welten“ (encuentro de dos mundos) als gleichberechtigten Zusatztitel zu gebrauchen.

Allerdings wird dieser euphemistische Zusatztitel, selbst in dieser harmlosen Form, in Spanien im allgemeinen nicht benutzt. Ungebrochen wird der imperiale und zugleich quijoteske Anspruch der „Entdeckung Amerikas“ in der Flut der offiziellen Werbe- und Propagandabroschüren verwirklicht, ohne daß von der Begegnung „zweier Welten“ die Rede wäre.

Ähnlich ungebrochen wie die Ideologie des Staates ist die der katholischen Amtskirche. In seiner Reise nach Spanien forderte Johannes Paul II. 1985 die Gläubigen auf, an den Feiern des „Fünfhundertsten Jahrestages der Evangelisation Amerikas“ teilzunehmen sowie eine zweite Evangelisation vorzubereiten, in der man hunderte Religiöser und Laien-Missionare nach Amerika schicken solle. Ebenso wurde kürzlich in Valladolid die „Dritte ekklesiastische Begegnung der Danksagung der Entdeckung und Evangelisation Amerikas“ abgehalten, die ein ausführliches Programm der Aktivitäten entwarf, die in diesem Zusammenhang realisiert werden sollen.

Es wäre naiv zu glauben, daß die großen finanziellen und organisatorischen Bemühungen Spaniens nur Ausdruck chauvinistischen Denkens sind. Vielmehr findet sich die raison d'être der herrschenden Gedanken in den realen Interessen jener politisch-ökonomischen Sektoren, welche seit 1982 die Geschicke des Landes bestimmen.

Für Felipe González und die PSOE ist der „Quinto Centenario“ nicht primär ein kulturpolitisches Ereignis, sondern eines der entscheidenden ideologischen Vehikel, um die Position Spaniens kontinental und international aufzuwerten. Innerhalb der EG ist Spanien aufgrund seiner geographischen Lage und relativ geringen wirtschaftlichen und demographischen Potenz eine sekundäre Macht, ähnlich wie Griechenland.

Die einzige Möglichkeit, diesen Status zu überwinden, sieht die sozialdemokratisch geführte Fraktion der herrschenden Klasse in der forcierten Modernisierung der Ökonomie bis 1992, wenn die EG zu einem quasi-nationalen Wirtschaftsraum wird. Doch selbst wenn dieser, mit Strukturanpassungshilfen der EG und dem Ansiedeln transnationaler Konzerne durchgeführte Versuch, erfolgreich sein sollte, wäre damit das Defizit politischer Nationalmacht (und internationaler Absatzmärkte) noch nicht gefüllt.

Dieses politisch-internationale Machtdefizit – sowie das Problem der Absatzmärkte – will die spanische Sozialdemokratie über die Comunidad Iberoamericana ausgleichen. Ähnlich wie das britische Commonwealth of Nation sollen die Iberoamerikanischen Staaten ein „neuer autonomer Pol“ in der internationalen Staatengemeinschaft werden, welcher als gleichwertiger Machtblock gegenüber den Großen der Weltpolitik auftreten kann. So ist es denn nicht verwunderlich, daß die Werbebroschüre der Vorbereitungskommission ein „Starprogramm“ anpreist, in dem rund 1.000 Wissenschaftler in Bereichen wie Biotechnik, Pharmazeutische Produkte, Lebensmittelverarbeitung und Angewandte Elektronik und Informatik arbeiten. Ziel des Programms sei es, daß „1992 ... jeder iberoamerikanische Unternehmer vermittelt eines einfachen Computerterminals feststellen kann, welche Möglichkeiten er in Iberoamerika zur geschäftlichen Abwicklung eines bestimmten technologischen Paketes hat“. Die Führungsrolle Spaniens in diesem Projekt wird nun implizit angesprochen („Spanien muß seine Position als Brücke zwischen europäischer und amerikanischer Welt wiedergewinnen“), doch sind explizit die alten Flausen über das Ent-

wicklungspotential des „dritten Weges“ wieder präsent: „industrialisierter Sozialismus und Kapitalismus“ haben sich als Entwicklungsmöglichkeiten (so die „message“ der Spanier) erschöpft, die Zukunft liegt in der Comunidad Iberoamericana.

Ideal paßt in diese strategische Konzeption der Gewinnung von Märkten und Machtpositionen – in der Felipe González als Fürsprecher der Lateinamerikaner gegenüber Europa auftritt, während die Lateinamerikaner ihrem wackeren Caudillo zur Seite stehen in seinen Scharmützeln mit dem entwickelteren europäischen Kapital – das historische Ereignis der Entdeckung Amerikas, welches es erlaubt, von Kultur zu reden und business zu meinen.

Daher überrascht es nicht, daß für 1992, wenn die Olympischen Spiele in Barcelona und die Weltausstellung in Sevilla (Thema: Zeitalter der Entdeckungen) zusammenfallen, die spanische Regierung rund 2,5 Mrd \$ an Vorbereitungskosten vorgesehen hat. Um die kritische Intelligenz an den Vorbereitungen teilnehmen zu lassen oder, wie böse Zungen behaupten, sie zu kaufen, sind hunderte kultureller Programme geplant oder bereits realisiert, unter anderem Stipendienprogramme, akademischer Austausch zwischen Lateinamerika und Spanien, gemeinsame Forschungsprojekte, eine Vielzahl von Buchveröffentlichungen, Fernseh- und Filmprojekten, internationale Symposien und sogar eine Oper über die „Entdeckung Amerikas“. Einer der Höhepunkte dieser fünfjährigen Propagandawelle wird die Verschiffung einer Kolumbusstatue aus Barcelona zur Freiheitsstatue in New York sein – wahrscheinlich, um in öffentlichem Spektakel zu zeigen, daß die Alte Welt der Neuen nicht nur Zivilisation, sondern auch Freiheit bescherte.

Internationaler unabhängiger Wettbewerb Emanzipation und Identität Lateinamerikas 1492 – 1992

Um den 500. Jahrestag der Eroberung Amerikas aus einer Triumphfeier der Sieger zu einem emanzipatorischen Reflexionsprozeß der Besiegten zu machen, haben über 50 Institutionen aus Lateinamerika, den USA, Spanien und der Bundesrepublik den Internationalen Unabhängigen Wettbewerb „Emanzipation und Identität Lateinamerikas: 1492-1992“ ins Leben gerufen. Arbeiten in den Sparten Roman, Essay, Reportage, Zeichnen und Geschichte für Jugendliche sind zu dem weltweiten Wettbewerb, der vom 1.3. 1988-1.5.1990 läuft, zugelassen. Die besten Werke werden von einer Jury mit Preisen zwischen 100 und 1.500 \$ ausgezeichnet und sollen später veröffentlicht werden. Die Preisverleihung findet auf der Buchmesse in Frankfurt statt.

Im Rahmen des Wettbewerbs werden außerdem andere Aktivitäten stattfinden. Dazu

zählen Symposien in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern, die Herausgabe einer Zeitschrift und weiterer Materialien. Dem internationalen Organisationskomitee, das von Professor Heinz Dieterich (Mexiko) geleitet wird, ist ein Ehrenrat zur Seite gestellt, dem u.a. folgende Persönlichkeiten angehören: Rafael Alberti, Mario Benedetti, Leonardo Boff, Ernesto Cardenal, Noam Chomsky, Domitila Chungara, Ignacio Ellacuría, Paulo Freire, Eduardo Galeano, Xabier Gorostiaga, Norbert Greinacher, Gabriel Kolko, Manfred Kossok, Carlos Mejía Godoy, Adolfo Pérez Esquivel, Augusto Roa Bastos, Sylvio Rodríguez und Jean Ziegler.

Weitere Informationen über den Wettbewerb können beim Comité Internacional Organizador, Darmstädter Str. 23, 6057 Dietzenbach bezogen werden.

Manlio Arguetas Alpträume Nick Caistor

In der Bundesrepublik ist der salvadorianische Poet und Schriftsteller Manlio Argueta, geboren 1935 in San Miguel, kein völlig unbekannter. Vor einigen Jahren wurde sein Roman „Tage des Alptraums“ hierzulande verlegt. In den 50er Jahren hatte er in seinem Lande den Aufbau eines Universitäts-Literaturzirkels zur Wiederbelebung der salvadorianischen Belletristik mitinitiiert. 1968 veröffentlichte er seine erste Erzählung „El Valle de las Hamacas“. 1972 ging er ins Exil nach Costa Rica, wo er noch immer mit seiner Frau und drei Kindern lebt. Seine Erzählung „Caperucita en la Zona Roja“ brachte ihm 1977 den Literaturpreis „Casa de las Américas“ ein.



Salvadorianischer Exilschriftsteller Manlio Argueta

Die Realität, welche den Autoren Mittelamerikas das Rohmaterial liefert, ist dem Alptraum näher als der Zauberei. Für jemanden wie Manlio Argueta, den 52jährigen Salvadorianer, der kürzlich seinen zweiten Roman in englischer Sprache, „Cuzcatlan“ (Vintage Books, New York 1987; d. Red.) in den USA und Großbritannien veröffentlicht hat, ist daher das größte Problem, diesen Alptraum glaubwürdig zu machen. „El Salvador hat zu sehr einem Inferno geglichen, es hat einfach zu viele Schrecken gegeben, als daß Literatur damit fertigwerden könnte; wir müssen mit ihnen so umgehen, zuweilen die Realität sogar abschwächen, um sie noch glaubwürdig zu halten“, sagt er.

Manlio Argueta hat in den vergangenen 20 Jahren über diese Realität geschrieben. Obgleich er, wie viele Mittelamerikaner mit literarischen Ambitionen, als Dichter begann und eine Sammlung salvadorianischer Gedichte herausgab, veröffentlichte er seinen ersten Roman, „El Valle de las Hamacas“, im Jahr 1968. Doch erst mit dem 1983 (in englischer wie deutscher Sprache erschienenen) Roman „Un Dia en la Vida“ („Tage des Alptraums“, Hammer Verlag; d. Red.) wurde er international bekannt. Ungefähr 30.000 Exemplare des Romans wurden allein in den USA verkauft, womit er unter den Lateinamerikanern nur von „Hundert Jahre Einsamkeit“ von Gabriel García Márquez übertroffen wurde.

Argueta sieht sich durchaus in der Nähe von Márquez und den anderen Autoren des „Booms“ der lateinamerikanischen Fiktionsliteratur. Er sieht seine Rolle als jemand, der „einem Volk eine Stimme gibt, das erst langsam begreift, daß es eine Geschichte hat. Es befreit sich erst allmählich aus der Unterdrückung, und Teil dieser Entdeckung ist die einer eigenen Geschichte. Denn welches Interesse sollten die jahrhundertlang Machtausübenden daran haben, dem Volk zu sagen, was vor 25 oder 100 Jahren geschah?“

Für den Verfasser von Fiktionen ist daher wichtig, diese Geschichte, mit deren Veränderung in dieser Generation begonnen wird, zu rekonstruieren. „In gewisser Weise verfolgen wir eine alte Tradition lateinamerikanischer Literatur, die mit den Tagebüchern von Kolumbus, den Chroniken von Bernardo Díaz und anderen über die spanische Eroberung begann. Wie sie, so schreiben auch wir über eine neue Welt, eine neue Gesellschaft, die entdeckt wird“, sagt Argueta.

Dies bringt ihn auch in größere geistige Nähe zu Büchern, die persönliche Zeugnisse verkörpern, so zu Omar Carbezas „La Montaña es algo más que una inmensa estapa verde“ („Die Erde dreht sich zärtlich, Compañera“, Hammer Verlag 1983; d. Red.) über den Guerillakampf in Nicaragua, oder zu Claribel Alegrias „They won't take me alive“, einer Erzählung einer kämpfenden Frau in El Salvador. Argueta bezieht sein Material von SalvadorianerInnen im Exil, indem er ihre Erfahrungen und ihre Erzählweise aufgreift – was für einen Autor, der seit 15 Jahren im Exil gelebt hat, extrem wichtig ist. „Ich habe mir Sorgen gemacht, daß ich die Tuchfühlung zu El Salvador verlieren könnte“, sagt er. „Aber als ich ein Stück aus 'Cuzcatlan' den Leuten aus der Region vorlas, in der ich das Buch angesiedelt habe, waren sie entzückt. 'Don Manlio, Sie wissen so viel mehr über die Region als wir', sagten sie.“

Mit diesen Erfahrungen der SalvadorianerInnen und ihrer „gesprochenen Literatur“, wie Argueta es nennt, versucht er eine zusammenhängende Fiktion nachzuzeichnen, die ihm zufolge „die Emotionen, welche man über Dinge und Ereignisse fühlt, transportiert, damit der Leser sie neu erschaffen und intuitiv an dieser Realität teilhaben kann“. Argueta geht es, neben individuellen Erfahrungen, um das Bild von El Salvador.

„Tage des Alptraums“ konzentriert sich auf eine Bauernfamilie und ihre Realität, wie sie sich im Ablauf von 24 Stunden

widerspiegelt. In „Cuzcatlan“ nimmt Argueta eine der Figuren aus diesem Buch, einen Nationalgardisten namens Martínez, und untersucht, indem er seine Geschichte über vier Generationen rekonstruiert, nicht nur die Geschichte des salvadorianischen Volkes, das im Widerstand eine gerechtere Gesellschaft anstrebt, sondern auch die der Unterdrückten. Das Ende des Buches – Stabsunteroffizier Martínez wird von seiner Nichte für seine Verbrechen vor Gericht gebracht – ist daher auch eine viel-sagende Metapher für den Befreiungsprozeß in El Salvador. Dieser Prozeß muß im Zusammenhang mit der Schuld jener gesehen werden, über eine derart lange Zeit Krieg gegen ihr eigenes Volk geführt haben. (...)

„Es gibt zu viel an vergessener Geschichte, über die geschrieben werden muß“, sagt er. „Die armen Menschen El Salvadors haben erstaunliche Dinge zustande gebracht, die niemand je niedergeschrieben hat. Sie haben die Geschichte dieses Landes hervorgebracht. Sie haben sie vorangebracht, auch wenn sie von den Mächtigen beiseite geschoben und vergessen worden sind. Vor allem von diesen Geschichten will ich einige erzählen.“

Derzeit kann Manlio Argueta nicht nach El Salvador zurückkehren. „In El Salvador herrscht Gesetzlosigkeit; es ist leicht möglich, daß eine Gruppe oder eine andere meint, Du müßtest verschwinden. Es gibt keine Sicherheit.“

Vielleicht um dies auszugleichen, wird sich sein nächster Roman mit dem Blick zurück in seine Kindheit in den 30er und 40er Jahren befassen. Aber zweifellos geht es ihm nicht um Autobiographisches, sondern – wie in seinen beiden anderen übersetzten Romanen – um die Enthüllung der Wirklichkeit seines Landes, schwankend zwischen Alptraum und Magie.

(Quelle: South, London, Juni 1988, S. 102)

Gegen den sexistischen Sprachgebrauch

Betrifft: „Die Stute von hinten aufgezümt...“
Leserbrief von Aleks J. Arndt in DRITTE WELT 8-9/1988

„Ich weiß, daß es in der BRD Frauen gibt, ich habe schon mal welche gesehen...“ Zwar hätte Aleks J. Arndt auch eine geharnischte Polemik verdient – getreu seinem eigenen Motto: „Ich denke, man(n) sollte den Käse lassen.“ – doch soll dies Anderen überlassen bleiben. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß – wie so oft – der Blick über die (eigenen?) Grenzen in der Sache weiterzuhelfen vermag und führe hierzu gerade die ja auch von Aleks bemühte Linguistik in's Feld. Mein Beitrag steht konsequenterweise unter dem Motto: „**Aller Anfang ist schwer!**“

1. Menschen und Männer: Es besteht doch ein Zusammenhang zwischen der psychischen und der physischen Gewalt: wenn die Worte nicht mehr ausreichen, greifen wir zu härteren Mitteln. Deshalb ist es auch umgekehrt nur konsequent, wenn uns denn dieses mißfällt und wir Gewaltanwendung abschaffen wollen, die Gewalt in unserer Sprache und in unseren Beziehungen abzubauen. Sprache ist das Instrument, welches (mit-)entscheidend zur Sicherung männlicher Vorherrschaft in unserer Gesellschaft beiträgt. Sexistischer Sprachgebrauch spiegelt nämlich die realen Verhältnisse nicht nur wider, lieber Aleks, er trägt auch aktiv dazu bei, diese Verhältnisse zu schaffen bzw. aufrechtzuerhalten. Frauen werden durch Sprache abgewertet, diffamiert oder ignoriert. Sie erscheinen schon in Schulbüchern als unterlegen, auf bestimmte Rollenklischees verpflichtet und sie fehlen gar gänzlich, wenn „alle Menschen Brüder“ werden: die Krone der Schöpfung, der Mensch, so scheint es, ist der Mann.

2. Vermeidung sexistischen Sprachgebrauches: Wodurch ist sexistischer Sprachgebrauch charakterisiert? Nicht nur durch die Verwendung schlimmer, sehr abwertender Ausdrücke für Frauen, sondern auch und gerade ist es sexistischer Sprachgebrauch, wenn Frauen „unsichtbar“ gemacht werden, generalisiert, „mitgemeint“: „Der kleine Junge in jedem von uns“, das heißt, wir sehen nur den Mann; „die Arbeiter, Abgeordneten, Anwälte kamen mit ihren Frauen“, das meint, Arbeiter, Abgeordnete, Anwälte, das sind Männer; „der Ernährer seiner Familie“ – was ist mit den vielen Frauen, die ihre Familien ernähren? Gewalt wird Frauen insbesondere durch den Sprachgebrauch angetan, den Aleks J. Arndt so unzutreffend verkannt hat! Das vorgebliche Mitgemeint –, das Miteingeschlossensein beim Gebrauch männlicher Sprachformen. Hierzu noch ein Beispiel: Früher hieß es im Schweizerischen Recht: alle Schweizer haben Wahlrecht – womit in der Tat bis 1971 auch nur die Männer gemeint waren. Mit den Inhalten änderte sich auch die Form: Heute ist von der Wahlberechtigung aller Schweizer und Schweizerinnen die Rede.

3. Auch wenn die Sprache vielleicht komplizierter wird, ist das ein Argument im Vergleich zu Fairneß und Gerechtigkeit? Zum einen dürfte jedem Internationalisten und erst recht jedem Marxisten (der ja auch schon mal gehört haben dürfte, daß die Dialektik zwischen Form und Inhalt keine Einbahnstraße ist), die Abwägung zwischen Praktikabilität der Form und Bedeutung des Inhaltes nicht schwer fallen und zu einem eindeutigen Er-

gebnis führen; zum anderen – was ist denn daran „schwierig“, in der Tat auch zu schreiben „ZivilistInnen, BewohnerInnen“ etc. und warum soll nicht von „Revolutionären und Revolutionärinnen“ die Rede sein – und natürlich erst recht von „ReaktionärInnen“? Daß es wie so oft die Bürgerlichen sind, die hier der Linken ein Beispiel geben! im Wahlkampf sprechen sich die sonst ach so Traditionsbewußten aus guten Gründen von Wählern und Wählerinnen!

4. Marx und Mandela Während letzterer sich sicher dagegen verwehren würde, als Symbol des Kampfes nur der schwarzen Südafrikaner und nicht auch der Südafrikanerinnen zu gelten, hat meines Erachtens Ersterer mit seiner – interessanterweise auch von Aleks (ob er sie denn tatsächlich richtig verstanden hat?) herangezogenen Maxime: „Das Sein bestimmt das Bewußtsein“ schon die Antwort auf die Frage aller Frag(er)Innen gefunden. Tatsächlich müßte klar sein, daß ein veränderter Sprachgebrauch auch Auswirkungen auf andere Bereiche, in denen Frauen unterdrückt werden, haben wird; sei es in der Familie, der Arbeitswelt oder der Politik.

Wenn wir denn also dem wie auch immer begründeten Anspruch auf Gleichberechtigung Genüge tun wollen, so müssen wir auch unsere Sprache hiernach richten; denn: „Das S(chw)ein bestimmt das Bewußtsein!“
Ulrich „Luffy“ Wöhrmann, Rechtsanwältin und AIB-Leser (u.a.), Leopoldshöhe

Nein zur bornierten Sprache!

Zum Leserbrief „Die Stute von hinten aufgezümt“ von A.J. Arndt in DRITTE WELT 8-9/1988

Frauen sind Mitgemeint oder unter dem Mantel gebräuchlicher (feiner ausgedrückt: historisch gewachsener) Sprache Verschwiegene – diese noch übliche Sprachpraxis zementiert ein Geschichts- und Menschheitsbild, das sich nicht aufrechterhalten läßt, wie die Forschung unter frauenspezifischen Gesichtspunkten gezeigt hat.

Die Gegenwart, mit ihrem sich (langsam) wandelnden Geschlechtsverhältnis kann mit diesen antiquierten Formen schon gar nicht erfaßt werden. Dies findet seinen Ausdruck nicht nur in der DRITTE WELT, sondern auch in anderen Zeitschriften, in den zahlreichen Diskussionen um Quotierung, den Umbenennungen einer ganzen Reihe von Organisationen (z.B. Vereinigung der Demokratischen Juristinnen und Juristen).

Die Gefahr einer sektiererischen Geheimsprache besteht daher unseres Erachtens nicht. Und die bornierte, an Altem festhaltende Sprache der FAZ oder der Springer-Presse kann für uns kein Maßstab sein. Sonst hießen in der DRITTE WELT Befreiungsbewegungen „Terrororganisationen“, der Kapitalismus „freie Marktwirtschaft“, den Imperialismus gäbe es nicht und die NATO wäre ein „Sicherheits- und Verteidigungsbündnis“.

Hinter der Sprachregelung verbirgt sich politische Absicht, das ist bei den genannten Beispielen klar. Warum nur fällt die entsprechende Einsicht so schwer, wenn bestehende Geschlechterverhältnisse angegangen werden. Wird die Grammatik da als Bastion der angekratzten Vorherrschaft verteidigt?

Auch uns ist klar, daß Frauenunterdrückung nicht mit Sprachregelungen aus der Welt geschafft werden kann. Aber: Sprache ist ein Instrument, mit dem Bewußtseinswandel vor-

angetrieben oder eben verhindert werden kann. Wir brauchen ein Vokabular unserer Ansprüche, genau wie die Arbeiterbewegung sich ihre eigene Ausdrucksweise geschaffen hat. Sprache ist eben nicht etwas, was sich „im Laufe langer Zeit“ gewissermaßen von selbst, aus dem Nichts entwickelt. Wer denn, wenn nicht Menschen als handelnde Subjekte, nimmt Einfluß auf die Sprache, verändert diese, um reale Zusammenhänge, um Gedanken sprachlich widerzuspiegeln? Etwa der heilige Geist?

P.S. Mit Satzfehlern und anderen Unkorrektheiten hat die inhaltliche Frage, ob Frauen als Teil der Menschheit in unserer Sprache auftauchen oder nicht, gar nichts zu tun.
Heidi Czapek, Hanne Denk, Ingrid El-Masry, Marianne Kolter, Petra Sittig

Auch der Islam zerfällt in Strömungen

Zu Al Hadja Maryams Kritik in DRITTE WELT 10/1988 an meiner Rezension von „Das Gespenst der Reislamisierung“

Ich weiß nicht, welcher Richtung des Islam Frau Hadja Maryam angehört. Sie selbst wird sicher sagen, daß es nur eine gibt, nämlich die wahre, womit sie sich möglicherweise als ein frommer Mensch ausweist, nicht jedoch als jemand, mit dem man eine ernsthafte Diskussion nach wissenschaftlichen Kriterien führen könnte.

Sie wird akzeptieren müssen, daß für mich alle Formen der Religion gleich „wahr“ bzw. gleich „falsch“ sind, je nachdem unter welchem Gesichtspunkt man sie betrachtet. Unter wissenschaftlichem und damit dem alleine eine Diskussion ermöglichenden Gesichtspunkt wird kein Mensch leugnen können, daß der Islam wie alle anderen Religionen als Ergebnis sozialer und historischer Gesetzmäßigkeiten in eine Vielzahl von Strömungen zerfällt und daß seit Anbeginn bis zur Gegenwart unter dem Namen des Islams wie unter dem des Christentums die unterschiedlichsten und oft diametral entgegengesetzten Antworten auf nahezu alle Fragen des Lebens und Todes gegeben wurden. Jeder, der einmal ein wissenschaftliches Handbuch des Islam oder eine Geschichte der islamischen Welt in der Hand gehabt hat, wird das bestätigen. Er wird vor allem auch feststellen, daß die Geschichte der islamischen Völker und nicht zuletzt die der sozio-politischen Strömungen, die den Islam zu ihrem Lebenszweck erklärt haben, voll von Gewalttaten ist, wie auch im Christentum. (Der Hinweis auf das Christentum geschieht, um den von islamischer Seite gerne geäußerten Verdacht des verspäteten Kreuzrittertums auszuräumen.)

Was im übrigen den islamischen Charakter der Schiiten betrifft: Wenn sie keine Muslime sind, wieso erlaubt die Regierung Saudi Arabiens, eines Staates, der keine andere „Verfassung“ als den Koran hat, seit jeher die massenhafte Beteiligung der Schiiten an der jährlichen Hadj?

Der Brief von Frau Hadja Maryam verweist uns auf eine geistige Welt, die möglicherweise auch im westeuropäischen Christentum noch in Restbeständen existiert, die aber ihren Höhepunkt mit den Kreuzzügen und später dem 30jährigen Krieg längst hinter sich hat. Sie ist eine Widerspiegelung der nicht nur vom Imperialismus bewirkten sozio-ökonomischen Deformation und Unterentwicklung der islamischen Welt.

Lothar A. Heinrich, Bonn

Buchtip

Ökologische Zerstörung der Dritten Welt

Die Dritte Welt ist nicht nur wirtschaftlich unterentwickelt, sondern auch ökologisch fehlentwickelt: Großräumige Biotope werden zerstört, begrenzt verfügbare Rohstoffe veredelt. In den Ballungsgebieten droht ein ökologischer Kollaps, die Industrialisierung führt zu großflächiger Verschmutzung und Vergiftung, die „Verwüstung“ fruchtbaren Bodens nimmt zu.

Manfred Wöhlcke, Umwelzerstörung in der Dritten Welt, Verlag C.H. Beck, München 1987, 122 S., 16,80 DM

gibt einen guten Überblick über diese besorgniserregende Entwicklung und ihre Ursachen. Zugleich erörtert der Autor aber auch Maßnahmen, die sowohl in den Ländern der Dritten Welt als auch in den entwickelten Industrienationen dagegen ergriffen werden müßten.

Südafrika

U-Boot-Ausschuß ohne Durchsetzungschancen?

Zusätzlich belastet wurde Bundeskanzler Helmut Kohl in der Bonner U-Boot-Affäre (siehe AIB 1-2/1987) auf der Sitzung des Untersuchungsausschusses des Bundestages vom 21. September d.J. Horst Teltschik (CDU), außenpolitischer Berater im Kanzleramt, gestand ein, daß ihn Kohl „persönlich“ am 27. oder 28. August 1984 angewiesen habe, einen unliebsamen Brief von Franz-Josef Strauß an den Kanzler von Ende Juli 1984 zu vernichten. Eben dies, und damit sein frühzeitiges Wissen vom Waffengeschäft mit Pretoria, hatte Kohl im Februar 1987 vor dem Ausschuß bestritten. Im Reißwolf vernichtet wurde ein Ersuchen des bayerischen Ministerpräsidenten um die beschleunigte Genehmigung von Lieferungen, die von den Firmen HDW und IKL dem Apartheidregime vertraglich zugesichert worden waren. Die Vertreter von SPD und GRÜNEN im Untersuchungsausschuß beantragten daraufhin die Vernehmung weiterer wichtiger Zeugen in dieser Frage, darunter des Drahtziehers Strauß.

Durch dessen plötzlichen Tod am 3. Oktober fiel jedoch ein Belastungszeuge gegen den Kanzler aus. Außerdem kam Kohl am 23. September das Amtsgericht Bonn zu Hilfe. Es erklärte den Auftrag des Untersuchungsausschusses kurzum für verfassungswidrig und lehnte dessen Antrag ab, die noch immer zurückgehaltenen Akten von HDW und IKL beschlagnahmen zu lassen.

Abrüstung

Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!

Mit dem Aufruf gegen die Selbstberuhigung – Denuklearisieren statt modernisieren – Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz“ startete die Friedensbewegung eine Kampagne, um den Druck der Öffentlichkeit zur Durchsetzung tatsächlicher Abrüstungsschritte zu verstärken. Der Aufruf weist auf die aktuelle Gefahr hin, daß nach den Abrüstungserfolgen bei den

Mittelstreckenraketen die Chance eines atomwaffenfreien Europa zunichte gemacht werde, falls die „Modernisierung“ der in Europa stationierten US-Atomwaffen, die nukleare Aufrüstung in Frankreich und Großbritannien mit dem Ziel einer westeuropäischen Atomstreitmacht, die Verstrickung von ziviler und militärischer Atomenergie (Hanauer Atomskandal) fortgesetzt werde. Die Kampagne will gegen diese Ersatzaufrüstung angehen und den vollständigen Verzicht der BRD auf Atomwaffen im Grundgesetz durchsetzen, um eine bundesdeutsche Atombewaffnung bereits im Vorbereitungsstadium zu verhindern. Nach der bereits erfolgten Sammlung von ErstunterzeichnerInnen und der Presseveröffentlichung des Aufrufs soll voraussichtlich am 25.-27. November d.J. eine internationale Konferenz über Wege einer weitergehenden gesellschaftlichen Verbreitung der Kampagne beraten.

Angola/Mosambik

Konferenz gegen die Aggression Südafrikas

Am 8.-10. Dezember d.J. wird in Bonn die „Europäische Konferenz gegen die Aggressionen Südafrikas gegen Mosambik und Angola“ (ECASAAMA) stattfinden. Eingeladen haben Organisationen aus insgesamt 15 westeuropäischen Ländern.

Um der Konferenz in der Bundesrepublik eine große Aufmerksamkeit zu sichern, haben sich bereits am 28. August ein Dutzend Organisationen getroffen, um ein Unterstützungskomitee ins Leben zu rufen. Für die weitere Unterstützung der Frontstaaten soll ein Bündnis aus Gewerkschaften, Parteien und anderen Organisationen gegründet werden.

Teil der Konferenz sind AugenzeugInnenberichte über Südafrikas Aggressionen und Darstellungen der Folgen für die Wirtschaft und sozialen Einrichtungen der beiden Länder. Thema ist außerdem die südafrikanische und westliche Unterstützung der Contra-Banden. Schließlich soll die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Anti-Apartheid-Organisationen erörtert werden. Eingeladen sind u.a. Vertreter Angolas, Mosambiks, der SWAPO und des ANC.

Nähere Informationen zur Konferenz sowie eine Broschüre zum Thema, Buttons und Plakate können bei der ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn, Tel. 0228-213288, bezogen werden.

Konzerne

Bayer prozessiert gegen Kritiker

„125 Jahre Umweltverschmutzung und Menschengefährdung sind genug“ – unter diesem Motto stand ein Forum, das die Coordination gegen BAYER-Gefahren zum 125jährigen Bestehen des Chemie- und Pharmakonzerns BAYER am 10./11. September d.J. in Leverkusen abhielt. Nicht nur hier, sondern auch in zahlreichen anderen öffentlichen Veranstaltungen und durch die kritischen Aktionäre auf der Aktionärshauptversammlung von BAYER wurde die Politik des Konzerns angegriffen. Kritisiert wurden z.B. die Einleitung von giftigen Chemikalien in den Rhein, die Dünn säure-

verklappung in der Nordsee und Tierversuche. Die Forum-Teilnehmer diskutierten auch die skrupellose Absatzpolitik bei Pharamka und Pestiziden in der Dritten Welt sowie die Arbeitsbedingungen in den dortigen Tochterfirmen. Sie machten auch auf die weißen Flecken in der offiziellen Konzern-Geschichte, darunter die Lieferungen von Giftgas für die faschistischen KZs und von Kampfstoffen für die US-Armee während des Vietnam-Krieges, aufmerksam.

Gegen die Kritik der Coordination gegen BAYER-Gefahren setzt sich der Konzern mit juristischen Mitteln zur Wehr. Am 20. September untersagte in zweiter Instanz das Oberlandesgericht Köln ihr die Behauptung, BAYER sei von einer „grenzenlosen Sucht nach Profiten“ getrieben, verletze die Menschenrechte und verstoße gegen demokratische Prinzipien und würde willfähige Politiker unterstützen und finanzieren. Der Vertreter der Coordination und Beklagte, Axel Köhler-Schnura, erklärte: „Dieses Urteil ist ein politisches Urteil. Hier wird Kritik ... zum Schweigen gebracht und kriminalisiert.“ Er sagte, die Coordination wolle gegen das Urteil alle zu Gebote stehenden Rechtsmittel ausschöpfen.

Da der Prozeß bisher 50.000 DM gekostet hat, bittet die Coordination (Hofstr. 27a, 5060 Solingen) um Spenden auf das Sonderkonto Prozeß, Nr. 453685-431, Postgiroamt Essen.

Termine

5./6. November
 Seminar „Chile und Südafrika – Perspektiven des Zweckbündnisses zweier Pariatstaaten“ in Hamburg. Veranstalter: Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg und Deutsch-Chilenisches Kulturzentrum (Bogenstr. 54a, 2000 Hamburg 13)

10.-13. November
 Internationales Seminar „Europäisierung der Rüstungsproduktion und ihre Bedeutung für den Rüstungsexport“ in Bonn. Veranstalter: BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport“ (Buchstr. 14/15, 2800 Bremen, Tel. 0421-326045) und die Kampagnen „Produzieren für das Leben – Rüstungsexporte stoppen“

12. November
 Bundesweite Demonstrationen der Friedensbewegung gegen BRD-Rüstungsexporte in die Dritte Welt in Eschborn (siehe: DRITTE WELT 10/1988, S. 41)

17. November
 Demonstration der norddeutschen Friedensbewegung anläßlich der NATO/Parlamentariertagung in Hamburg

25.-27. November
 Seminar zu Malaysia und Singapur in Düsseldorf. Veranstalter: Südostasien Informationsstelle, Josephinenstr. 71, 4630 Bochum 1, Tel. 0234-502748

8.-10. Dezember
 „Europäische Konferenz gegen die Aggressionen Südafrikas gegen Angola und Mosambik“ (siehe Infos zur Solidarität in diesem Heft)

Burma

Das Militär unterdrückt die Demokratiebewegung

Am 18. September d.J. übernahm das Militär unter General Saw Maung die Macht in Rangun. Es reagierte damit auf die erfolglosen Bemühungen der Regierung Maung Maung Kha, die Massenaktionen gegen die herrschende Burmesische Sozialistische Programmpartei (BSPP) unter Kontrolle zu bringen (siehe DRITTE WELT 10/1988, S. 51). Angesichts der Brutalität, mit der die neue Regierung gegen die Proteste vorging, wurde ihre Aussage, an den von Maung Maung Kha am 10. September angekündigten Wahlen und Zulassung von Parteien festzuhalten, mit großer Skepsis aufgenommen. Nach Regierungsangaben kamen 400 Menschen ums Leben. Oppositionelle berichteten von mehreren tausend Ermordeten, darunter allein in Rangun 1.000. Saw Maung, ein Vertrauter des ehemaligen Staatschefs Ne Win, war Verteidigungsminister während der 18tägigen Regierungszeit von dessen Nachfolger Sein Lwin, der 3.000 Menschen töten ließ. Durch den Terror der Armee brach Anfang Oktober d.J. der seit zwei Monaten andauernde Generalstreik weitgehend zusammen. Tausende, darunter vor allem Studenten, flüchteten an die Grenze zu Thailand, um sich dort der Guerilla der nationalen Minderheiten und der Kommunisten anzuschließen.

Afghanistan

Sowjetunion stoppt Truppenabzug

Am Rande der UN-Vollversammlung in New York gab Außenminister Eduard Schewardnadse am 28. September d.J., bekannt, Moskau habe den Beginn der zweiten Phase des Abzugs der sowjetischen Truppen aus Afghanistan aufgeschoben. Die erste Phase war getreu

Vereinte Nationen

Nobelpreis für Friedenspolitik

Die gerade in jüngster Zeit gewachsene friedensstiftende Rolle der UNO wurde am 30. September d.J. mit der Verleihung des diesjährigen Friedensnobelpreises gewürdigt. Das Osloer Nobelpreiskomitee entschied, den UN-Friedenstruppen diese internationale Auszeichnung zukommen zu lassen. Fragen der Abrüstung und der Beendigung von militärischen Konflikten in der Dritten Welt stehen auf der Tagesordnung der 43. UN-Vollversammlung, die am 20. September mit der Wahl des argentinischen Außenministers Dante Caputo zu ihrem Präsidenten in New York begann. In seinem Jahresbericht hatte UN-Generalsekretär J. Pérez de Cuellar festgestellt, daß sich zahlreiche neue Möglichkeiten für die Arbeit der UNO ergeben hätten. Die Chancen, den von Kriegen und Gewalt heimgesuchten Regionen durch intensive Bemühungen der UNO Frieden zu bringen, seien deutlich sichtbar geworden. Als positive Beispiele nannte de Cuellar die Genfer Abkommen über Afghani-

den Genfer Abkommen (siehe DRITTE WELT 6/1988) am 15. August abgeschlossen worden, womit rund die Hälfte der über 100.000 Rotarmisten das Land verlassen hatten. Der Rest soll bis zum 15. Februar 1989 folgen. Schewardnadse Begründung: Die Gegenseite habe die Genfer Vereinbarungen von Anfang an verletzt. Michail Gorbatschow forderte zeitgleich namentlich die USA und Pakistan auf, sie sollten „zu Verstand kommen“ und ihre fortgesetzte Militärhilfe an die Rebellen (Waffenlieferungen, weitere Nutzung pakistanscher Operationsbasen, Einschleusung pakistanscher Militärs) einstellen. Pakistan hielt er vor, entgegen dem Willen des afghanischen Volkes in Kabul eine ihm genehme Regierung installieren zu wollen.

Der sowjetisch-afghanische Vorschlag, eine Außenministerkonferenz der vier Genfer Unterzeichnerstaaten möge unter Beisein von UN-Generalsekretär Pérez de Cuellar die Beschwerden erörtern, wurde von der Gegenseite bislang abgelehnt. Nach dem Tod von Diktator Zia ul Haq scheint die Fortsetzung der massiven pakistanschen Hilfe für die afghanische Contra indessen fraglich. Eine Änderung stünde besonders im Falle eines Sieges der Opposition bei den Novemberwahlen zu erwarten. Die Prognose von Contraführer Hekmatyar, der Untergang des Regimes Najibullahs werde in knapp 10 Tagen besiegt sein, lag daneben. Die Eroberungen von Kunduz und Maidan Shahr hatten keinen Bestand. Wiederholungsversuche in Khost, Khalat, Loghar oder Kandahar wurden von afghanischen Regierungstruppen vereitelt. Dank des militärischen Patts und der fehlenden Einheit der Rebellen gelang es diesen auch nicht, eine Provinz einzunehmen, um dort eine glaubwürdige Gegenregierung auszurufen.

Afghanistans Ministerpräsident Sharq unterstrich am 21. September bei einer Moskau-Visite, seine Regierung halte am Kurs auf nationale Aussöhnung, auf eine möglichst breite Koalition fest. Sie sei bereit, mit der Opposition, die „Allianz der Sieben“ in Peshawar eingeschlossen, zu verhandeln.

stan, den Waffenstillstand zwischen dem Iran und Irak, die verbesserten Aussichten für die Unabhängigkeit Namibias und die Bemühungen um die Lösung der Zypern-Frage. Entscheidender Prüfstein für die Verbesserung der internationalen Beziehungen blieben allerdings Abrüstung und Rüstungskontrolle. Darüber hinaus, so de Cuellar, müsse die UNO auch globalen Problemen wie dem Umweltschutz, der Lage der Entwicklungsländer, der Schuldenkrise sowie der Verwirklichung der Menschenrechte größere Aufmerksamkeit widmen.

In seiner letzten Rede vor der UN-Vollversammlung sprach US-Präsident Reagan ebenfalls von der Hoffnung auf Frieden am Persischen Golf und in Afghanistan sowie von Gesprächen über Frieden im Südlichen Afrika und in Kamputschea. Im Hinblick auf Mittelamerika kündigte er im gleichen Atemzug allerdings an, weiterhin Unterstützung für die gegen Nicaragua operierenden Contras zu beantragen.



Soldat der UN-Friedenstruppe

Das Kernstück seiner Rede bildete der Vorschlag an die Unterzeichnerstaaten des Genfer Protokolls von 1925 über das Einsatzverbot von Giftgas, eine Konferenz einzuberufen, die Maßnahmen gegen die Aushöhlung dieses Verbots treffen und beschließen soll. Zudem kündigte Reagan an, daß die USA endlich ihre Schulden für Beiträge bei der UNO in Höhe von 520 Mio Dollar begleichen wollen.

Für eine aktivere Rolle der UNO bei der Überwindung der atomaren Kriegsgefahr setzte sich der sowjetische Außenminister Schewardnadse ein. Seinen Vorschlägen nach soll unter aktiver Mitwirkung der UNO u.a. eine Vereinbarung über die Begrenzung der Weiterverbreitung militärischer Raketentechnologien ausgearbeitet werden. Gleichzeitig bedauerte Schewardnadse, daß die Verträge über eine 50%ige Reduzierung strategischer Waffen sowie über das Verbot von Weltraum- und chemischen Waffen noch nicht zustande gekommen sind. Die UdSSR begrüßte zwar Reagans Vorschlag für eine Konferenz der Teilnehmerstaaten des Genfer Abkommens von 1925, drängte aber auf eine zügige Weiterarbeit an der Konvention über ein generelles Verbot von C-Waffen.

Libanon

Scheitern der Präsidentenwahl

Im Libanon existieren seit dem 23. September d.J. zwei Regierungen, die sich als verfassungsmäßig legal betrachten. Nachdem auch der zweite Versuch zur Wahl eines Staatspräsidenten einen Tag zuvor daran gescheitert war, daß das erforderliche Quorum von 51 Abgeordneten nicht zustandekam, hatte Parlamentspräsident Husseini die Präsidentenwahl auf unbestimmte Zeit verschoben. Der scheidende Staatspräsident Amin Gemayel ernannte daraufhin unter Berufung auf die Verfassung eine Übergangsregierung aus sechs hohen Offizieren unter Leitung des christlich-maronitischen Oberbefehlshabers der Armee, General Michel Aun. Diese aber wird von den moslemischen Politikern nicht anerkannt.

Zwar hätte die mehrheitlich nichtchristliche Bevölkerung des Libanon erneut einen christlichen Präsidenten akzeptiert, der zu einer Reform der überkommenen, am religiösen Proporz orientierten Verfassung von 1943 bereit gewesen wäre. Dieser Proporz wurde jedoch durch die Ernennung der christlichen Übergangsregierung verletzt, denn der Ministerpräsident muß verfassungsgemäß ein sunnitisch-moslem sein.

Deshalb erkennen die moslemischen Politiker

einzig die Regierung unter Ministerpräsident Salim al Hoss an, welcher dieses Amt seit der Ermordung seines Vorgängers Karamé am 1. Juni 1987 innehat. Die Ernennung der christlichen Militärregierung stellte somit einen Schritt dar, der bewußt die Zerstörung der letzten einheitlichen Institution des Libanon, eine Vertiefung der Spaltung des Landes und ein Wiederaufflammen des libanesischen Bürgerkrieges in Kauf nimmt. Wesentlich beigetragen zu dieser festgefahrenen Situation haben Rivalitäten innerhalb des christlich-maronitischen Lagers, welches angesichts einer wachsenden moslemischen Bevölkerungsmehrheit insgesamt um Macht und Privilegien fürchtet. So waren alle christlichen Kandidaten für das Präsidentenamt, die sowohl von den moslemischen Gruppen als auch von Syrien und den USA akzeptiert worden waren, von Gemayel abgelehnt worden, weil sie aufgrund der breiten Unterstützung eine starke Stellung innegehabt hätten.

Palästina

ANSAR-III-Häftling Barghouti kam frei

In DRITTE WELT 8-9/1988 machten wir auf das harte Los der palästinensischen Gefangenen im Lager „Ansar III“ in der Negev-Wüste aufmerksam. Wir zeichneten das Profil Mharram Barghoutis, eines infolge einer Herzerkrankung akut gefährdeten politischen Gefangenen jenes „Lagers des langsamen Todes“. Wir appellierten zeitgleich mit dem in Helsinki erscheinenden „Peace Courier“ (Organ des Weltfriedensrates) an unsere LeserInnen, Protestschreiben bzw. -Postkarten an die israelische Regierung und die Gefängnisverwaltung von „Ansar III“ zu schicken, in denen die Freilassung Barghoutis und aller politischen Gefangenen gefordert werden sollte. Offenbar erfolgte die Reaktion so zahlreich, daß die israelischen Behörden Mharram Barghouti noch im August d.J. in einer „Nacht und Nebel“-Aktion vorzeitig freiließen. Barghouti und einige andere Mitgefingene von „Ansar III“ wurden völlig überraschend von israelischen Soldaten in die Westbank abtransportiert und nahe einer israelischen Siedlung ausgesetzt. In einem palästinensischen Dorf fanden sie schließlich Hilfe und Unterkunft. Die Freilassung zeigt an, daß Israels Regierende durchaus druckempfindlich sind, gerade gegenüber Protesten aus dem westeuropäischen Raum. Sie sollte Ermüdung sein, die Proteste weiterzuführen. Noch immer sind an die 5.000 PalästinenserInnen in Haft, davon über 3.000 in „Ansar III“.

Palästina - EG

Diplomatischer Erfolg der PLO

Als einen diplomatischen Sieg des palästinensischen Volkes wertete die Begleitdelegation Yassir Arafats den ersten Besuch des Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) beim Europaparlament am 14./15. September d.J. in Straßburg. Arafats Besuch erfolgte auf Einladung der sozialistischen Fraktion des Europaparlaments. Er führte Gespräche mit dieser, mit dem französischen Außenminister Dumas, dem derzeitigen EG-Ratspräsidenten Papoulias und anderen EG-Vertretern. Die Fraktionen der Christdemokraten und Liberalen lehnten hingegen

jeden offiziellen Kontakt mit dem PLO-Führer ab. Den Gegenstand der Gespräche bildete vorrangig die Klärung wechselseitiger Erwartungen und Positionen. Sensationelle Erklärungen waren angesichts der für Oktober d.J. geplanten Tagung des Palästinensischen Nationalrats, auf dem über die Ausrufung einer Exilregierung und eines palästinensischen Staates entschieden werden soll, nicht zu erwarten. Arafat bekräftigte die Forderung nach einer internationalen Konferenz auf der Grundlage der UN-Resolution 242 und 338, welche die Anerkennung des Existenzrechtes Israels sowie den israelischen Rückzug aus den besetzten Gebieten fordern. Er bekräftigte desgleichen die palästinensische Gesprächsbereitschaft gegenüber Israel und forderte die Israelis auf, sich bei den bevorstehenden Wahlen „für den Frieden zu entscheiden“. Von der EG forderte Arafat mehr aktive diplomatische Unterstützung für die einzig realistische Option zur Lösung des Palästina-Konflikts, die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates. Dieser werde, so Arafat, auf einem demokratischen Mehrparteiensystem basieren und die Menschenrechte achten. Unterstützung wurde der PLO sowohl von Dumas als auch von Papoulias zugesichert.

Nichtpaktgebundene

Jugoslawien übernimmt den Vorsitz

Auf ihrem diesjährigen Außenministertreffen, das vom 7.-10. September in Nikosia (Zypern) stattfand, hat die Bewegung der Nichtpaktgebundenen (NPG) beschlossen, ihren Gipfel von 1989 in Jugoslawien abzuhalten. Belgrad wird damit auch für drei Jahre den Vorsitz

Südliches Afrika

Reisediplomatie Bothas

Im Anschluß an den Mosambik-Besuch des südafrikanischen Präsidenten Pieter Willem Botha am 12. September d.J. erklärte Präsident Joaquim Chissano, Südafrika habe Garantien gegeben, „daß es den RNM nicht unterstützen wird“. In flagranten Verletzung des „Nichtangriffsvertrags“ von Nkomati hat Südafrika die Contra-Banden des Mosambikanischen Nationalen Widerstands (RNM) auch nach der Vertragsunterzeichnung von Nkomati im März 1984 massiv weiterunterstützt. Außer mit der „Reaktivierung“ des Vertrages befaßten sich die beiden Regierungsdelegationen mit den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Ein Diskussionspunkt war hierbei die Energielieferung des noch von den Portugiesen errichteten Wasserkraftwerks von Cabora Bassa nach Südafrika. Aufgrund von zahlreichen Sabotageakten des RNM sind die Stromlieferungen nach Südafrika seit 1985 völlig unterbrochen. Am 22. Juni d.J. unterzeichneten Südafrika, Mosambik und Portugal, das 82% der Betriebsgesellschaft von Cabora Bassa besitzt und für die Schuldenbedienung und Unterhaltung von Cabora Bassa enorme Summen aufbringen muß, einen Vertrag über die Wiederinstandsetzung der Versorgungslinien nach Südafrika. Weitere Diskussionspunkte waren die Wanderarbeit von Mosambik nach Südafrika und die Nutzung der mosambikanischen Häfen durch Südafrika – beides Gebiete, auf denen Südafrika in der Vergangenheit Sanktionen gegen Mosambik verhängt hatte. Während für

übernehmen. Nicaragua und Indonesien hatten zuvor ihre Kandidaten zurückgezogen, nachdem sich keine Mehrheit für sie abzeichnete. Ein wichtiger Diskussionspunkt des Treffens war die Kritik, die Nathan Shamuyarira, der Außenminister des jetzigen Vorsitzenden Simbabwe, am Zustand der Bewegung übte. Er kritisierte u.a. die Ineffizienz der Bewegung: „Wir müssen Akteure sein, die aktiv an der Maschine der Geschichte teilnehmen und nicht passive Opfer der Entscheidungen, die von anderen in unserer Abwesenheit getroffen wurden.“ Er kritisierte außerdem die Verabschiedung von langatmigen Dokumenten, die kaum Wirkung in der Weltöffentlichkeit und nicht einmal Einfluß auf die Politik der Mitgliedsländer hätten.

In den verabschiedeten Resolutionen forderten die Delegierten, die von Israel besetzten Gebiete unter Kontrolle der UNO zu stellen. Zur Lösung des Westsahara-Konflikts wurden direkte Verhandlungen zwischen Marokko und der Befreiungsfront POLISARIO verlangt. Zur Lösung des Kamputschea-Konflikts soll ein 13köpfiger Ausschuß der NPG beitragen. In einer „Deklaration von Nikosia“ wird die sowjetisch-amerikanische Annäherung und die daraus resultierende Verbesserung des internationalen Klimas begrüßt. Die Bewegung will „aktiv ... bei den laufenden Bemühungen zur Lösung regionaler und globaler Probleme“ mitwirken: „Heute mehr als je zuvor besitzt Abrüstung ... Priorität für die Bewegung der Nichtpaktgebundenen.“

Bezüglich der „unsicheren und düsteren Perspektiven“ der „globalen ökonomischen Situation“ fordern die NPG ergänzende nationale und internationale Aktionen, die „vor allem auf die Stimulierung des Wachstums und die Befreiung der Entwicklungsländer von den Ketten der Verschuldung“ gerichtet sein sollen.

Mosambik nur vage Zusagen einer Verminderung des Destabilisierungsdrucks bei den Gesprächen mit Südafrika herausgekommen sind, deren Einlösung ein verändertes Kräfteverhältnis hinsichtlich der Regionalpolitik in Südafrika voraussetzen würde, konnte Pretoria mit dem Besuch Bothas in Mosambik nach dem Abschluß des Nkomati-Vertrages einen zweiten großen diplomatischen Erfolg in Mosambik verbuchen.

Nach der Einladung von Botha durch die Frelimo-Regierung war auch für Südafrikas regionale Verbündete der Weg frei, Botha zu empfangen. Direkt im Anschluß an seinen Mosambik-Besuch reiste P.W. Botha nach Malawi. Am 1. Oktober d.J. war dann Zaires Diktator Mobutu an der Reihe, Botha zu empfangen.

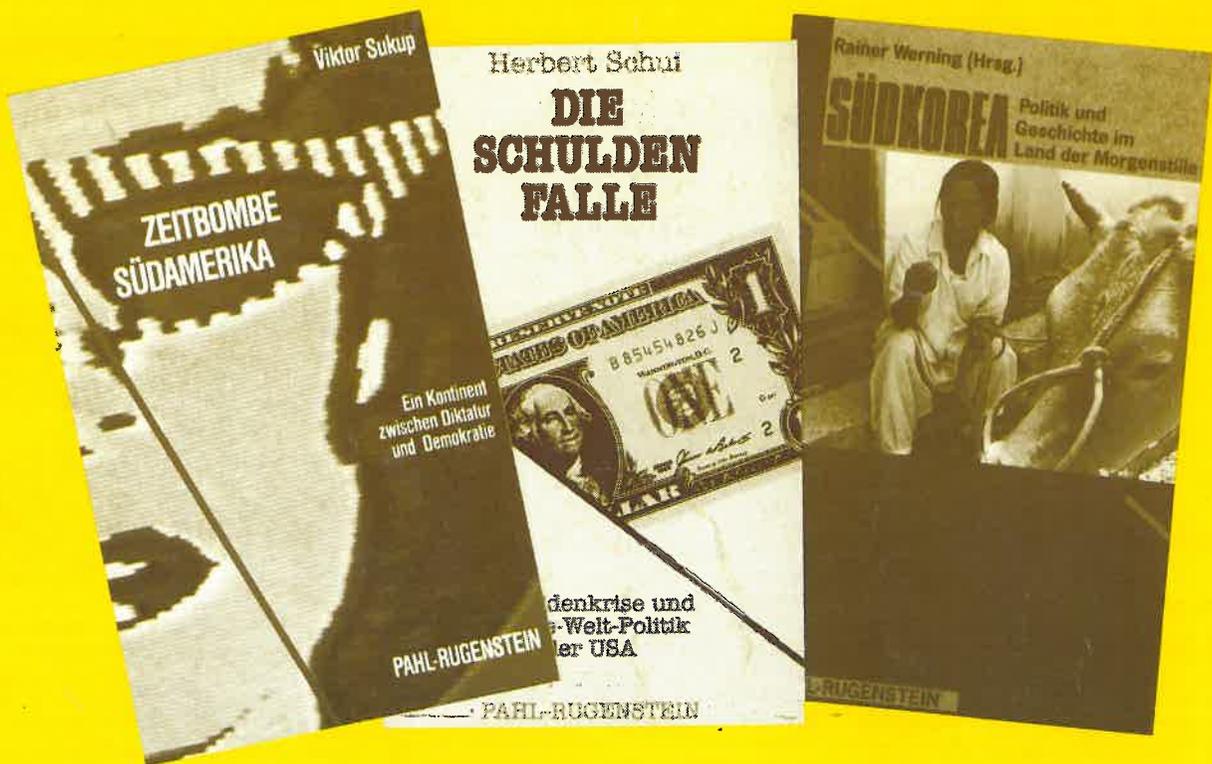
Zaire und Südafrika unterhalten seit Jahren recht enge Wirtschaftsbeziehungen. Beide unterstützen in großem Stil Contra-Banden in Angola. Die Verhandlungen zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA über eine Beilegung des Angola-Konfliktes und über die Entkolonisierung Namibias waren ein Hauptgesprächsthema. Um afrikanischen Kritikern Mobutus den Wind aus den Segeln zu nehmen, hat Pretoria zugestimmt, daß eine mögliche Freilassung Nelson Mandelas im Abschlußkommuniqué erwähnt wurde. Südafrika nutzt die derzeitigen regionalen Verhandlungen und Gespräche mit großem Erfolg, um seine internationale Isolierung zu durchbrechen.

Wir verschenken

Bücher . . .

. . . an alle, die uns eine/n **neue/n Abonnenten/in** nennen oder die **DRITTE WELT** verschenken.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Viktor Sukup
Zeitbombe Südamerika
Ein Kontinent zwischen
Diktatur und Demokratie
Pahl-Rugenstein
272 Seiten, 14,80 DM

Herbert Schui
Die Schuldenfalle
Schuldenkrise
und Dritte-Welt-Politik der USA
Pahl-Rugenstein
184 Seiten, 14,80 DM

Rainer Werning (Hg.)
Südkorea
Politik und Geschichte
Im Land der Morgenstille
Pahl-Rugenstein
278 Seiten, 14,80 DM